WZB
Mitteilungen

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

www.wzb.eu

126

Dezember 2009

Einwanderung in Europa: Konflikte, Konzepte, Kulturen

Herausforderung Integration

Weitere Themen:

Söldner in Bürgerkriegen

Wahlen 2009: Der taktische Wähler

Tendenzen des Spendenverhaltens

Konjunkturpaket II am WZB. Der Lastenaufzug, der bis in den Himmel zu reichen scheint, versorgt die Bauarbeiter auf dem Dach des WZB mit Material: Der Dachboden des Altbaus wird gedämmt, um Heizenergie zu sparen. Außerdem wurde der gesamte Neubau mit neuem, besser dämmendem Fensterglas ausgestattet. Die im November 2009 abgeschlossenen Umbauarbeiten nahmen mehrere Monate in Anspruch. [Foto: Christine Puschmann]

WZB
Mitteilungen

Heft 126 Dezember 2009

Inhalt

Titelbild: ullstein bild / Gisbert Paech

5 Jutta Allmendinger
Bildung, Zusammenhalt, Wachstum

Titel

6 Ruud Koopmans, Ines Michalowski und Stine Waibel
Integrationspolitik bleibt national
Bürgerrechte für Zuwanderer: Europas Staaten nähern sich kaum an

10 Christian Henkes
Politik mit geringer Reichweite
Lokale Integration in Barcelona, Berlin und Brüssel

14 Janina Söhn
Nicht alle sind gleich
Der Rechtsstatus beeinflusst Bildungschancen von Migranten

18 Evelyn Ersanilli and Ruud Koopmans
Join the club, but learn the rules
Wanted: intelligent integration policies

22 Marc Helbling
Islamdebatten, variiert
Unterschiedliche Akzente in Deutschland, Österreich und der Schweiz

25 Meggi Khan-Zvorničanin
Geschlossene Gesellschaft
Altenhilfen tun sich schwer, zugewanderte Ältere zu integrieren

28 Roberto Sala
Fremde Stimmen im Äther
Wie das „Gastarbeiterradio" zum demokratischen Problemfall wurde

32 Bernhard Weßels
Splitting sichert den Wechsel
Mit taktischem Wahlverhalten verhindert der Bürger Schwarz-Rot

Aus der aktuellen Forschung

38 **Der gekaufte Krieg**
Johannes Münster über den Einsatz von Söldnern in Bürgerkriegen

41 **Gutes tun**
Eckart Priller und Rupert Graf Strachwitz über neue Erkenntnisse zum Spenden

44 Konferenzberichte

Aus dem WZB

50 Nachlese
52 Personalien
57 Veranstaltungen
58 Publikationen

Zu guter Letzt

62 **Unerwünschter Gast**
Albrecht Metzger über seinen Versuch, als Journalist Zutritt zum islamischen Religionsunterricht zu erhalten

Impressum

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174–3120

Heft 126, Dezember 2009

Herausgeberin
Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.

D-10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 49 10
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr [März, Juni, September, Dezember]
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO
kostenlos

Redaktion
Dr. Paul Stoop [Leitung]
Wiebke Peters
Kerstin Schneider
Claudia Roth

Korrektorat
Udo Borchert

Dokumentation
Ingeborg Weik-Kornecki

Mitarbeit
Beauftragte der WZB-Schwerpunkte:
Christoph Albrecht
Dr. Susanne Fuchs
Babette Hagemann
Christian Rabe

Texte in Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck

Auflage
11.000

Fotos S. 5 und S. 51: David Ausserhofer

Gestaltung
kognito Gestaltung, Berlin

Satz
bontype media AG, Bonn

Druck
Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach

WZB Aufgabe und Arbeiten

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 150 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

– Arbeit und Arbeitsmarkt
– Bildung und Ausbildung
– Sozialstaat und soziale Ungleichheit
– Geschlecht und Familie
– Public Health
– Industrielle Beziehungen und Globalisierung
– Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
– Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
– Mobilität und Verkehr
– Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
– Demokratie
– Zivilgesellschaft
– Internationale Beziehungen
– Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

WZB Struktur

Präsidentin: Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.
Administrativer Geschäftsführer: Heinrich Baßler

Die Forschungseinheiten

Schwerpunkt Bildung, Arbeit und Lebenschancen
Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt"
Direktorin: Prof. Dr. Heike Solga
Abteilung „Ungleicheit und soziale Integration"
Direktor: Prof. Dr. Jens Alber
Forschungsgruppe „Public Health"
Leitung: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Forschungsprofessur „Demographische Entwicklung, sozialer Wandel und Sozialkapital"
Prof. Chiara Saraceno Ph.D.
BMBF-Nachwuchsgruppe „Education and Transitions into the Labour Market"
Leitung: Dr. Rita Nikolai
Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „‚Liebe', Arbeit, Anerkennung"
Leitung: Dr. Christine Wimbauer
Projektgruppe Nationales Bildungspanel: „Berufsbildung und lebenslanges Lernen"
Leitung: Prof. Dr. Kathrin Leuze

Schwerpunkt Märkte und Politik
Abteilung „Verhalten auf Märkten"
Direktorin: Prof. Dr. Dorothea Kübler
Forschungsprofessur „Wettbewerb und Innovation"
Prof. Lars-Hendrik Röller Ph.D.
Forschungsprofessur „The Future of Fiscal Federalism"
Prof. Dr. Kai A. Konrad

Schwerpunkt Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik
Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit"
Direktor: Prof. Dr. Michael Hutter
Abteilung „Internationalisierung und Organisation"
Direktor (kommissarisch): Prof. Dr. Arndt Sorge
Forschungsgruppe „Wissen, Produktionssysteme und Arbeit"
Leitung: Prof. Dr. Ulrich Jürgens
Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik"
Leitung (kommissarisch): Dr. Dagmar Simon

Schwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie
Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung"
Direktor: Prof. Dr. Ruud Koopmans
Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen"
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen"
Direktor: Prof. Dr. Michael Zürn
Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa"
Leitung: Privatdozent Dr. Dieter Gosewinkel, Prof. Dr. Dieter Rucht
Forschungsprofessur „Theorie und Geschichte der Demokratie"
Prof. John Keane Ph.D.
Forschungsprofessur „Neue Formen von Governance"
Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert
WZB Rule of Law Center
Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Prof. Dr. Michael Zürn
Schumpeter-Nachwuchsgruppe „Positionsbildung in der EU-Kommission"
Leitung: Dr. Miriam Hartlapp

Bildung, Zusammenhalt, Wachstum

Die Integration moderner Wissensgesellschaften hängt mehr denn je von der Bildungsfrage ab. Insofern enttäuschte es, dass gegen Ende des Wahlkampfs die Bildungspolitik keine Rolle mehr spielte. Im Fernsehduell der Kanzlerkandidaten galt der Bildung nur ein einziger Satz. Umso größer war die Erleichterung über das Motto des Koalitionsvertrags, „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt". Die „Bildungsrepublik Deutschland" erhielt ein eigenständiges Kapitel. Bildung schafft Wachstum, Bildung führt zu Zusammenhalt. Das ist ein großer Zwischenerfolg für die Bildungspolitiker in dieser Koalition. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung plädiert in seinem jüngsten Jahresgutachten für eine „Bildungsoffensive".

Und es gibt einen weiteren großen Erfolg der Bildungspolitik: Bis 2013 sollen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung um 12 Mrd. Euro erhöht werden. Davon entfallen 3 Mrd. Euro auf die HighTech-Strategie und 2,4 Mrd. Euro auf die wichtigen Forschungspakte. Eingesetzt werden soll das Geld auch für Hochschulstipendien, Aufstiegsstipendien aus der beruflichen Bildung, „Zukunftskonten" für jedes neugeborene Kind, Sprachtests für Vierjährige, bei Bedarf verpflichtende Sprachförderung vor der Schule. Und für Förderung hochbegabter Kinder, Weiterbildung von Erzieherinnen und die Lehrerausbildung. All das ist sehr wichtig.

Und dennoch: Inhaltlich fehlt ein entschlossenes Vorgehen gegen Bildungsarmut. Für Kinder, die gute Startbedingungen haben, die es einfach haben, das Gymnasium zu erreichen, und damit rechnen können, eine Hochschule zu besuchen, wird mehr getan als für die Problemkinder „da unten". Vor allem aber: Der zügige Aufbau der für diese große Gruppe so wichtigen Infrastruktur an guten Vor- und Ganztagsschulen scheint gefährdet. Denn die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen sollen Bund, Länder und Gemeinden finanzieren. Da wird es eng. Schon vor der Wahl war im Staatshaushalt eine Finanzierungslücke von rund 75 Mrd. Euro abzusehen, die bis 2016 auf Grund der „Schuldenbremse" zu schließen ist.

Der Koalitionsvertrag vergrößert diese Lücke noch. Bund, Länder und Kommunen werden durch Entlastungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer weniger einnehmen. Entlastungen bei der Mehrwertsteuer und bei der Körperschaftssteuer treffen im Wesentlichen Bund und Länder, etwa zu gleichen Teilen. Dass die Steuerentlastungen ausreichend Wachstum schaffen, um sich selbst finanzieren zu können, ist leider nicht zu erwarten. Somit muss gespart werden. Sparen heißt meist: Verzicht auf die Umsetzung neuer politischer Vorhaben – und selten die Reduzierung von Vorhandenem. Was bedeuten könnte, dass der Aufbau wichtiger Bildungsinfrastrukturen sich verzögert: eine qualitativ gute Kindererziehung für alle, die Einrichtung von Ganztagsschulen, das so nötige unentgeltliche Mittagessen in der Schule, bessere Betreuungsschlüssel, eine bessere Qualifizierung und Bezahlung für jene, die sich um die Kleinen und damit unsere Zukunft kümmern.

Das Sparen am falschen Ende zu verhindern, ist nun die große Aufgabe. Nur dann kann der gesellschaftliche Zusammenhalt wirklich gestärkt werden, über die wichtigen Aspekte politischer, sozialer und ethnisch-kultureller Integration hinaus, die in diesem Heft thematisiert werden.

Jutta Allmendinger

Summary

Integration policy in Europe

Does Europeanization lead to the convergence of citizenship regimes? A comparison of ten European countries in the years between 1980 and 2008 refutes this. Even though more citizenship rights were attributed to migrants in 2008 than in 1980, not all countries have followed this trend: while some have cut back on previously attributed rights, others have broadened their scope. Thus, even today, integration policy seems to be largely influenced by national traditions and political cycles.

Integrationspolitik bleibt national

Bürgerrechte für Zuwanderer: Europas Staaten nähern sich kaum an

Ruud Koopmans, Ines Michalowski und Stine Waibel

Die Länder Westeuropas sind in den vergangenen Jahrzehnten zu Einwanderungsländern geworden. Allerdings wird die Vergabe von Bürgerrechten an Zuwanderer noch stets von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt; eine verbindliche, EU-weite Integrationspolitik gibt es bislang nicht. Umstritten ist aber, ob in absehbarer Zukunft eine Angleichung zu erwarten ist. In der international vergleichenden Forschung über Einwanderung, Staatsbürgerschaft und Integration werden zwei unterschiedliche Theorien diskutiert. Die liberale Konvergenztheorie besagt, dass sich in der Frage der Vergabe von Bürgerrechten die liberalen Demokratien angleichen. Grund dafür seien liberal-demokratische Grundrechte sowie supranationale Normen und Verträge insbesondere im Kontext der Europäisierung.

Eine andere Forschungsrichtung geht hingegen davon aus, dass nationale Unterschiede relativ stabil sind, weil sie auf historisch geprägten Beziehungen zwischen Staat und Bürger einerseits und Staat und Zivilgesellschaft andererseits beruhen. Auf Basis dieser Beziehungen werden klassischerweise drei Modelle unterschieden: 1) beim ethnischen Modell – mit Deutschland, zumindest bis zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahre 2000, als Prototyp – werden Bürgerrechte vor allem an Mitglieder der eigenen ethnischen Gruppe vergeben und wird für den Erhalt der Staatsbürgerschaft kulturelle Assimilation verlangt; 2) das universelle Modell – mit Frankreich als Prototyp – ermöglicht einen leichten Zugang zur Staatsbürgerschaft, aber unter der Voraussetzung der Respektierung einer öffentlichen Sphäre, in der keine Äußerungen kultureller, religiöser oder ethnischer Besonderheiten erwünscht sind; 3) das multikulturelle Modell – mit den Niederlanden als Prototyp – kombiniert einen leichten Zugang zu Bürgerrechten mit der Akzeptanz von Äußerungen kultureller, religiöser und ethnischer Unterschiede in der öffentlichen Sphäre.

In dieser Typologie manifestieren sich zwei Dimensionen (siehe Abbildung): die Dimension der individuellen Bürgerrechte, die sich zwischen dem ethnischen und dem territorialen Prinzip bewegt, sowie die Dimension der kulturellen und religiösen Rechte, die zwischen Monismus und Pluralismus variiert. Die sich aus beiden Dimensionen ergebende Vierfeldermatrix führt zu einem vierten logischen Modell. Als Segregation konzeptualisiert, beschreibt es eine Konstellation, in der der Zugang zu individuellen Bürgerrechten schwer möglich ist, gleichzeitig aber keine Anpassungsforderungen an Zuwanderer gestellt werden, weil diese ohnehin kaum als Teil der Gesellschaft gelten. Die ersten Gastarbeiterprogramme lassen sich diesem Modell zuordnen.

Frühen Studien zu nationalen Modellen der Vergabe von Bürgerrechten wurde oft vorgeworfen, sie seien zu statisch. Das Ziel einer aktuellen WZB-Studie ist es, Veränderungen bei der Vergabe von Bürgerrechten in verschiedenen Ländern zu erklären.

Für die Zeitpunkte 1980, 1990, 2002 und 2008 werden die Bürgerrechte für Migranten in zehn westeuropäischen Ländern verglichen, die auf eine längere Einwanderungsgeschichte zurückblicken: Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich und die Schweiz. Mit Hilfe eines auf den zwei Dimensionen von Bürgerrechten sowie 42 Einzelindikatoren beruhenden Indikatorensystems werden die Länder in Relation zueinander gesetzt.

Indem die Ausgestaltung von Bürgerrechten für Zuwanderer in mehreren Ländern zu mehr als zwei Zeitpunkten gemessen wird, gelingt es erstens, Aussagen darüber zu treffen, inwiefern es sich bei der Entwicklung von Bürger-

Kurz gefasst

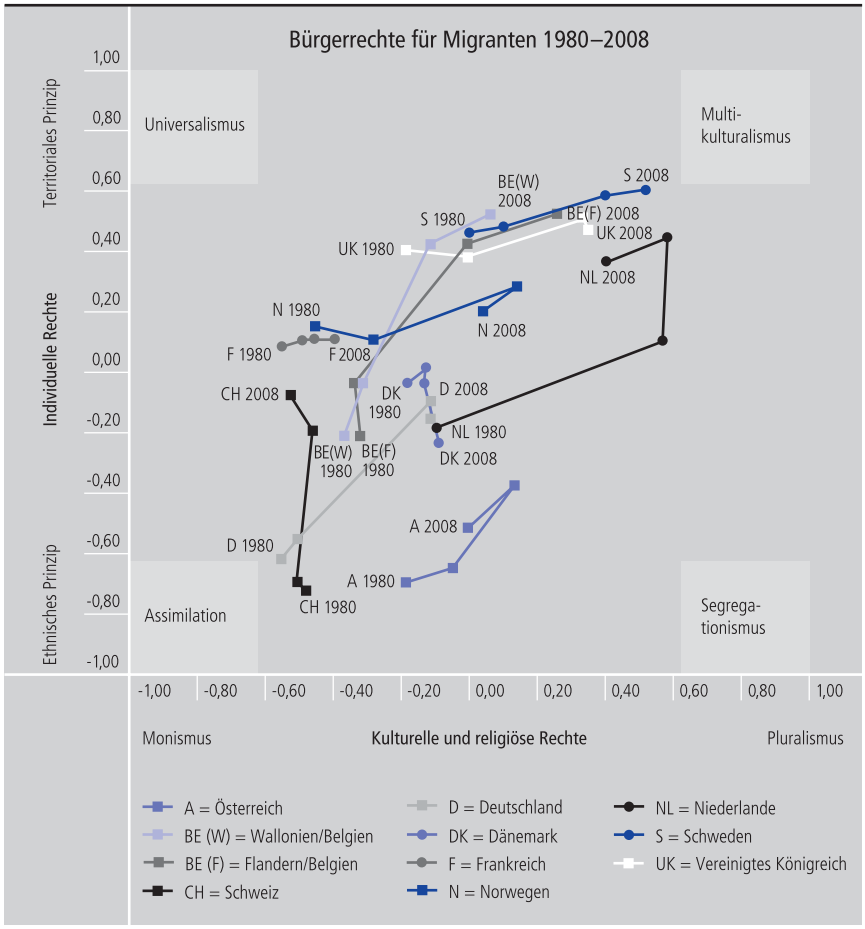
Führt Europäisierung zu einer Konvergenz bei der Vergabe von Bürgerrechten an Migranten? Ein Vergleich von zehn europäischen Ländern im Zeitraum von 1980 bis 2008 verneint dies. Zwar werden 2008 mehr Bürgerrechte an Zuwanderer vergeben als 1980, doch sind nicht alle Länder diesem Trend gefolgt: Einige Länder haben bereits vergebene Rechte wieder eingeschränkt, andere haben diese weiter ausgebaut. Integrationspolitik scheint somit weiterhin vor allem von nationalen Traditionen und konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst zu werden.

rechten tatsächlich um einen linearen und transnationalen Prozess handelt, der – wie die Vertreter der liberalen Konvergenzthese vermuten – von allen Ländern durchlaufen wird. Zweitens lässt sich nachweisen, wie sich der Abstand der einzelnen Länder zueinander über die Jahrzehnte entwickelt.

Die Analyse geht einen Schritt weiter als bisherige Indikatorensysteme, die Bürgerschaft entweder im ganz engen Sinne von Staatsbürgerschaft verstehen oder sich, wie der *Migrant Integration Policy Index*, auf individuelle Bürgerrechte beschränken. In jüngster Zeit haben allerdings insbesondere kulturelle und religiöse Rechte zu Kontroversen geführt. Deshalb werden im verwendeten Indikatorenset zwei Dimensionen unterschieden: Die erste umfasst die individuell vergebenen Bürgerrechte, die zweite jene Bürgerrechte, die Zuwanderer aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten kulturellen oder religiösen Gemeinschaft erhalten (siehe Kasten).

Zunächst wird deutlich, dass im Jahr 1980 keines der hier verglichenen Länder Migranten kulturelle oder religiöse Rechte in besonderem Ausmaß zugebilligt hat: Alle zehn Länder sind in weiter Entfernung von kulturellem Pluralismus zu verorten. Größer sind die Unterschiede zwischen den Ländern im Hinblick auf die Zuwanderern erteilten individuellen Bürgerrechte: Während insbesondere das Vereinigte Königreich und Schweden durch großzügige Individualrechte für Zuwanderer auffallen, ist bei Deutschland, Österreich und der Schweiz das genaue Gegenteil der Fall.

Die folgende Messung für das Jahr 1990 zeigt auf der Individualebene leichte Liberalisierungstendenzen in Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Interessanter ist jedoch die Dimension der kulturellen und religiösen Gruppenrechte. Hier ist deutlich zu erkennen, dass in den Niederlanden schon seit den frühen 1980er Jahren eine multikulturelle Politik verfolgt wurde. Ebenfalls in Richtung kultureller Pluralismus bewegten sich das Vereinigte Königreich und Schweden, wenn auch nicht so ausgeprägt.



Quelle: eigene Berechnungen

Im Einzelnen geht es bei der ersten Dimension um gesetzliche Regelungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft, zum Familiennachzug, zum Schutz vor Ausweisung, um das Recht von Ausländern, im öffentlichen Dienst zu arbeiten, sowie um Schutz durch Antidiskriminierungsgesetzgebung. Die zweite Dimension umfasst kulturelle und religiöse Rechte in der Bildung, politische Rechte sowie andere kulturelle und religiöse Rechte wie muslimisches Schächten, Moscheebau oder muttersprachlicher Unterricht in Schulen.

Jeder der 42 Einzelindikatoren (zum Beispiel: „Anzahl der Jahre Wartezeit, bevor eine Einbürgerung beantragt werden kann") wird mit Werten zwischen +1 (für die liberalste Regelung) und –1 (für die restriktivste Regelung) belegt. Für die übrigen Länder bzw. Fälle stehen Zwischenwerte von 0, +0,5 oder –0,5 zur Verfügung. Nachdem aus den Werten der Einzelindikatoren pro Thema und schließlich pro Dimension Durchschnittswerte für jedes Land und jedes Jahr ermittelt wurden, konnten diese Werte in ein Koordinatensystem eingetragen werden, welches die vier Integrationsmodelle widerspiegelt. So werden internationale Divergenzen und Veränderungen sichtbar.

Ruud Koopmans ist seit 2003 Professor für Soziologie am Lehrstuhl „Social Conflict and Change" der Vrije Universiteit Amsterdam. Seit April 2007 leitet er als Direktor die WZB-Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung". Derzeit forscht er unter anderem zu den Themen Integrationspolitik, Islam und Muslime in Europa.
[Foto: David Ausserhofer]

koopmans@wzb.eu

Stine Waibel ist studentische Hilfskraft in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung". Sie schreibt eine Masterarbeit in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin über Bürgerrechte für Migranten in Spanien.
[Foto: Inge Weik-Kornecki]

waibel@wzb.eu

Der Zeitraum von 1990 bis 2002 brachte die bisher größten Veränderungen mit sich. Die meisten Länder bewegten sich deutlich in Richtung individueller Bürgerrechte für Migranten und leicht in Richtung kultureller Pluralismus. Besonders bemerkenswert ist einerseits die Entwicklung, die Österreich, die Schweiz und Deutschland zur Mitte des Schaubildes vollzogen haben, sowie die nun klare Orientierung am Multikulturalismus vieler Länder – nicht nur in den Niederlanden, sondern ebenso im Vereinigten Königreich, in Schweden, Norwegen und im flämischen Teil Belgiens. Interessant ist jedoch auch, dass sich Frankreich und Dänemark im Zeitraum von 1980 bis 2002 kaum bewegt haben.

Im relativ kurzen Zeitraum zwischen 2002 und 2008 kippt die Entwicklung schließlich in den meisten Ländern (ausgenommen sind Belgien und Schweden). Der zu beobachtende Trend hin zu mehr Individual- und mehr Gruppenrechten endet, bei einigen Ländern verkehrt er sich sogar ins Gegenteil.

Liberalisierungen – und ihre Rücknahme

Welche vorläufigen Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Mit Blick auf die Vergabe von Individualrechten kann den Vertretern der liberalen Konvergenzthese Recht gegeben werden, da mit Ausnahme von Dänemark alle hier betrachteten Länder Zuwanderern 2008 mehr Individualrechte gewähren als 1980. Allerdings gibt es keinen durchgehenden Trend, da Österreich, Deutschland, Norwegen und die Niederlande im Zeitraum zwischen 2002 und 2008 teils deutliche Einschnitte in die Bürgerrechte von Migranten vorgenommen haben. So entzieht sich etwa der Bereich des Familiennachzugs klar dem Liberalisierungstrend. Dies lässt darauf schließen, dass die Gründe für die Vergabe von Bürgerrechten eher nationale waren. Nach 2002 haben verschiedene Länder frühere Liberalisierungen rückgängig gemacht oder neue Hürden geschaffen, zum Beispiel bei der Einbürgerung. Auch der Schutz der Familie durch internationale Verträge konnte viele Länder nicht daran hindern, den Familiennachzug als größten Einwanderungskanal insbesondere gering qualifizierter Zuwanderer schon im Verlauf der 1990er Jahre einzuschränken.

Auf der kulturellen Dimension lässt sich mit Ausnahme der Schweiz ebenfalls ein Liberalisierungstrend erkennen. Aber auch hier gilt, dass mehrere Länder nach 2002 Liberalisierungen zurücknahmen oder neue kulturelle Anpassungsanforderungen wie Einbürgerungstests einführten. Am deutlichsten ist dieser Trend in den Niederlanden, die bis 2002 noch am stärksten eine multikulturelle Politik verfolgten. Nur in Belgien und Schweden lässt sich weiterhin ein eindeutiger Trend zur Ausweitung kultureller Rechte ausmachen.

Nationale Faktoren überwiegen

Dass die Gründe für sowohl liberale als auch restriktive Reformen vor allem nationaler Natur waren, zeigt sich darin, dass es keine systematische internationale Konvergenz gibt. Nur in zwei Bereichen verringert sich die Distanz zwischen den einzelnen Ländern über die Zeit – beim Schutz vor Abschiebung und bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung. Im Fall der Antidiskriminierungsgesetzgebung lässt sich diese Konvergenz mit dem Einfluss der zwei EU-Antidiskriminierungsrichtlinien aus dem Jahr 2000 erklären. Bei kulturellen Rechten sowie in den Bereichen Familiennachzug und Zugang von Nicht-Staatsbürgern zum öffentlichen Dienst haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern über die Zeit vergrößert statt verkleinert. In anderen Bereichen wie etwa der Einbürgerung bleiben die Unterschiede zwischen den Ländern unverändert groß.

Insgesamt liefern diese Ergebnisse wenig Unterstützung für die These einer liberalen Konvergenz in Westeuropa. Die Vergabe von Bürgerrechten an Migranten scheint vor allem von nationalen Politiktraditionen und konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst zu werden. Wenn ähnliche Probleme zu ähnlichen Reaktionen führen – wie etwa im Bereich des Familiennachzugs – oder wenn Länder Politikinitiativen voneinander kopieren – wie bei der Ein-

führung von Integrationsanforderungen –, resultieren daraus manchmal parallele Entwicklungen. Doch können sich einzelne Länder diesen Trends entziehen, was im Ergebnis dazu führt, dass die Vergabe von Bürgerrechten an Zuwanderer in Europa heutzutage in den meisten Bereichen nicht homogener ist, als dies in den 1980er Jahren der Fall war. Der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Integrationspolitik, den einige für wünschenswert halten, ist noch weit.

Literatur

Christian Joppke, „Beyond National Models: Civic Integration Policies for Immigrants in Western Europe", in: West European Politics, Vol. 30, 2007, S. 1–22

Ruud Koopmans, Paul Statham, Marco Giugni, Florence Passy, Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 2005, 376 S.

Yasemin Nuhoglu Soysal, Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe, Chicago/London: The University of Chicago Press 1994, 251 S.

Ines Michalowski, seit 2008 Mitarbeiterin der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung", wurde 2007 in Münster und Paris promoviert. In ihren aktuellen Forschungsprojekten vergleicht sie Integrationsanforderungen an Zuwanderer in Europa sowie den Umgang des Militärs mehrerer Länder mit religiöser Diversität.
[Foto: Mike Minehan]

michalowski@wzb.eu

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Sascha Kneip

Verfassungsgerichte als demokratische Akteure
Der Beitrag des Bundesverfassungsgerichts zur Qualität der bundesdeutschen Demokratie

Reihe „Recht und Politik"

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009

ISBN 978-3-8329-4062-1

375 Seiten, € 49,00

Verfassungsgerichte sind in fast allen liberalen Demokratien machtvolle Mitspieler. Häufig wird aber bezweifelt, dass sie mit der Demokratie in Einklang sind, wenn sie in demokratische Prozesse intervenieren. Schließlich sind Verfassungsgerichte demokratisch vergleichsweise schwach legitimiert. Sascha Kneip analysiert die spezifischen Funktionen, die Verfassungsgerichte für demokratische Regierungssysteme haben, und beantwortet die Frage der demokratischen Kompatibilität von Verfassungsgerichten auf empirischer Grundlage. Im Mittelpunkt stehen dabei Bund-Länder-Streitverfahren, Organstreit- und Normenkontrollverfahren. Der Autor kommt zum Schluss, dass Verfassungsgerichte keineswegs Gegenspieler demokratischer Politik sein müssen, sondern, wie der Fall der Bundesrepublik belegt, für demokratisches Regieren geradezu konstitutiv sein können. Anhand einer umfassenden Analyse der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Zeitraum 1951 bis 2005 zeigt die Studie, dass das höchste deutsche Gericht in der Vergangenheit überaus demokratiefunktional agiert und damit wesentlich zur hohen Qualität der bundesdeutschen Demokratie beigetragen hat.

Politik mit geringer Reichweite

Lokale Integration in Barcelona, Berlin und Brüssel

Christian Henkes

„Integration vollzieht sich in erster Linie in den Kommunen." So steht es im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, und so lautet auch das Credo der Integrationskonzepte verschiedener europäischer Metropolen. Schließlich streben die meisten Zuwanderer in die Städte, die mit der zunehmenden kulturellen Heterogenität ihrer Einwohner konfrontiert werden und die Zuwanderer sozial, ökonomisch und auch politisch integrieren müssen. Dabei haben Demokratien den Anspruch, aus Personen, die ihrem Recht unterworfen sind, mittelfristig politisch mitbestimmende Bürger zu machen, deren Interessen gleichberechtigt Beachtung finden – auch solche, die sich aus der kulturellen Identität speisen.

Nach der inhaltlichen Ausrichtung der auf diese Ziele gerichteten Politik auf lokaler Ebene fragte eine vergleichende Untersuchung im Rahmen des DFG-Projekts „Integration als Herausforderung: Kulturelle Heterogenität und demokratische Politik in westeuropäischen Metropolen". Untersucht wurden im Zeitraum von 1995 bis 2007 die Städte Berlin, Brüssel und Barcelona. Grundlage des Vergleichs waren zum einen die Analyse relevanter Textdokumente und zum anderen Interviews mit städtischen Akteuren in diesem Politikfeld. Unter politischer Integration wurde dabei in einem umfassenden Verständnis nicht nur die Erteilung von (Wahl-)Rechten und die Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe an den demokratischen Entscheidungsprozessen verstanden, sondern auch öffentliche Anerkennung der kulturellen Identität im Bürgerverband und im öffentlichen Raum. Der Bürgerstatus – und damit ein zentraler Aspekt politischer Integration – wird allerdings nicht durch Kommunen bestimmt, sondern hängt maßgeblich von Bürgerschafts- und Integrationsregelungen auf nationaler Ebene ab.

Diese nationalen (Bürgerschafts-)Modelle folgen unterschiedlichen Paradigmen bei der Integration von Zuwanderern. Das *exklusive Modell* definiert Nation und Bürgerschaft auf vorwiegend ethnischer und kultureller Grundlage und erschwert einen Beitritt als Bürger extrem. Dieses Modell wird immer seltener. Es überwiegen heute zwei andere Modelle: das *universalistische Modell*, das die Nation politisch begreift und einen Beitritt grundsätzlich zulässt, wenn das politische Zugehörigkeitsgefühl bezeugt wird. Der Ausdruck kultureller Identität wird dabei aber in die private Sphäre verwiesen. Dagegen begreift das *pluralistische Modell* die Nation und den Bürger zwar ebenfalls politisch und erwartet auch bei kultureller Heterogenität keine Anpassung an ein Leitbild. Im Gegensatz zum universalistischen Modell wird hier jedoch kulturelle Vielfalt in der öffentlichen Sphäre verankert; kulturelle Gruppen werden als Gruppen mit Rechten ausgestattet. Diese Modelle spiegeln ein unterschiedliches Gleichheitsverständnis der Bürger wider, das sich danach unterscheidet, wie deren kulturelle Identität im öffentlichen Raum behandelt wird.

Es stellte sich nun die Frage, ob kommunale Politik und die dabei verwendeten Instrumente und Maßnahmen ebenfalls solchen distinkten nationalen Integrationsparadigmen folgen oder ob auf der lokalen Ebene Instrumente zur Verbesserung der politischen Integration verwendet werden, die an unterschiedlichen Leitbildern orientiert sind. Bildet sich aufgrund lokaler Problemlagen ein stadtspezifisches Profil innerhalb der Integrationspolitik heraus? Haben die kommunalen Akteure überhaupt den Spielraum, dem hohen Anspruch des lokalen Integrations-Credos zu genügen?

Die Instrumente lokaler Integrationspolitik lassen sich nach gesellschaftlichen Dimensionen einteilen, die jeweils auf die Integration der neuen Bürger in den Staat, die Nation oder den Markt gerichtet sind. In einer legal-politischen Di-

Summary

Integration policies in Barcelona, Brussels and Berlin

The rise of cultural heterogeneity in European cities is a major challenge for local politics. The integration policies of Barcelona, Brussels and Berlin are influenced by the specific division of authority between the national and local level, but also partly by conflicts along pre-existing cultural cleavages. Within certain limits, local actors try to follow their own strategies, especially on the cultural and socio-economic level. Despite the different institutional contexts, a new paradigm of integration can be identified in the three cities which is neither purely universalistic nor completely pluralistic.

mension (Staat) geht es darum, den kulturell heterogenen Bürgern Möglichkeiten zu eröffnen, an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilzunehmen, damit deren politische Partizipation gewährleistet ist. Sowohl konkrete Einbürgerungsmaßnahmen als auch die Gestaltung des Wahlrechts in der Kommune können dazu beitragen. Um auch jene mit einzubeziehen, die nicht diese Rechte haben, können spezifische Institutionen wie Beratungsgremien geschaffen werden. Die städtische Förderung von Vereinen ist dem Austausch und der Meinungsbildung in der jeweiligen Gruppe und zwischen den Gruppen förderlich. Die Einbindung und Beteiligung aller Bürger ungeachtet ihrer kulturellen Identität an den städtischen Gremien und sämtlichen Formen der Willensbildung kann erweitert werden.

In einer kulturell-religiösen Dimension (Nation) geht es in erster Linie darum, die kulturellen und religiösen Ausdrucksformen der Zuwanderer gegebenenfalls auch im öffentlichen Raum zuzulassen. Dies geschieht etwa durch eigenen Religionsunterricht, eine Regelung des Umgangs mit religiösen Symbolen, die Förderung religiöser Vereine und spezifische Foren zur Kommunikation zwischen religiösen Gruppen und den städtischen Verwaltungen.

Bezogen auf den öffentlichen Raum bedeutet eine Integration in der sozioökonomischen Dimension (Markt) vor allem, dass im Bildungssystem, der Verwaltung und der lokalen Sozialpolitik Respekt vor unterschiedlichen Kulturen gefördert und gegebenenfalls Exklusion entgegengesteuert wird. Es geht hier um solche öffentlichen Bereiche, in denen der Bürger und die städtische Verwaltung miteinander in Kontakt treten und die kulturelle Identität der Bürger Beachtung finden soll. Dies geschieht beispielsweise durch die Anerkennung anderer Sprachen in öffentlichen Institutionen und durch die Förderung ethnisch-kultureller Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung (Interkulturalisierung).

Die drei untersuchten Städte sind in jeweils unterschiedlichem Maße durch zwei zentrale Eigenschaften gekennzeichnet: Barcelona und Brüssel sind im Gegensatz zu Berlin von historisch gewachsenen, kulturell-sprachlichen Konflikten zwischen einheimischen Gruppen geprägt. Sprache hat hier eine besondere Bedeutung für die jeweilige Identität (spanisch vs. katalanisch bzw. flämisch vs. französisch). Kulturelle Aspekte könnten deshalb einen höheren Stellenwert im politischen Diskurs haben – auch in Bezug auf Zuwanderung. Im Gegensatz zu Barcelona sind Berlin und Brüssel subnationale Einheiten (Bundesland bzw. Region), politische Akteure verfügen daher über erheblich größere Kompetenzen in vielen Politikfeldern, die für die politische Bearbeitung kultureller Fragen relevant sind.

Städtische und zivilgesellschaftliche Akteure der drei untersuchten Städte haben, unabhängig von den jeweiligen Vorgaben nationaler Politik, unterschiedliche Sichtweisen auf Integrationsfragen. Akteure in Berlin sehen Integration gekennzeichnet von politischen wie sozialen Integrationsdefiziten. Barcelona hat zwar konkrete Eingliederungsprobleme aufgrund des in kürzester Zeit angestiegenen Anteils von Migranten, sieht die Frage der Integration aber vor allem im Lichte der Sprachpolitik – der Konflikt zwischen Katalanen und dem spanischen Zentralstaat überträgt sich auf die Integrationspolitik. Auch in Brüssel begreifen die beiden institutionell verfassten flämisch- und französischsprachigen Volksgruppen die Integrationspolitik als Möglichkeit, die eigene Machtposition und den Stellenwert gerade der eigenen Sprache auf städtischer Ebene zu festigen.

Integrationsdimension politische Partizipation

Besonders in der Dimension der politischen Partizipation unterschieden sich die Problemwahrnehmung und die Politik der drei Städte erheblich, bedingt durch die nationale Einbürgerungs- und Wahlrechtsgesetzgebung. So wurde von den Akteuren in Brüssel nach weitgehenden Liberalisierungen des Einbürgerungsrechts und der Einführung kommunaler Wahlrechte für Nicht-Staatsbürger ein Problem der politischen Partizipation auf lokaler Ebene nicht mehr wahrgenommen. Migranten seien in Partizipationsstrukturen hinreichend

Christian Henkes studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Pädagogik an der Universität Mainz. Seit 2005 arbeitet er in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen" des WZB. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Integrations- und Zuwanderungspolitik sowie die Theorien des Multikulturalismus und der Minderheitenrechte.
[Foto: David Ausserhofer]

henkes@wzb.eu

einbezogen, die allen Bürgern offen stehen; deswegen seien spezifische Maßnahmen nicht notwendig.

Aufgrund restriktiver nationaler Vorgaben gab es weder in Barcelona noch in Berlin (zumindest bis zum Jahr 2000) vergleichbare politische Mitwirkungsrechte. Deshalb verfolgten die lokaler Akteure dieser Städte alternative Partizipationsstrategien. So wurden spezielle Beiräte eingerichtet und die spezifische Vereinsförderung sowie deren Einbindung auf verschiedenen städtischen Ebenen und Politikfeldern verstärkt. Besonders ausgeprägt war diese Strategie in Berlin. Dabei wurde zunehmend versucht, konkrete Maßnahmen übergreifend für unterschiedliche ethnische Gruppen zu gestalten und nicht auf einzelne Gruppen auszurichten.

Integrationsdimension Religion

In allen drei Städten dominierte die Frage einer gleichberechtigten öffentlichen Anerkennung der islamischen Religion die politische Tagesordnung, nicht zuletzt weil in allen drei Ländern keine laizistische Trennung zwischen Religion und Staat existiert. Beeinflusst wurde die konkrete Politik der städtischen Akteure zum einen durch die Beziehungen zwischen Staat und Religion auf nationaler Ebene und zum anderen durch die religionspolitischen Leitbilder der lokalen Parteien.

Die Regierung in Berlin verfolgte breit angelegte Strategien der Teilhabe und Anerkennung religiöser Gruppen, da dies aufgrund der verfügbaren Kompetenzen als Bundesland möglich war. So wurden institutionalisierte Kommunikationskanäle zu organisierten muslimischen Gruppen eingerichtet. Allerdings wurde bei den Fragen der Anerkennung religiöser Symbole im öffentlichen Dienst (Kopftuch) seit 2001 eine – den regierenden linken Parteien näherliegende – neutral-laizistische Strategie verfolgt. Bereits 2000 scheiterte vor dem Bundesverwaltungsgericht der Versuch des Senats, die Erteilung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen durch die Islamische Föderation zu verhindern (BverwG 6 C 5.99).

Fehlende kommunale Kompetenzen hemmten die Umsetzung einer spezifischen Religionspolitik in Brüssel und Barcelona. Es kamen Schwierigkeiten bei der Einrichtung eines handlungsfähigen nationalen Vertretungsorgans der muslimischen Minderheit hinzu. Das Fehlen eines legitimierten Verhandlungspartners behinderte in Brüssel maßgeblich die Verwirklichung der formal verankerten Gleichstellung des Islam auf lokaler Ebene (zum Beispiel beim Religionsunterricht). Eine kohärente Strategie in Brüssel war auch deshalb nicht erkennbar, weil sich frankophone und flämische Parteien über die grundsätzliche Orientierung der Religionspolitik – Laizismus oder Anerkennung im öffentlichen Raum – nicht einigen konnten. In Barcelona waren wichtige politische Akteure nicht gewillt, im Zuge der Debatte um die Gleichbehandlung der Religionen die privilegierte Stellung der katholischen Religion in den öffentlichen Institutionen in Frage zu stellen.

Integrationsdimension Sprache/Interkulturalisierung

In Brüssel und in Barcelona prägte die Relevanz des Themas für autochthone Sprachgruppen die Sprach- und Interkulturalisierungspolitik erkennbar. So dominierte die politische Zielsetzung der Verbreitung der katalanischen Sprache alle eingesetzten Politikinstrumente in Barcelona – eine Zielsetzung, die von allen politischen Akteuren geteilt wurde. Die Sprachpolitik in Brüssel verantworten die beiden Sprachgruppen getrennt; sie versuchten, auch auf diesem Gebiet der Integrationspolitik die jeweils eigene Position – Priorität für die jeweilige Gruppenidentität – in der Stadt zu stärken. Die Maßnahmen in der Bildungs-, Sprach-, Verwaltungs- und Stadtteilpolitik bei den Frankophonen orientierten sich an einem universalistischen Leitbild, die der Flamen an einem pluralistischen Leitbild. Beide Orientierungen förderten – indirekt oder direkt – die eigene Machtposition. So stärkte die Anerkennung unterschiedlicher Sprachidentitäten im öffentlichen Raum indirekt auch die flämische Minderheitsposition im stark frankophon geprägten Brüsseler Kontext.

Kurz gefasst

Die Zunahme kultureller Heterogenität in europäischen Städten betrifft nicht zuletzt die politische Integration in den Bürgerverband. Auf diese Herausforderung wurde in Barcelona, Brüssel und Berlin in den Jahren 1995 bis 2007 mit einer Integrationspolitik reagiert, die durch nationale und subnationale Kompetenzverteilungen sowie kulturelle Konfliktlinien geprägt war. Trotz unterschiedlicher institutioneller Kontexte der drei untersuchten Städte lässt sich in Ansätzen ein spezifisches Integrationsparadigma erkennen, das die kulturelle Differenz der Zuwanderer im öffentlichen Raum zwar anerkennt, gleichzeitig aber auch versucht, ein gemeinsames Bürgerverständnis zu stärken.

In Berlin wurde die ethnisch-kulturelle Homogenität der öffentlichen Verwaltung zunehmend als Problem wahrgenommen. Erste Ansätze einer dezidierten Politik der Interkulturalisierung wurden – wenn auch auf niedrigem Niveau – umgesetzt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Politikfeldern, in denen die Kompetenzen auf nationaler Ebene liegen, eine eigenständige kommunale Politik kaum gemacht wird. Integration mag vor Ort stattfinden, wird aber größtenteils nicht dort bestimmt. Dies gilt für weite Bereiche der politischen Partizipation und teilweise im Bereich der Religionsbeziehungen. Existieren sprachlich-kulturelle Konfliktlinien, dann spielt bei der konkreten Ausgestaltung der Integrationspolitik überall dort, wo es möglich ist, die Stärkung der autochthonen (Sprach-)Identität die zentrale Rolle.

Was lässt sich hinsichtlich der paradigmatischen Verortung städtischer Politik zwischen den Leitbildern des Universalismus und des Pluralismus abschließend feststellen? Zwar lassen sich innerhalb einzelner Integrationsdimensionen und in einzelnen Städten gewisse Trends erkennen, aber in keiner der untersuchten Städte wurde von den politischen Akteuren ein einheitliches Integrationsleitbild verfolgt. Nur bei den Sprachgruppen in Brüssel war in den ihnen offenstehenden Politikbereichen jeweils ein stark universalistisches (Frankophone) bzw. pluralistisches (Flamen) Leitbild zu identifizieren.

Aber selbst in Brüssel lässt sich bei der konkreten Ausgestaltung einzelner Instrumente der Integrationspolitik eine Entwicklung beobachten, die in Berlin bereits deutlich weiter fortgeschritten und auch in Barcelona ansatzweise vorhanden ist. In der Kommunalpolitik ist eine Ausrichtung zu erkennen, die nicht mehr widerspruchsfrei einer universalistischen oder einer pluralistischen Ausrichtung zuzuordnen ist. So lösen sich in allen drei Städten die handelnden Akteure von Vorstellungen, die entweder die Bürger ohne Berücksichtigung kultureller Differenzen behandeln (universalistisch) oder diese nur vermittelt über organisierte Kollektive in den politischen Raum einbinden (pluralistisch), und zwar in der Bildungs- und Sprachpolitik (Multilingualisierung, besondere Sprachkurse), der Vereinsförderung zur Einbindung in Kooperationsstrukturen, bei der Interkulturalisierung der Verwaltung und der Stadtteilpolitik.

Vielmehr entwickelt sich auf der kommunalen Ebene im Ansatz eine neue Ausrichtung in der Integrationspolitik, die als (inter)kulturalistisch bezeichnet werden kann. Ein solches Leitbild zeichnet sich dadurch aus, dass die kulturelle Differenz der zugewanderten Bürger zwar bei der Gestaltung des öffentlichen Raums anerkannt und berücksichtigt wird, gleichzeitig aber versucht wird, diese Anerkennung im Rahmen der auf alle Stadtbürger gerichteten Politik zu erreichen und dadurch ein zwar kulturell heterogenes, aber dennoch gemeinsames Bürgerverständnis zu stärken.

Literatur

Michael Alexander, „Comparing Local Policies toward Migrants: An Analytic Framework, a Typology and Preliminary Results", in: Rinus Penninx, Karen Kraal, Marco Martiniello, Steven Vertovec (Eds.): Citizenship in European Cities: Immigrants, Local Politics and Integration Policies, Aldershot: Ashgate 2004, S. 57–84

Frank Gesemann, Roland Roth (Hg.), Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 719 S.

Rinus Penninx, „Integration of Immigrants in Europe: Policies of Diversity and Diversity of Policies", in: Gianni D'Amato, Brigitta Gerber (Hg.), Herausforderung Integration: Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa, Zürich: Seismo Verlag 2005, S. 45–55

Nicht alle sind gleich

Der Rechtsstatus beeinflusst Bildungschancen von Migranten

Janina Söhn

In den öffentlichen Debatten über Bildungschancen von Migrantenkindern geht es häufig um Nachkommen von Arbeitsmigranten aus dem südlichen Europa. Dabei sind Kinder aus Zuwandererfamilien eine sehr heterogene Gruppe: Seit Ende der 1980er Jahre wanderten über drei Millionen Minderjährige in die Bundesrepublik ein; geblieben sind gut 1,5 Millionen von ihnen. Unter diesen Migranten sind Kinder von Aussiedlern aus Osteuropa, von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie von Asylsuchenden und De-facto-Flüchtlingen (nur geduldeten Flüchtlingen) aus Drittstaaten wie dem Irak, Afghanistan und auch der Türkei.

Die Bundesrepublik hieß diese Kinder und ihre Eltern nicht in gleichem Maße willkommen. Politisch-rechtliche Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Aussiedlern, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, kontrastieren scharf mit denen von Flüchtlingen, die unter ausländischen Zuwanderern eine besonders benachteiligte Gruppe sind. Ob und wie solche Unterschiede auch die Bildungschancen der unterschiedlichen Gruppen von Migrantenkindern beeinflussten, wird in einem Forschungsprojekt am WZB untersucht.

Empirisch war diese Frage bis vor kurzem schwer zu beantworten. Erst mit neuen Datensätzen wie dem Mikrozensus 2005 können repräsentative Aussagen über die neuen Zuwanderer allgemein und insbesondere die Aussiedler und deren Bildungschancen getroffen werden. Eigene Analysen des Mikrozensus zeigen, dass Jugendliche mit Migrationserfahrung *insgesamt* die Schule deutlich seltener als die Einheimischen mit dem Abitur abschließen (Abbildung). Die hier geborenen Kinder aus Migrantenfamilien nehmen eine Mittelposition ein. Eines ist auffällig: Aussiedlerkindern gelingt wesentlich häufiger als den Kindern aus der Gruppe der als Ausländer Zugewanderten zumindest der Realschulabschluss.

Wie lassen sich die Bildungsunterschiede zwischen Migranten erklären? Welche Rolle spielen politisch-rechtliche Voraussetzungen, also von der Bundesrepublik gesetzte Rahmenbedingungen für Migration? Zwei Arten staatlicher Interventionen gilt es zu unterscheiden: Zum einen können einwanderungs-

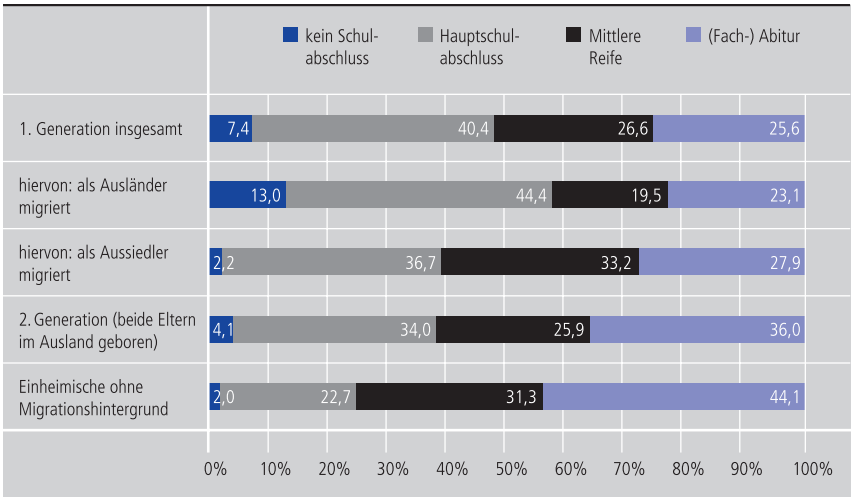


Abbildung
Schulabschlüsse ausgewählter Gruppen von 18- bis 35-Jährigen
Quelle: Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen
n = 96.148; nur alte Bundesländer; 1. Generation: als Minderjährige in den Jahren 1987 bis 2003 zugewandert; (Fach-) Abitur: Abiturienten und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

Summary

Ethnic German immigrants have educational advantages

Since the end of the 1980s hundreds of thousands of minors immigrated to Germany. The way the government received these recent immigrants varied a lot and influenced educational outcomes. The comparison of children from ethnic German "repatriates" (Aussiedler) compared to other immigrant children shows that unequal treatment of immigrants of different legal statuses led to a relative educational advantage of Aussiedler-children.

rechtliche Auswahlkriterien die anschließenden Integrationschancen beeinflussen; zum anderen können unterschiedlich ausgestaltete Aufenthaltsbedingungen eine Rolle spielen, die die internationale Migrationsforschung „modes of incorporation“ nennt.

Stellt ein Aufnahmeland bestimmte Einwanderungskriterien auf, kann dies erhebliche Konsequenzen für die soziale Zusammensetzung der betroffenen Migrantengruppen und deren Teilhabemöglichkeiten haben. Ein Beispiel: In Kanada werden erwachsene Migranten mit einer guten Ausbildung und Sprachkenntnissen über ein Punktesystem „herausgefiltert“. Deren Kinder wiederum profitieren in der Schule von den Ressourcen, die ihre Eltern ihnen bieten können. In der Bundesrepublik gibt es solche zuwanderungspolitischen Steuerungsinstrumente noch nicht. Bislang ist die Gruppe hochqualifizierter Arbeitsmigranten klein, und meist bleiben sie nur vorübergehend in Deutschland.

Dennoch hilft dieses Erklärungsmodell, denn mit der größten Migrantengruppe der letzten zwei Dekaden, den (Spät-)Aussiedlern, kamen auch in Deutschland Anerkennungskriterien zum Tragen, die – mehr oder weniger beabsichtigt – zugleich Integrationschancen berührten. Erstens hatten die früheren sozialistischen Herkunftsländer in Osteuropa, auf die die Aussiedlerzuwanderung immer beschränkt war (seit 1993 auf die ehemalige Sowjetunion), verhältnismäßig gut ausgebaute Bildungssysteme. Entsprechend brachten Aussiedler ein gewisses Niveau an Allgemeinbildung mit. Zweitens dienten einfache Deutschkenntnisse traditionellerweise als Beleg für ihre deutsche Herkunft. Wenngleich bis Anfang der 1990er Jahre eine entsprechende Überprüfung nicht allzu streng war und es auch danach Ausnahmeregelungen gab, so konnten doch einige Aussiedlerkinder, zum Beispiel viele Rumäniendeutsche, vom Startvorteil profitieren, die Schulsprache Deutsch nicht neu lernen zu müssen. Die große Mehrheit der Aussiedlerkinder, die aus der ehemaligen Sowjetunion und auch aus Polen stammte, stand dagegen wie andere Migrantenkinder vor der Herausforderung, möglichst rasch Deutsch zu lernen und sich im hiesigen Schulsystem zurechtzufinden.

Der Zugang zu Rechten und Integrationsmaßnahmen oder auch der Ausschluss davon hing für die Migrantenkinder von ihrem Rechtsstatus ab. Gerade im Bildungssystem war dies aber eine verzwickte Angelegenheit. Zwar „leisteten“ sich die meisten Bundesländer – Bayern und Baden-Württemberg sogar bis in dieses Jahrzehnt – separate Erlasse zum Schulbesuch von Aussiedlerkindern einerseits und ausländischen Kindern andererseits. Das zeigt, wie tief die Unterscheidung zwischen „deutschstämmigen“ und „ausländischen“ Migranten institutionell verankert war. Eine genauere Untersuchung dieser separaten Richtlinien zeigt jedoch, dass es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gab. In der Praxis bürgerte sich der gemeinsame Unterricht von ausgesiedelten und ausländischen Migrantenkindern in Intensiv-Deutschkursen und Übergangsklassen an Grund- und Hauptschulen ein.

Eine Ungleichbehandlung wurde über die vom Bund finanzierten (zum Teil nicht mehr existierenden) „Garantiefonds“ im Schul-, Berufsbildungs- und Hochschulbereich eingeführt. Von deren Angeboten, wie etwa außerschulischem Nachhilfeunterricht und Deutschkursen, durften hauptsächlich Aussiedler, aber auch einige rechtlich anerkannte Flüchtlinge profitieren. Aufgrund unzureichender Evaluationen bleibt allerdings unklar, ob diese zusätzliche Unterstützung tatsächlich dazu führte, dass mehr Aussiedlerkinder das Abitur machten oder zum Beispiel nur ihre Noten auf Hauptschulen verbessert wurden.

Mindestens genauso wichtig erscheint es daher, auch die Lebensumstände außerhalb des Bildungssystems zu analysieren und danach zu fragen, inwieweit sie von politisch-rechtlicher Ungleichbehandlung beeinflusst wurden. Die Einwanderung als Aussiedler und die hiermit verknüpfte rechtliche Gleichstellung bot durch den sofortigen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eine sichere Bleibeperspektive. Dieser verlässliche Rahmen steht in starkem Gegensatz zur permanenten Bleibeunsicherheit, der Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge oft jahrelang ausgesetzt waren und die selbst eine mittelfristige Lebensplanung verhinderte.

Janina Söhn, Soziologin, ist Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung und assoziierte Wissenschaftlerin in der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am WZB. Von 2003 bis 2007 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Arbeitsstelle „Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ am WZB. Im Herbst 2009 war sie zu Gast an der Princeton University.
[Foto: David Ausserhofer]

soehn@wzb.eu

Kurz gefasst

Seit Ende der 1980er Jahre sind mit ihren Familien viele hunderttausend Kinder in die Bundesrepublik migriert. Die politisch-rechtlichen Einreise- und Aufenthaltsbedingungen dieser Zuwanderer variierten stark – mit Folgen auch für ihre Bildungschancen. Beim Vergleich zwischen Kindern von (Spät-)Aussiedlern mit anderen Migrantenkindern wird deutlich, dass die institutionelle Ungleichbehandlung, die auf einem unterschiedlichen Rechtsstatus basiert, zu einem relativen Bildungsvorsprung der Aussiedlerkinder führte.

Der Einfluss dieser divergierenden Lebensumstände auf den Schulerfolg lässt sich ebenso schwer exakt in Zahlen nachweisen wie eine Wirkung der öffentlichen Debatten und der Einstellungen in der Aufnahmegesellschaft. Diskurse über die bis zur Wende politisch willkommenen Aussiedler wurden im Laufe der 1990er Jahre zwar zunehmend ambivalenter – immer häufiger wurden „Integrationsprobleme“ hervorgehoben. Politisch unerwünschte, unter den Generalverdacht des „Asylmissbrauchs“ gestellte Flüchtlinge hatten aber mit einem deutlich feindseligeren Umfeld zu kämpfen. Stigmatisierungen und Bleibeunsicherheit stellen psychologische Belastungen im schulischen Fortkommen dar, mit denen andere Migrantengruppen gar nicht oder weniger zu kämpfen haben.

Empirisch konkreter analysierbar ist dagegen der indirekte Einfluss des Rechtsstatus der Migranten, wie er über den Grad der sozialrechtlichen Gleichstellung und die ökonomische Teilhabemöglichkeit der Eltern vermittelt wird. Im Gegensatz zu den Migranteneltern, die (zum Beispiel aus einem EU-Mitgliedsstaat) zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in die Bundesrepublik reisen konnten, hatten die meisten erwachsenen Aussiedler und Flüchtlinge zunächst keine Beschäftigung. In dieser Phase der Nichterwerbstätigkeit waren die finanziellen Leistungen für Aussiedler jedoch höher als für Flüchtlinge, die durch das Asylbewerberleistungsgesetz zu Einkommensarmut unterhalb des Sozialhilfeniveaus verdammt waren (und sind). Zudem hatten Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge zum Teil gar keinen, zum Teil einen rechtlich erschwerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, also begrenzte Möglichkeiten, durch Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Darüber hinaus konnten – trotz Kürzungen in den 1990er Jahren – erwachsene Aussiedler wie sonst keine andere Migrantengruppe von einem Bündel an Integrationsmaßnahmen profitieren, bevor 2005 „Integrationskurse“ für weitere Kreise von Zuwanderern eingeführt wurden. Dabei ist besonders die staatliche Unterstützung für Aussiedler beim Erlernen der deutschen Sprache hervorzuheben – denn der Spracherwerb von Eltern ist auch für die alltägliche Unterstützung ihrer Kinder in deren schulischem Fortkommen relevant.

Dennoch: Könnten die relativen Bildungsvorteile von Aussiedlerkindern nicht auch einfach darauf zurückzuführen sein, dass ihre Eltern höher gebildet sind als die der Vergleichsgruppe – ein „Glücksfall“, der mit der gruppenspezifischen Migrations- und Integrationspolitik selbst nichts zu tun hat?

Solche Pro- und Kontra-Hypothesen lassen sich mit dem Mikrozensus testen. In statistischen Schätzmodellen wird in Rechnung gestellt, dass sich die Gruppen der Aussiedler und der als Ausländer Zugewanderten hinsichtlich ihrer sozialen und damit für Bildungschancen relevanten Zusammensetzung unterscheiden können. Im Ergebnis zeigt sich, dass der relative Bildungsvorteil von Aussiedlerkindern zwar teilweise darauf zurückzuführen ist, dass ihre Eltern in den Herkunftsländern im Schnitt mittlere (Aus-)Bildungsniveaus erreichten, während unter der Vergleichsgruppe ein gutes Fünftel der Eltern gar keinen Schulabschluss hat und so ihre Kinder kaum unterstützen konnte. Dennoch ist es nicht alleine das Bildungsniveau der Eltern, das die geringeren Bildungsrisiken von Aussiedlerkindern erklärt. Zum Teil sind sie dadurch bedingt, dass Aussiedlereltern seltener von Arbeitslosigkeit betroffen sind (die mit der einhergehenden Armut und sozialen Ausgrenzung ein Bildungsrisiko von Kindern darstellt). Dies fällt gerade im Vergleich zu den weniger bildungserfolgreichen jugendlichen Flüchtlingen aus außereuropäischen Ländern auf, deren Eltern zwar ein ähnliches Bildungsniveau aufweisen, aber häufiger von ökonomischer Teilhabe rechtlich ausgeschlossen waren.

Aussiedler behalten unter der statistischen Berücksichtigung der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung unter anderem im Vergleich zu Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, die vorwiegend Bürgerkriegsflüchtlinge waren, und aus der Türkei, darunter auch asylsuchende Kurden, ihren relativen Bildungsvorsprung. Solche Gruppen sind nicht nur durch rechtliche Exklusionen, sondern auch durch Gewalterfahrung und Diskriminierung im Herkunftsland und ethnische Vorurteile in Deutschland belastet.

Die negativen Folgen der Benachteiligung durch das Ausländerrecht könnten mit dem entsprechenden politischen Willen verändert werden. Dabei wäre es, wie hier beschrieben, verfehlt, *nur* auf – dringend notwendige – *schulische* Integrationsmaßnahmen für die Migrantenkinder zu setzen, um deren Bildungschancen zu erhöhen. Ebenso wichtig für den schulischen Erfolg ist eine unterstützende Integrationspolitik für erwachsene Migranten. Die großzügige Integrationspolitik für Aussiedlerfamilien könnte dafür ein Vorbild sein, denn von ihr haben auch die Kinder profitiert.

Literatur

Alejandro Portes, Patricia Fernández-Kelly, William Haller, „The Adaptation of the Immigrant Second Generation in America: A Theoretical Overview and Recent Evidence", in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 35, No. 7, 2009, S. 1088–1104

Janina Söhn, „Bildungsunterschiede zwischen Migrantengruppen in Deutschland: Schulabschlüsse von Aussiedlern und anderen Migranten der ersten Generation im Vergleich", in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 18, Heft 3, 2008, S. 401–431

Janina Söhn, „Bildungsunterschiede und der Einfluss gruppenspezifischer Migrations- und Integrationspolitiken: Aussiedler und andere Angehörige der neuen ersten Migrantengeneration im Vergleich", in: Hans-Georg Soeffner (Hg.), Unsichere Zeiten. Verhandlungen des 34. Kongresses der DGS, Frankfurt a.M.: Campus (im Erscheinen)

Neuerscheinungen

Aus der WZB-Forschung

Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.)

United in Diversity?
Comparing Social Models in Europe and America

International Policy Exchange Series

Oxford/New York: Oxford University Press 2010

ISBN 978-0-19-537663-0

450 Seiten, $ 55.00

Dieser Band zielt auf einen Vergleich des europäischen und des amerikanischen Sozialsystems und fragt zugleich, ob das große wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten der EU es überhaupt noch erlaubt, von einem einheitlichen europäischen Entwicklungsmodell zu sprechen. Anhand ausgewählter gesellschaftlicher Probleme werden auf empirischer Grundlage Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den USA und Europa sowie innereuropäische Varianzen herausgearbeitet. In paarweise angeordneten Beiträgen kommen dabei jeweils ein amerikanischer und ein europäischer Autor zu Wort. Der erste Block des Buchs rückt die Struktur und das Handeln des Staats ins Zentrum und wendet sich vier Themenfeldern zu: den unterschiedlichen Konzepten und der Qualität von Demokratie, der politischen Integration am Beispiel der Wahlbeteiligung, der Zusammensetzung und Höhe staatlicher Ausgaben sowie dem Verständnis von Sozialbürgerschaft und sozialer Grundsicherung. Der zweite Block konzentriert sich auf die vergleichende Analyse spezifischer Politikergebnisse: die Bemühungen zur Herstellung von Vollbeschäftigung, das Ausmaß von Einkommensungleichheit und Muster sozialer Mobilität, die Verteilung von Bildungschancen und die Rolle der Bildungspolitik sowie Erfolge bzw. Misserfolge bei der Integration von Zuwanderern.

Agnes Blome, Wolfgang Keck, Jens Alber

Family and the Welfare State in Europe
Intergenerational Relations in Ageing Societies

Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar 2009

ISBN 978-1-84844-479-9

341 Seiten, £ 79.95

Der demographische Wandel und Änderungen in den Familienkonstellationen kennzeichnen den heutigen Wohlfahrtsstaat. Diese Prozesse gefährden das staatliche Leistungsangebot. Einige Autoren schließen daraus, dass es zu Verteilungskonflikten zwischen Generationen kommt. Im Mittelpunkt dieser Studie steht die Frage, wie Staat und Familie die Lebensbedingungen von Generationen prägen und wie sich dieses Wechselspiel auf die sozialpolitischen Einstellungen von Altersgruppen in vier Ländern auswirkt: Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden. Im Einzelnen geht es um die Rentenleistungen und die materielle Lebenssituation von Senioren, die Pflege älterer Menschen, Familienpolitik und familienpolitische Leistungen sowie um Kinderbetreuung und Erwerbsbeteiligung von Müttern. Der Vergleich der Länder soll darüber Aufschluss geben, wie verschiedenartig das Zusammenleben zwischen Generationen organisiert sein kann und welche Strategien sich angesichts des demographischen Wandels als zukunftsfähig erweisen. Die Analysen zeigen, dass dem Zusammenspiel zwischen den Generationenverhältnissen im Wohlfahrtsstaat und den Generationenbeziehungen in der Familie eine zentrale Stellung bei der Regulierung von Verteilungskonflikten zukommt.

Join the club, but learn the rules

Wanted: intelligent integration policies

Evelyn Ersanilli and Ruud Koopmans

Many European countries are struggling to develop policies that stimulate socio-cultural aspects of integration, such as language proficiency, interethnic social contacts and identification with the host society. These are all important prerequisites for social cohesion in plural societies. The question is, which type of policies best promotes immigrant integration? Two dimensions of national integration policies are relevant here: the degree to which countries offer immigrants access to legal equality as individuals, and what kind of duties and rights immigrants have in the cultural domain. On the individual equality dimension, the central question is whether policies should grant immigrants immediate access to full citizenship rights (rights as a precondition for integration) or whether access to rights should be dependent on a certain amount of integration (rights as a reward for integration).

On the cultural dimension, the core choice is between more assimilationist and more multicultural policies. The former are based on the idea that a certain degree of cultural assimilation should be demanded from immigrants to further their integration. Multicultural policy approaches, by contrast, assume that recognizing and supporting immigrant cultures and religions help immigrants connect to the host country. The state should therefore provide support for immigrant organizations and expressions of immigrant cultures, such as their ethnic languages or religious expressions such as the Islamic headscarf.

In our study, we have investigated the effects of integration policies on the socio-cultural integration of immigrants along these two dimensions by comparing three countries with different policies; Germany, the Netherlands and France. In such a comparison, one must take into account that the immigration histories of these countries are not identical. Because we are interested in the effects of different integration policies and not in the effects of origin country characteristics or migration type, our study controls for these factors by only looking at Turkish immigrants and their descendants. Germany, France and the Netherlands have been the three most important destination countries for Turkish immigrants. They number about 350,000 in France and the Netherlands, and 2.5 million in Germany. Relative to the total population, the concentration of Turks is clearly lower in France. However, this does not explain the differences we report below, which remain when we control for the percentage of Turks.

Germany has long been known for a citizenship regime that made it hard for immigrants to become German citizens. Although over the course of the 1990s Germany opened up its citizenship legislation, Germany still provides immigrants with fewer rights than France and particularly the Netherlands. Immigrants in Germany can naturalize after eight years, those in France and the Netherlands after five years. Dual citizenship is only allowed in a limited number of cases, whereas it is mostly condoned in the Netherlands and unconditionally accepted in France. Germany also has weaker anti-discrimination legislation than the other two countries.

Since the 1980s the Netherlands has granted immigrants much more cultural and religious rights than France and Germany. It has set up and funded advisory councils for the largest immigrant groups and for a long time provided immigrants with information in their own languages. In addition, the legal provisions that existed for Catholics and Protestants were also used for immigrant groups, which for instance led to the establishment of Islamic and Hindu broadcasting corporations and schools. There are currently about 45 state-funded Islamic schools in the Netherlands, compared to two in Ger-

Summary

Socio-cultural integration of immigrants in Europe

A study of Turkish immigrants in Germany, France and the Netherlands shows different outcomes, depending on different policies. Everywhere, Turkish immigrants show strong ethnic retention, but Islamic religiosity is weaker in Germany. Inclusive citizenship rights stimulate immigrants' orientation on the host country in the form of identification, language use, and interethnic contacts. Multicultural policies on the other hand seem to have a negative impact on host culture adoption, with the exception of identification.

many and one in France. The Netherlands have also been the most tolerant towards the headscarf. In public schools, both teachers and students are allowed to wear a headscarf, and the same is true for civil servants, with the police and the courts as the only exceptions. In Germany, in most federal states, teachers and civil servants are not permitted to wear headscarves, although pupils can wear them without restriction. France has been most restrictive in accommodating public expressions of the Islamic faith. Teachers and other civil servants cannot wear a headscarf and since 2004 this also applies to school pupils. The Netherlands also have the lowest cultural integration requirements for naturalization. Because citizenship was seen as an important means of legal equality, the integration requirement for naturalization consisted of nothing more than a very modest oral language exam. Germany and France have generally had stricter language requirements and have also demanded a certain degree of social integration. In 2003 Dutch legislation became stricter, but by then a large share of the immigrant community had already naturalized.

Ethnic retention

We look both at the socio-cultural orientation of immigrants on the host society, and at the extent to which they have maintained the language and culture of their country of origin. To measure retention we have investigated the degree of identification with Turks, Turkish language proficiency, identification with Muslims and observance of Islamic religious practices. The data were gathered in a telephone survey that was held in 2005-2006. We found that in all three countries retention is high. On a scale ranging from 1 "not at all" to 5 "completely" the average level of identification with Turks is 4.5. There are no differences between the three countries. The same holds true for Turkish language proficiency, which is equally high in all three countries. One of the reasons for the lack of cross-national differences is likely the strong ethnic identity of Turkish immigrants. Many expressed their desire to raise their children as 'Turks', meaning being aware of their ethnicity, being fluent in Turkish and maintaining Turkish customs.

For religious retention we did find cross-national differences. In all three countries Turkish immigrants identify strongly with Muslims (4.7 on a five-point scale), but identification is higher in the Netherlands than in Germany, and France takes an in-between position. The observance of religious practices is also highest in the Netherlands, slightly lower in France and lowest in Germany. For instance, little over half of our German respondents, compared

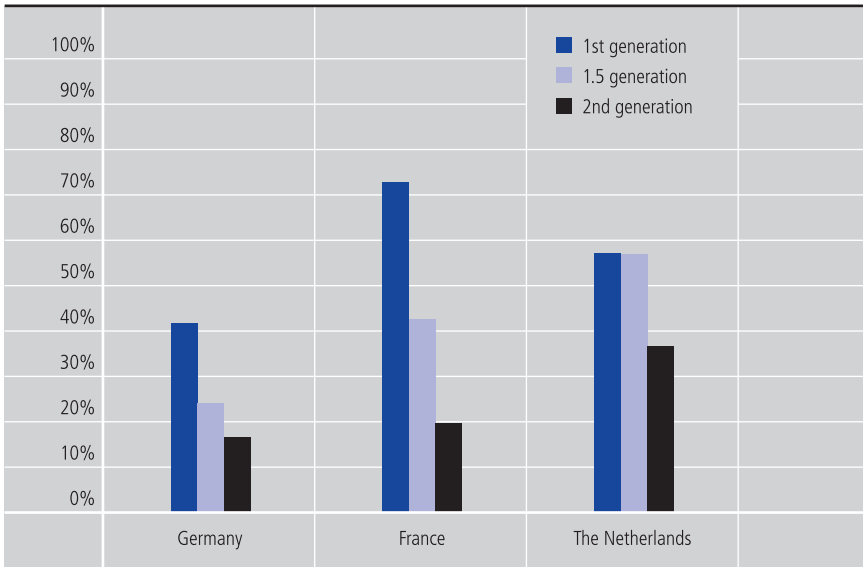


Figure 1
Share of women who always wear a headscarf, per country and generation
Source: own calculations
1.5 generation: born in Turkey, immigrated as a minor

Evelyn Ersanilli, born in 1980, studied Interdisciplinary Social Science at Utrecht University (the Netherlands). She did her PhD research at the Free University Amsterdam on the socio-cultural integration of Turkish immigrants in France, Germany and the Netherlands (defense expected in 2010). Since August 2009 she has been working as a senior researcher at the WZB for the research unit "Migration, Integration, Transnationalization". [Photo: Udo Borchert]

ersanilli@wzb.eu

Ruud Koopmans, born in 1961, is a graduate of Political Science at the University of Amsterdam; senior researcher at the Amsterdam School for Social Science Research (ASSR), at the Sociaal en Cultureel Planbureau in Rijswijk and at the WZB. Since 2003 he has held the position of Professor of Sociology, Chair in Social Conflict and Change, Vrije Universiteit Amsterdam, and since April 2007 he has been Director of the WZB research unit „Migration, Integration, Transnationalization".

koopmans@wzb.eu

Kurz gefasst

Eine Studie über türkische Immigranten in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden zeigt, dass die soziokulturelle Integration in diesen Ländern unterschiedlich verläuft, abhängig von deren Gestaltung. Es zeigt sich, dass die Ausstattung mit inklusiven Bürgerrechten die Orientierung an und Identifizierung mit der Kultur im Gastland stimuliert. Multikulturelle Integrationsstrategien scheinen auf der anderen Seite einen negativen Einfluss darauf zu haben, wie gut sich Zuwanderer an die einheimische Kultur – abgesehen von der Identifikation – anpassen.

to almost 80 per cent of the French and Dutch respondents, always observe Ramadan. As Figure 1 shows, the share of women who always wear a headscarf shows a similar pattern. The wearing of headscarves strongly declines over the generations, but this decline is most notable in France and least in the Netherlands. Dutch policies of multiculturalism thus seem to have been effective to the extent that they have stimulated Turkish Muslims to retain their religious identity and practices to a larger extent than their counterparts in France and Germany. The question is, of course, whether this has also led to a stronger orientation on the host society.

Adoption of host country culture

To measure adoption of the host country culture we inquired about identification with the country of residence, host country language proficiency and use, and social contacts with host country ethnics. In all the three countries, the identification with the country of residence is much lower than the identification with Turkey. On average it is 2.6 on a five-point scale. Turkish immigrants in France and the Netherlands identify more strongly with their country of residence than Turkish immigrants in Germany. Many Turkish immigrants in Germany feel they are not accepted as fellow Germans. In France and the Netherlands feelings of exclusion are also present, but they are less prevalent.

Turkish immigrants and their descendants in France have the highest level of host country language proficiency, those in the Netherlands the lowest. In all three countries Turkish is the language that is most frequently used in communication with parents, the partner, children and friends. In general, Turkish immigrants in France use the host country language more often than those in Germany and the Netherlands. Though the use of the host country language increases over generation, only for those born in France has it become the dominant language. Turkish immigrants in France are less likely to have a predominantly Turkish social circle (see Figure 2). In France and Germany the children of Turkish immigrants are more likely to hang out with natives than their parents, but in the Netherlands, there is little sign of such a generational increase.

On the whole, we can conclude that Turkish immigrants in France show the strongest orientation on the host society: they identify relatively strongly with France, speak French better and use it more often, and have more social contacts with natives. In the Netherlands, the only positive aspect of socio-cultu-

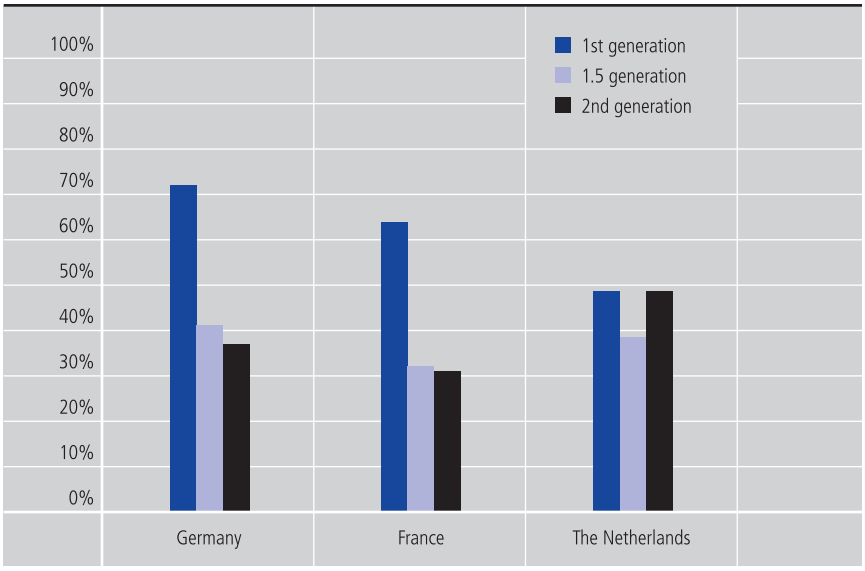


Figure 2
Predominantly Turkish social circle, per country and generation
Source: own calculations
1.5 generation: born in Turkey, immigrated as a minor

ral integration is the relatively high level of identification with the Netherlands, which, however, is combined with low levels of language proficiency and use, and particularly in the second generation a comparatively strong orientation on social contacts within the own ethnic group. German Turks score only slightly better than Dutch Turks on language adoption and interethnic social contacts, but are further distinguished by a very low level of identification with Germany, which is linked to their, in a comparative perspective not unfounded, feelings of being excluded from access to equal citizenship rights.

These results do not provide support for the Dutch multicultural policy approach, which has, as we have seen, stimulated the retention of a strong religiosity among Turkish immigrants, but has not promoted their proficiency and use of the Dutch language or the development of interethnic social contacts. Only regarding identification can the Dutch approach be seen as successful, although one may ask what feeling Dutch means if it is not accompanied by high levels of linguistic and social integration. However, the results do not provide support for the view of rights as a reward for integration, either. This has been the dominant German policy approach, but it has not only kept most immigrants from obtaining equal citizenship rights, but has also led to a very low identification of immigrants with the country in which they live. Moreover, this approach has not led to significantly higher levels of linguistic and social integration than in the Netherlands.

The relative success of France shows that policies that provide immigrants with a clear perspective of full membership, but that also require a certain amount of cultural adjustment from them are most effective. Importantly for the German discussion, the results for France also show, however, that the allowance of dual citizenship is not necessarily a barrier to integration. German policies have become more inclusive, especially with the new citizenship law of 2000 that grants automatic citizenship to German-born children of immigrants. Germany would do well to continue further on this course, which we may expect to eventually have a positive impact on the socio-cultural integration of immigrants. At the same time, however, there is little to recommend that Germany follow the approach that prevailed in the Netherlands until recently, which tended to see the obstacles towards integration primarily in the cultural biases of the host society and demanded very little in return from immigrants. The road towards integration neither leads through exclusion from equal rights, nor through state support for ethnic and cultural identities, organizations and practices. Instead, our study suggests that immigration countries do best by offering immigrants a welcoming perspective of full membership, which, however, also implies a duty for the immigrant to acquire the capacities to fulfil the role of citizen, above all in the form of knowledge of the language, the law, and to some extent also local customs.

Literature

Evelyn Ersanilli, Ruud Koopmans, Ethnic Retention and Host Culture Adoption among Turkish Immigrants in Germany, France and the Netherlands: A Controlled Comparison, Berlin: WZB 2009 (WZB discussion paper SP IV 2009-701)

Evelyn Ersanilli, Ruud Koopmans, „Rewarding integration? Citizenship regulations and sociocultural integration of immigrants in the Netherlands, France and Germany", in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 36, No. 4, 2010 (forthcoming)

Islamdebatten, variiert

Unterschiedliche Akzente in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Marc Helbling

Die zunehmende Immigration aus muslimischen Ländern hat den Islam seit Ende des 20. Jahrhunderts zu einem wichtigen kulturellen Phänomen in Westeuropa werden lassen. In den Einwanderungsdebatten dominieren oft Konflikte, in denen eingewanderte Muslime und deren Kultur eine Rolle spielen. Denn westliche Gesellschaften fühlen sich immer häufiger von religiösen Sitten und Gebräuchen herausgefordert, die mit ihren liberalen Normen in Konflikt zu stehen scheinen. Der Bau von Moscheen und Minaretten, islamischer Religionsunterricht und nach Geschlechtern getrennter Sportunterricht sind nur einige der Themen, die immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

Die stärker werdenden Spannungen erfordern eine systematische Untersuchung dieses Themas. Es stellt sich die Frage, wie westliche Gesellschaften auf muslimische Migration reagieren und wie sie mit den Forderungen der Muslime nach kulturellen Rechten umgehen. Dabei geht es nicht nur um politische und rechtliche Bestimmungen, sondern auch darum, von welchen Faktoren die gesellschaftliche Auseinandersetzung insgesamt bestimmt wird: Welche Themen dominieren die Debatten, und welche Akteure nehmen daran teil? Welche Positionen werden eingenommen, und wie wird argumentiert?

Ein besonderes Augenmerk gilt immer wieder den terroristischen Anschlägen in New York, Madrid und London. Viele Beobachter vermuten, dass diese Ereignisse kontroversere Einstellungen gegenüber Muslimen in Westeuropa und Nordamerika zur Folge hatten. Es hat sich aber in verschiedenen Studien gezeigt, dass die Auswirkungen gar nicht so gravierend ausgefallen sind. Zwar wird seit 9/11 in der Öffentlichkeit sehr viel häufiger über muslimische Migration diskutiert als zuvor; auch Sicherheitsthemen wird ein wichtiger Platz eingeräumt. Die generellen Einstellungen haben sich aber nicht merklich verändert. Vielmehr scheinen sich gewisse kontroverse Positionen verstärkt zu haben, die es bereits vor den Anschlägen gab und mit der zunehmenden muslimischen Migration in den 1980er und 1990er Jahren erklärt werden können.

Wichtige Hinweise ergibt die Analyse der verschiedenen Islamdebatten in einzelnen Ländern und deren Unterschiede. Es wird oft argumentiert, dass die vorherrschenden nationalen Staatsbürgermodelle einen starken Einfluss auf die Art und Weise ausüben, wie mit den Migranten umgegangen wird. Die in einem Land dominierende Vorstellung darüber, was eine Nation ausmacht, wer dazugehört und wer nicht, müsste demnach Auskunft darüber geben, wie eine Gesellschaft auf muslimische Migration reagiert. Neuere Arbeiten haben jedoch auf die Unzulänglichkeit dieses Arguments hingewiesen. Die Idee, dass ein Staatsbürgermodell allein als Erklärungsmuster dienen kann, gilt einigen Forschern als zu grob vereinfachend, zumal Muslime keine ethnische, sondern vielmehr eine religiöse Minderheit sind und sich das Verständnis einer Nation im Laufe der Zeit verändern kann.

Am besten kann diese Frage anhand der derzeitigen Islamdebatten in den Ländern überprüft werden, die ein ähnliches Staatsbürgermodell aufweisen. Dies erlaubt es zu untersuchen, ob sich die Reaktionen auf muslimische Einwanderer trotz des gleichen Staatsbürgermodells unterscheiden und welche weiteren Faktoren relevant sind. Deutschland, Österreich und die Schweiz haben, wie in mehreren Studien dargelegt wurde, ein ähnlich ethnisches Staatsbürgermodell, das eine restriktive Politik und ablehnende Einstellungen gegenüber Migranten zur Folge hat. In diesen drei Ländern ist die Meinung vorherrschend, nur Menschen mit einem sehr ähnlichen kulturellen Hintergrund gehörten zur nationalen Gesellschaft. Im Gegensatz dazu gelten Länder wie

Summary

Public debates about Islam and Muslim migration

The increasing migration from Muslim countries challenges Western societies. Struggles over these issues follow diverging logics in different countries. It can be shown that besides the traditional understanding of what constitutes a nation, the relationship between state and church as well as the strength of right-wing populist parties influence the way Islam and Muslim migration are debated in the public sphere.

die Niederlande und Großbritannien als offen und großzügig gegenüber Immigrantengruppen und deren kulturellen Forderungen.

Sollte das Verständnis von Staatsbürgerschaft tatsächlich einen solch großen Einfluss ausüben, wie oft angenommen wird, müsste in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein ähnliches gesellschaftliches Klima gegenüber Muslimen beobachtet werden können. Es hat sich jedoch gezeigt, dass sich die öffentlichen Debatten in einigen Aspekten stark unterscheiden: Diese können zu einem großen Teil mit der traditionellen Beziehung zwischen Staat und Kirche sowie der Mobilisierung durch rechtspopulistische Parteien erklärt werden. Nach Auffassung vieler Wissenschaftler sagen die traditionellen Beziehungen zwischen dem Staat und den in einem Land traditionell angestammten Religionen etwas darüber aus, wie mit neuen religiösen Gruppen umgegangen wird. So hat sich gezeigt, dass der Islam in jenen Ländern eine bessere Position hat, in denen die christlichen Kirchen eine größere Anerkennung genießen.

In einem nächsten Schritt spielt eine große Rolle, welche traditionelle Stellung der Islam in den drei untersuchten Ländern hat und wie sich diese Beziehung auf die heutigen Debatten auswirkt. Auf Grund des historischen Erbes des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs ist der Islam seit gut hundert Jahren eine offiziell anerkannte Religion in Österreich. In der Schweiz sind dagegen neben den christlichen und der jüdischen keine weiteren Religionen anerkannt. Eine Anerkennung ist schon deshalb schwierig, da die Beziehung zwischen Kirche und Staat auf subnationaler Ebene geregelt wird. Im Kanton Zürich gab es zwar bereits Anläufe, weitere Religionen offiziell anzuerkennen. Diesen wurde aber in einer Volksabstimmung ein vorläufiges Ende gesetzt. In Deutschland erschwert der Föderalismus ebenfalls eine nationale Anerkennung des Islam. Es gibt aber zumindest seit einiger Zeit Bestrebungen, mit muslimischen Gruppen auf nationaler Ebene enger zusammenzuarbeiten.

Der Erklärungsansatz der Staatsbürgermodelle ist nicht hinreichend, wenn es darum geht, den Umgang mit spezifischen Migrantengruppen zu erklären. Er erlaubt es außerdem nicht, zeitliche Veränderungen zu untersuchen. Tatsache ist jedoch, dass sich Staaten und deren Vorstellungen über das Wesen einer nationalen Gemeinschaft verändern können. Diese Entwicklungen werden vor allem von politischen Akteuren vorangetrieben, die mit einer bestimmten vorherrschenden Politik unzufrieden sind. Eine solche Mobilisierung kann weitere politische Akteure und Teile der Gesellschaft beeinflussen und so der öffentlichen Debatte ein neues Bild geben.

Beim Thema Migration mobilisieren insbesondere rechtspopulistische Parteien die öffentliche Meinung. Politiker wie Pim Fortuyn, Geert Wilders oder Umberto Bossi haben sich in verschiedenen westeuropäischen Ländern dieses Themas so lautstark angenommen, dass sie oft nur noch als Anti-Immigrationsparteien bezeichnet werden. Rechtspopulistische Kräfte sind in Österreich und der Schweiz relativ erfolgreich, während sie in Deutschland zumindest auf nationaler Ebene kaum eine Bedeutung haben. In der Schweiz ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine treibende Kraft in der Islamdebatte. Eine von ihr lancierte Initiative zum Verbot des Baus von Minaretten hat bereits über die Landesgrenzen hinweg für Furore gesorgt. Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) haben sich ebenfalls verschiedentlich des Islamthemas angenommen. Für Deutschland stellt sich die Frage, ob das Fehlen solcher politischen Kräfte zu allgemein großzügigeren Einstellungen gegenüber Muslimen führt oder ob andere, traditionell eher moderate rechte Parteien die Lücke ausfüllen und gegen den Islam mobilisieren.

Auswertungen in einem Forschungsprojekt des WZB in Zusammenarbeit mit der Universität München haben ergeben, dass rechtspopulistische Parteien überdurchschnittlich in den Islamdebatten vertreten sind. Sie stellen die wichtigste politische Kraft dar, wenn es um Themen rund um den Islam geht. Ihre Mobilisierung in Österreich und der Schweiz führt auch – stärker als in Deutschland – zu einer deutlicher polarisierten Debatte. Die CDU/CSU in

Marc Helbling arbeitet seit 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung". Er hat in Lausanne und Paris Politikwissenschaft studiert, war 2005/2006 Visting Scholar an der New York University und wurde 2007 an der Universität Zürich promoviert. Er arbeitet zurzeit unter anderem über Immigration, Islampolitik und Islamophobie in westeuropäischen Staaten. [Foto: David Ausserhofer]

helbling@wzb.eu

Kurz gefasst

Die zunehmende Migration aus muslimischen Ländern stellt westliche Gesellschaften vor neue Herausforderungen. Die Auseinandersetzungen darüber folgen in verschiedenen Ländern unterschiedlichen Logiken. Es zeigt sich, dass neben dem traditionellen Verständnis, was eine Nation bedingt, auch die Beziehung zwischen Kirche und Staat sowie die Stärke rechtspopulistischer Akteure einen Einfluss darauf ausüben, wie über Islam und Muslime in der Öffentlichkeit debattiert wird.

Deutschland scheint also zumindest in der Islamdebatte nicht die Aufgabe des rechtspopulistischen Lagers übernommen zu haben. Der Einfluss der Rechtspopulisten in Österreich und der Schweiz macht sich auch dadurch bemerkbar, dass dort die Auseinandersetzungen um Moscheen und Minarette sehr intensiv sind, während diese Themen in Deutschland zumindest auf nationaler Ebene kaum Reaktionen auslösen. Öffentlich gut sichtbare Symbole des Islams sind ganz klar bevorzugte Themen von Rechtspopulisten.

Der Einfluss der Rechtspopulisten ist jedoch in der Schweiz größer als in Österreich. Die verschiedenen Parteilager, die FPÖ und BZÖ eingeschlossen, nehmen dort weniger ablehnende Positionen ein. Dies deutet darauf hin, dass die traditionell starke Position des Islam in Österreich eine offenere Debatte gegenüber den Muslimen fördert und den Einfluss der Rechtspopulisten dämpft. Außerdem sind in Österreich muslimische Organisationen viel stärker in die Debatte eingebunden. Dies ist vor allem im Unterschied zur Schweiz erstaunlich, deren direktdemokratische Institutionen normalerweise solchen Akteuren einen besonders großen Spielraum zur Verfügung stellen.

Die starke Stellung des Islam in Österreich führt ebenfalls dazu, dass weniger um grundsätzliche und ideologische Aspekte gestritten wird als vielmehr um praktische Fragen, die sich auf Infrastruktur, islamische Institutionen und die Regelung kultureller Ansprüche von Muslimen konzentrieren. Die Schweiz, die bis vor kurzem viel weniger stark als Österreich mit dem Islam konfrontiert war, beschäftigt sich dagegen stärker mit grundsätzlichen Fragen, die den Islam an sich und die Integration muslimischer Einwanderer betreffen. Es geht noch eher darum, wie der Islam mit der schweizerischen Kultur und Gesellschaft vereinbar ist. In Deutschland ist die Debatte weiter fortgeschritten als in der Schweiz, es werden aber auch hier grundlegende Aspekte der Vereinbarkeit diskutiert. In allen drei Ländern wird relativ stark nationalistisch argumentiert, wenn es um muslimische Migration geht. Solche Argumentationsmuster sind aber ausgeprägter in Deutschland und der Schweiz. In Österreich werden sie oft durch religiöse Argumente ersetzt, was wiederum durch das spezifische, historisch gewachsene Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften zu erklären ist.

Die Migration aus muslimischen Ländern stellt westliche Gesellschaften nicht nur vor neue Herausforderungen; sie wirft auch die Frage auf, wie dieses Phänomen untersucht werden kann. Die Analyse zeigt, wie notwendig es ist, den historischen Kontext, etwa das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften, zu berücksichtigen, ebenso wie die Rolle rechtspopulistischer Kräfte. Eine Erweiterung der Forschungsperspektive ergibt sich, wenn der Einfluss dieser Faktoren auf Länder wie Großbritannien und die Niederlande untersucht wird. Interessant wäre auch ein Vergleich zwischen westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern. Muslimische Migranten in den USA und Kanada sind meist besser gebildet und gehören höheren sozialen Schichten an als diejenigen in Westeuropa. Dies könnte ebenfalls einen Einfluss darauf ausüben, wie die jeweiligen Gesellschaften auf diese Minderheit reagieren.

Literatur

Marc Helbling, „Islamophobia in Switzerland. A New Phenomenon or a New Name for Xenophobia?“, in: Simon Hug, Hanspeter Kriesi (Eds.), Value Change in Switzerland, Lanham: Lexington Press 2010 (im Erscheinen)

Martin Dolezal, Marc Helbling, Swen Hutter, „Zwischen Gipfelkreuz und Halbmond. Die Auseinandersetzung um den Islam in Österreich und der Schweiz, 1998–2007“, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 37, Nr. 4, 2008, S. 401–417

Martin Dolezal, Marc Helbling, Swen Hutter, „Debates over Islam in Austria, Germany, and Switzerland: Between Ethnic Citizenship, State-Church Relations and Right-Wing Populism“, in: West European Politics, Vol. 33, No. 2, 2010 (im Erscheinen)

Geschlossene Gesellschaft

Altenhilfen tun sich schwer, zugewanderte Ältere zu integrieren

Meggi Khan-Zvorničanin

Deutschland wird immer „grauer“. Gleichzeitig wird die ältere Bevölkerung immer „bunter“, also heterogener, was die Herkunft betrifft. In der Migrantenbevölkerung vollzieht sich analog zur Situation der Einheimischen ein sichtbarer demografischer Wandel – sie wird älter, weil Migrantinnen, genauso wie deutsche Frauen, immer weniger Kinder gebären. Von den 15,4 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind derzeit ca. 1,4 Millionen 65 Jahre alt und älter. Einer Modellrechnung der Bundesregierung zufolge wird allein die Zahl der über 60-Jährigen mit ausländischem Pass im Jahr 2030 auf 2,8 Millionen anwachsen.

Ältere Migrantinnen und Migranten bilden eine sozial sehr heterogene Bevölkerungsgruppe, bei der jedoch ein niedriger sozioökonomischer Status überwiegt. Soziale Benachteiligung geht ebenso wie höheres Lebensalter mit einem größeren Risiko einher, von chronischen Krankheiten und Mehrfacherkrankungen betroffen zu sein. So sind auch dem Schwerpunktbericht des Robert-Koch-Instituts zum Thema Migration und Gesundheit zufolge ältere Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger und früher von geriatrischen Krankheiten betroffen als gleichaltrige Angehörige der Mehrheitsbevölkerung. Der Bericht, der 2008 veröffentlicht wurde, zeigt eine gravierende Unter- und Fehlversorgung bei über 60-jährigen zugewanderten Personen in den Bereichen Prävention, Rehabilitation und Pflege auf. Insbesondere der Zugang zu Angeboten des Gesundheitssystems und der Altenhilfe gelingt bei dieser Bevölkerungsgruppe nicht in ausreichendem Maß.

Dabei wurde in den vergangenen zehn Jahren einiges dafür getan, die Angebote der Altenhilfe für Menschen mit Migrationshintergrund zugänglicher zu machen. Einen Meilenstein stellt das im Jahr 2002 verabschiedete „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“ dar. „Kultursensibilität“ bedeutet in diesem Zusammenhang, sich mit den Bedürfnissen von zugewanderten Menschen, ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihren Ess- und Lebensgewohnheiten sowie religiösen Traditionen auseinanderzusetzen und interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln. Dazu haben sich über 160 Verbände, Institutionen und Organisationen aus den Arbeitsfeldern der Altenhilfe mit ihrer Unterschrift verpflichtet. Unterstützung finden sie durch das „Forum für eine kultursensible Altenhilfe“. Es ging im Jahr 2006 aus einem freiwilligen Zusammenschluss von Verbänden, Organisationen und Institutionen aus den Arbeitsfeldern der Altenhilfe, der Migrationsarbeit sowie angrenzenden Tätigkeitsfeldern hervor.

Der Schwerpunktbericht des Robert-Koch-Instituts enthält jedoch ein ernüchterndes Resümee. Zwar gebe es vielfältige Maßnahmen, mit denen sich Gesundheits- und Altenhilfe-Institutionen gegenüber Angehörigen der Migrantenbevölkerung öffnen können. Dazu gehörten Fortbildungen zu migrationsspezifischen Themen, Kooperationen mit Moscheevereinen und Migrantenselbstorganisationen, gezielte Einstellung von Personal mit passenden Sprachkompetenzen und/oder Hinzuziehen von Dolmetscherdiensten. Diese würden bislang aber nur punktuell umgesetzt. Bei vielen Maßnahmen und Angeboten sei es außerdem schwierig, ihre Wirksamkeit nachzuweisen. Deshalb fällt die abschließende Bewertung der Versorgungssituation pessimistisch aus: Eine „Öffnung“ der Regelversorgung für zugewanderte Bevölkerungsgruppierungen gelingt laut Bericht oft nicht im gewünschten Maße oder mit sichtbarem Erfolg.

Warum funktioniert es so schlecht, Angebote der Regelversorgung für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zugänglicher zu machen, und wie könnte man die aktuelle Situation verbessern? Eine qualitative Studie der

Meggi Khan-Zvorničanin ist Stipendiatin des Graduiertenkollegs „Multimorbidität im Alter“ der Charité-Universitätsmedizin Berlin, gefördert von der Robert-Bosch-Stiftung. Seit Juni 2008 forscht sie als Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „Public Health“ am WZB zu Altersbildern. Sie ist Diplom-Pflegepädagogin und hat an der Humboldt-Universität zu Berlin Pflege- und Sozialwissenschaften sowie Erwachsenenpädagogik studiert. [Foto: Inge Weik-Kornecki]

khan@wzb.eu

Summary

Elderly migrants and health care

For the last ten years a number of things have been done to improve access for elderly migrants to the healthcare system. According to the Robert-Koch-Institute report about migration and health, published in 2008, this is not succeeding sufficiently. How do protagonists in the field of care for the elderly calculate, care and aid? First findings about images of old age among social workers and healthcare staff point to an ambivalent situation: even though institutions started opening themselves for the target group, elderly migrants are not always welcome.

Kurz gefasst

Seit fast zehn Jahren wird einiges dafür getan, den Zugang zum System gesundheitlicher/pflegerischer Versorung für ältere Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Dies gelingt laut Schwerpunktbericht des Robert-Koch-Instituts zu Migration und Gesundheit aus dem Jahr 2008 noch nicht in ausreichendem Maße. Wie planen, (ver)sorgen und (be)handeln Akteure im Feld der Altenhilfe? Erste Befunde zu Altersbildern bei Angehörigen sozialer Berufe verweisen auf eine zwiespältige Situation: Auch wenn sich Institutionen der Altenhilfe ihnen gegenüber zunehmend öffnen, sind ältere Migrantinnen und Migranten nicht immer willkommen.

WZB-Forschungsgruppe Public Health (Forschungsbereich Alter, Ungleichheit, Gesundheit) soll dazu beitragen, auf diese Fragen Antworten zu finden.

Ob Zugang zu Versorgung gelingt, hängt unter anderem von zwei Aspekten ab, die getrennt voneinander betrachtet werden müssen. Zum einen kommt es auf das Nutzungshandeln bzw. die Nutzungskompetenzen einer Zielgruppe an. Nutzungskompetenzen sind sozial ungleich verteilt. Ressourcenschwache Gruppen haben häufiger Probleme, soziale Versorgungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Ursachen sind zum Beispiel Informationsdefizite und mangelnde Sprachkompetenzen. Zum anderen ist der Zugang abhängig von Mechanismen und Praktiken der Leistungsvergabe. Diese sind unter anderem von den Nutzerorientierungen der Versorgungsanbieter bzw. Leistungserbinger abhängig: Wie Akteure im Feld der Altenhilfe planen, (ver)sorgen und (be)handeln, steht immer auch in Zusammenhang mit den Bildern, die sie von ihrer Zielgruppe haben. In der laufenden Untersuchung wird herausgearbeitet, welche Altersbilder verschiedene Akteure bzw. Akteursgruppen aus den Bereichen Soziale Arbeit, Verwaltung sowie medizinisch/pflegerische Versorgung und Betreuung sich von älteren pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund machen. Qualitative Interviews mit ausgewählten Akteuren und Dokumentenanalysen sollen darüber Aufschluss geben.

Erste Befunde zu Formen des Umgangs mit Älteren nichtdeutscher Herkunft liegen bereits vor. Sie deuten darauf hin, dass bei einigen Akteuren die Bereitschaft, Mehrkosten für den Abbau von Zugangsbarrieren für diese Zielgruppe hinzunehmen, gering ausgeprägt ist. Öffentliche Mittel sollen vor allem den Interessen der Mehrheitsgesellschaft dienen.

So betrachteten Angestellte der öffentlichen Verwaltung die Ausgaben für professionelle Dolmetscherleistungen dort als legitim, wo es um die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Leistungen bzw. um die Einsparung von Leistungen ging, das heißt darum, die öffentlichen Kassen vor Kosten zu bewahren. Anders wurde dagegen entschieden, wenn die Anspruchsberechtigung zweifelsfrei geklärt war und es darum ging, eine autonome Entscheidungsfindung zu ermöglichen, zum Beispiel für die Auswahl eines geeigneten ambulanten Pflegedienstes. Dann wurde die Kostenübernahme für eine professionelle Übersetzung mit der Begründung abgelehnt, der Klient bzw. die Klientin sei mit der Entscheidungssituation überfordert. Ähnliche Praktiken fanden sich auch im medzinisch/pflegerischen Kontext.

Von den pflegebedürftigen Älteren mit Migrationsbiografie wurde in den genannten Fällen gar nicht erwartet, dass sie enscheiden können und/oder wollen, welche Unterstützungsangebote bzw. Pflegearrangements für sie passend sind. Ihre tatsächliche oder vermeintliche Passivität wurde insbesondere bei Menschen, die der islamischen Religion angehören, als Fatalismus oder als angepasstes Verhalten an Sitten der Herkunftsgesellschaft interpretiert – und zwar so, wie die Verwaltungsangestellten sich die Herkunftsgesellschaft jeweils vorstellten. Dabei blieb auch unbeachtet, dass die Personen, um die es ging, häufig den Großteil ihres Lebens in der Bundesrepublik verbracht haben. Ihr Verhalten kann sich auch auf biografische Erfahrungen beziehen, die sie als Angehörige einer Minderheitengruppe gemacht haben, deren Bedarfslagen häufig nicht gesehen wurden.

Oft sind die Beratungsanliegen von zugewanderten Älteren sehr spezifisch, weil sich bei ihnen allgemeine sozial- und rentenrechtliche Fragestellungen mit biografischen und migrationsspezifischen Aspekten vermischen. So haben viele Betroffene Probleme mit Sprachbarrieren. Auch aufenthaltsrechtliche Bestimmungen spielen eine Rolle, da sie mit der Bewilligung bzw. Kürzung von Renten-, Versicherungs und Sozialleistungen zusammenhängen können.

Am Beispiel einer Seniorenberatungsstelle wird deutlich, dass es gut gelingen kann, Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund bedarfsgerecht zu unterstüzen. Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle orientieren sich eng am individuellen Fall und beraten ganzheitlich, das heißt unter systematischer Einbeziehung der jeweils relevanten Lebensumstände. Zu ihrer Klientel gehören ältere einheimische sowie zugewanderte Menschen. Bei Sprachbarrieren hilft

eine türkisch sprechende Mitarbeiterin oder ein Gemeindedolmetscherdienst, mit dem die Einrichtung seit Sommer 2009 kooperiert. Die Sozialarbeiterinnen der Einrichung sind geschult, ihre Aufmerksamkeit auf die Verschiedenheit ihrer Klientinnen und Klienten zu richten. Aus dieser Perspektive hat Herkunft sekundäre Bedeutung, im Vordergrund steht der individuelle Bedarf.

Im Kontrast dazu steht das Beispiel einer stationären Altenpflegeeinrichtung, wo auf ambivalente Weise mit älteren Menschen nichtdeutscher Herkunft umgegangen wird. An subtilen Hinweisen wird hier ein Verhaltensmuster deutlich: sich einerseits öffnen zu wollen, sich faktisch aber zu verschließen. Die untersuchte Einrichtung lässt Info-Flyer über ihre Angebotspalette ins Türkische übersetzen, um den Kreis ihrer potenziellen Kunden zu erweitern. Sie sperrt sich aber dagegen, den Charakter der Einrichtung zu verändern, der nach Einschätzung der Einrichtungsleitung eher eine deutsche Klientel anspricht. Schon beim Vergleich der Flyer fällt auf, dass die deutschsprachigen auf hochwertigerem, schwererem Papier gedruckt sind. Bei den türkischsprachigen Flyern wurde nicht nur am Papier gespart, man hat auch eine nicht unwesentliche Formulierung weggelassen. Sie lautet: „Herzlich willkommen".

Diese Beispiele illustrieren, wie Zugänge zu sozialen Dienstleistungen für Ältere von Akteuren in Beratungs- und Pflegeeinrichtungen ermöglicht bzw. behindert werden. Unter gerechtigkeits- und demokratietheoretischen Gesichtspunkten sollten ein gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und eine nicht diskriminierende Behandlung selbstverständlich sein. Ihre Verwirklichung setzt allerdings eine kritische Analyse der Praxis voraus: Wenn Exklusionen in vorhandenen Strukturen identifiziert und sichtbar gemacht werden, besteht die Chance, diese zu reflektieren und zu verändern. Hierzu will das laufende Forschungsprojekt zu Altersbildern im Rahmen der Forschungsgruppe Public Health einen Beitrag leisten.

Literatur

Oliver Razum, Ute Meesmann et al.: Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Migration und Gesundheit, Berlin: Robert-Koch-Institut 2008, 136 S.

Forum für eine kultursensible Altenhilfe in Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hg.): Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe. Ein Beitrag zur Interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege, 2. Auflage, März 2009 (http://www.kultursensible-altenhilfe.de/download/materialien_kultursensibel/memorandum2002.pdf)

Gemeinsam forschen, mehr lernen

Neues WZB-Forschungsprojekt über HIV-Prävention mit Migrantinnen und Migranten

Jedes Jahr wird in Deutschland bei 2.000 bis 3.000 Menschen HIV diagnostiziert – dem Virus, der zur Immunschwächekrankheit Aids führen kann. Mittlerweile ist fast jeder Dritte der Neuinfizierten Migrantin bzw. Migrant. Präventive Angebote müssen daher stärker auf die Bedürfnisse von Zugewanderten abgestimmt werden. Dieses Ziel verfolgt ein gemeinsames Forschungsprojekt der WZB-Forschungsgruppe Public Health und der Deutschen AIDS-Hilfe e.V., das vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert wird. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Gruppen, die besonders hohen HIV-Risiken ausgesetzt sind und von den bestehenden Präventionsangeboten nur zum Teil erreicht werden. In Fallstudien wird untersucht, wie die Zusammenarbeit verschiedener Anbieter sozialer und gesundheitlicher Dienste (Aidshilfen, Gesundheitsämter etc.) auf kommunaler Ebene gefördert und die betroffenen Gruppen mit Migrationshintergrund einbezogen werden können, damit Präventionsangebote künftig besser auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Ein besonderes Merkmal des Projekts ist der partizipative Forschungsansatz: Gemeinsam mit den Betroffenen und professionellen Einrichtungen des sozialen und gesundheitlichen Unterstützungssystems wird Wissen geschaffen, das dabei helfen soll, die bestehenden HIV-Risiken zu reduzieren und die Gesundheitschancen zu verbessern. Damit unterscheidet sich die Beziehung zwischen Wissenschaftlern und Teilnehmern von der sonst in der akademischen Forschung üblichen: Statt „Forschungsgegenstand" zu sein oder ausschließlich bei der Rekrutierung und Datenbeschaffung zu helfen, forschen die Praxispartner und Teilnehmenden aktiv mit. Auch die Verwertungsstrategie für die Ergebnisse des Forschungsprojekts, die 2011 vorliegen werden, wird gemeinsam entwickelt.

Hella von Unger [Foto: Marc Schelewsky]

Mehr Informationen im Internet: http://www.wzb.eu/bal/ph/projekte/PaKoMi.de.htm

Fremde Stimmen im Äther

Wie das „Gastarbeiterradio" zum demokratischen Problemfall wurde

Roberto Sala

Zensur und Unfreiheit gab es nicht nur im kommunistischen Einflussbereich in Osteuropa, sondern auch in den „befreundeten" Nationen Südeuropas, aus denen seit den 1960er Jahren die große Mehrheit der damaligen „Gastarbeiter" in die Bundesrepublik kam. Für sie wurden Radioprogramme entwickelt, die täglich von der ARD in den jeweiligen Landessprachen ausgestrahlt wurden. Ihretwegen geriet die Bundesrepublik in diplomatische Nöte. In der Folge wurde die redaktionelle Freiheit aus außenpolitischen Gründen teilweise eingeschränkt.

Die „Gastarbeitersendungen", wie sie zunächst hießen, entstanden Anfang der 1960er Jahre mitten im Kalten Krieg, und zumindest teilweise auch seinetwegen. Über Lang- und Kurzwellen strahlten beide Lager Sendungen in der jeweiligen Landessprache in das nahe und ferne Ausland, die die Bevölkerung der „Feindstaaten" politisch beeinflussen sollten – der amerikanische Sender *Radio Free Europe* oder der *Deutschlandfunk* aus Köln konkurrierten etwa mit dem sowjetischen Sender *Radio Moskau* oder dem *Deutschlandsender* der DDR sowie *Radio Berlin International*. Auch im Bundesgebiet waren die kommunistischen Sender gut zu hören und lockten viele „Gastarbeiter" mit einem populären Musikprogramm an. Dies löste Ängste bei der Bundesregierung und den Regierungen der Herkunftsländer aus; sie befürchteten angesichts fehlender eigener medialer Angebote die kommunistische Beeinflussung der südeuropäischen Einwanderer. Als Folge forderte die Bundesregierung die ARD auf, fremdsprachige Sendungen in ihr Programm aufzunehmen, um den Einfluss kommunistischer Sender einzudämmen. Erst nach wiederholten Anfragen konnten die deutschen Behörden die Widerstände der Rundfunkanstalten überwinden, die die Versorgung der ausländischen Bevölkerung bislang nicht zu ihren Aufgaben gezählt hatten. 1964 wurden schließlich Radiosendungen für Spanier, Türken, Italiener und Griechen eingeführt.

Bald wurde der gesellschaftliche Nutzen der Sendungen erkannt, denn diese als Gemeinschaftsaufgabe der ARD bundesweit ausgestrahlten Programme entwickelten sich rasch zu einer wichtigen sozialpsychologischen Stütze der Migranten. Zum einen wurde eine „Brücke zur Heimat" geschlagen, die durch die Übermittlung von Musik und Nachrichten aus dem Herkunftsland zustande kam. Zum anderen boten die Sendungen eine Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland, das heißt für den Alltag nützliche Informationen – etwa zu medizinischen Problemen, zu Steuerfragen oder zum Mietrecht. Zugleich entwickelten sich die Ausländerprogramme zum diplomatischen Streitobjekt zwischen der Bundesrepublik und den Herkunftsländern der „Gastarbeiter". Die an den Sendungen beteiligten ausländischen Mitarbeiter äußerten sich häufig kritisch zu den autoritären Verhältnissen in ihrer Heimat; das rief wütende Reaktionen des jeweiligen Regimes hervor. In die Kritik geriet vor allem der Bayerische Rundfunk, der sich mit dem WDR die Produktion der täglichen Sendungen für die ARD teilte. Der Bayerische Rundfunk behandelte die zuständigen Redakteure gleichberechtigt, im Unterschied zu den fremdsprachigen Redaktionen im WDR, wo die ausländischen Mitarbeiter bis Mitte der 1970er Jahre streng kontrolliert wurden.

Die kritische Berichterstattung setzte nach dem Militärputsch in Griechenland im Frühjahr 1967 ein. Der Chefredakteur des griechischen Programms im Bayerischen Rundfunk, Pavlos Bakoyannis, nahm alle verfügbaren Nachrichten aus Griechenland ins Programm auf, also auch die vom neuen Regime unerwünschten. Darüber hinaus verfasste er harsche Kommentare, wie beispielsweise: „Der Parlamentarismus in Griechenland ist abgeschafft worden, liebe Hörer, und an seine Stelle ist ein Triumvirat von Offizieren getreten, das

Summary

Early migrant radio

During the 1960s and the 1970s the majority of "guest workers" in West Germany came from authoritarian states where free media was banned. When the German public broadcast corporations introduced special radio programmes for migrants, considerable political controversies followed suit. The respective home countries threatened with severe diplomatic consequences after having noticed criticism towards their political systems. In the end, the German government sacrificed the foreigner's freedom of expression in order to protect their international political and economic interests.

über das Schicksal des griechischen Volkes nach seiner Willkür entscheidet." Ermuntert durch das Beispiel der griechischen Kollegen, fingen auch die spanischen Redakteure allmählich an, sich offen gegen das Franco-Regime zu äußern.

Reaktionen der Diktaturen ließen nicht lange auf sich warten. Die griechische und die spanische Presse starteten eine Kampagne gegen den Bayerischen Rundfunk. Dieser sei kommunistisch infiltriert und schlimmer als die Ostblocksender. Darüber hinaus setzten die Regierungen beider Länder die Bundesregierung unter zunehmenden diplomatischen Druck, zunächst über vorsichtige Kontaktaufnahme, dann mit offiziellen Anfragen, die zur Einstellung der kritischen Positionen in den Ausländerprogrammen aufforderten.

Die Bundesregierung geriet dadurch in eine schwierige Lage. Nach dem „Fernsehurteil" des Bundesgerichtshofs 1961 – das den Versuch Adenauers, einen eigenständigen Fernsehsender unter Kontrolle der Bundesregierung zu gründen, als verfassungswidrig erklärte – war jegliche staatliche Einmischung in Rundfunkangelegenheiten ein äußerst heikles Unterfangen. Doch konnte das Auswärtige Amt mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit des deutschen Rundfunks die ausländischen Beschwerdeführer nicht zufrieden stellen. Diese drohten bald mit drakonischen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Spanien warnte etwa vor öffentlichen Erklärungen zugunsten der DDR oder vor dem Scheitern bei der Übernahme des deutschen Farbfernsehsystems.

So befand sich die Bundesregierung in einem „demokratischen Dilemma": Sie musste entscheiden, ob in diesen Fällen die Presse- und Meinungsfreiheit außenpolitischen Überlegungen geopfert werden durfte. Die demokratische Ordnung stieß anscheinend an ihre Grenzen, wenn es um Nichtdeutsche ging, denn die Entscheidung fiel zugunsten außenpolitischer Rücksichtnahme.

Um eine Milderung kritischer Töne in den Ausländerprogrammen zu erreichen, wendete sich das Auswärtige Amt an den Leiter der Ausländerprogramme im Bayerischen Rundfunk, Gerhard Bogner, der allerdings die Linie seiner ausländischen Mitarbeiter bedingungslos verteidigte. Bogner erklärte den besorgten Diplomaten, er habe Verständnis für die internationalen Interessen der Bundesrepublik, aber er fühle sich moralisch dazu verpflichtet, die Ausländer in Deutschland objektiv und im Sinne der Meinungs- und Pressefreiheit über die Lage in ihrer Heimat zu unterrichten. Diese Überzeugung ging nicht zuletzt auf Bogners persönliche Erfahrungen in der Familie zurück: Sein Vater wurde vom NS-Staat aus politischen Gründen verfolgt.

Darüber begann eine langjährige bundesdeutsche Auseinandersetzung. Das Anliegen der Diktaturen wurde dabei von zahlreichen deutschen Freunden unterstützt, insbesondere – unter persönlichem Einsatz von Franz Josef Strauß – von der CSU und von Wirtschaftsgruppen, die in Spanien und Griechenland ihre Interessen gefährdet sahen.

Der Druck der Bundesregierung auf den Bayerischen Rundfunk erreichte 1972 seinen Höhepunkt, gerade in der Zeit des „mehr Demokratie wagen". Zwar teilte Bundeskanzler Willy Brandt die in der SPD vorherrschende Überzeugung, man solle den demokratischen Kräften in Südeuropa helfen – und setzte sich teilweise auch entschlossen dafür ein, die Regimes international zu isolieren. In der Regierungsverantwortung brauchte die Koalition aber außenpolitisch sämtliche Energien für die Ostpolitik und konnte es sich nicht leisten, „befreundete" Länder wie Spanien und Griechenland zu verärgern. Trotz einer rhetorisch scharfen Ablehnung der Diktaturen zeigte zudem der kleinere Koalitionspartner FDP Verständnis für die Beschwerden der Wirtschaft. Gerade die von der FDP besetzten Ressorts engagierten sich besonders gegen die Ausländerprogramme. Als die griechischen Behörden ihre Drohungen wahrmachten und die Auftragsvergabe an deutsche Firmen einstellten, griff das Auswärtige Amt (unter dem FDP-Politiker Walter Scheel) den Bayerischen Rundfunk frontal an. Auch Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, ebenfalls FDP, schaltete sich persönlich ein.

Roberto Sala, Historiker, studierte in Mailand und Bielefeld und promovierte an der Freien Universität Berlin. Derzeit ist er Post-Doc-Kollegiat am Max-Weber-Kolleg in Erfurt. Zwischen Mai 2007 und März 2009 war er Gast in der WZB-Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa". Er interessiert sich speziell für Migrations- und Wissenschaftsgeschichte.
[Foto: privat]

roberto.sala@uni-erfurt.de

Kurz gefasst

In der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre stammten viele der „Gastarbeiter" aus autoritären Staaten, in denen Medien unter staatlicher Kontrolle standen. Nachdem die ARD Radiosendungen für Arbeitsmigranten einführte, kam es zu erheblichen politischen Kontroversen, weil die Herkunftsländer keinerlei Kritik in den Programmen duldeten und mit diplomatischen Folgen drohten. Die Bundesregierung opferte schließlich die freie Meinungsäußerung von Ausländern, um außenpolitische Interessen zu wahren.

Lange Zeit hatten der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Christian Wallenreiter, und der Hörfunkdirektor Walter von Cube der Politik die Stirn geboten und die behördlichen Beschwerdeschreiben über die Ausländerprogramme zurückgewiesen. Nachdem sich die Interventionen auf Staatssekretär- oder gar Ministerebene 1971 und 1972 stark verdichtet und sich auch die (für rundfunkpolitische Angelegenheiten einflussreiche) Münchener Landesregierung eingeschaltet hatte, gaben Wallenreiter und von Cube schließlich nach und beendeten die Ausstrahlung politischer Kommentare in den Ausländerprogrammen; der politische Druck war so groß geworden, dass sie offenbar Konsequenzen für die gesamte Anstalt fürchteten. Ihre Nachfolger, Reinhold Vöth und Gunthar Lehner, beriefen Gerhard Bogner 1973 als Leiter der Abteilung Ausländerprogramme ab und verlangten vom neuen Leiter, Walther Stelzle, eine viel vorsichtigere Haltung bei politischen Themen. Obwohl es sich nicht um unmittelbare Zensur handelte, hatte die Bundesregierung das Ziel einer erheblichen Verminderung kritischer Sendungen über südeuropäische Regimes erreicht. Die ausländischen Redakteure durften zwar bleiben, mussten sich aber einer strengeren Kontrolle unterziehen und eine gemäßigte Linie verfolgen. Damit hatten die Diktaturen die deutschen Behörden dazu gebracht, die Unabhängigkeit des Rundfunks offen zu verletzen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verlagerten sich die politischen Kontroversen auf die Fremdsprachenprogramme des WDR. Mit dem Argument, man könne sich keine Spannungen mit den Herkunftsländern leisten, hatten die zuständigen deutschen Redakteure lange Jahre eine strenge Kontrolle über die ausländischen Mitarbeiter der WDR-Fremdsprachenprogramme ausgeübt. 1973 setzten sich junge deutsche Journalisten wie Ulrich Wickert und Gerda Hollunder im Redakteurausschuss dafür ein, den ausländischen Kollegen mehr Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Vor allem Türken und Italiener nutzten die neuen Spielräume und sendeten kritische Nachrichten über die Heimatregierungen. Türkische und italienische Vereine, die den grundsätzlich konservativen regierenden Parteien in den Herkunftsländern nahestanden, griffen daher die Sendungen als vermeintliches Sprachrohr der Kommunisten heftig an und erhielten dabei massive Unterstützung der Springer-Presse. Hinter diesen Attacken steckten häufig türkische und italienische Behörden und Parteien. Um ihren Ruf als Demokratien zu bewahren, enthielten sich allerdings Italien und in der Regel auch die Türkei direkter diplomatischer Anfragen bei der Bundesregierung, die daher in diesem Fall nicht in die Auseinandersetzungen involviert wurde.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Mediennutzung der Einwanderer infolge technologischen Fortschritts völlig verändert. Die Verbreitung des Satellitenfernsehens in den 1990er Jahren stürzte die speziell für Ausländer angebotenen Radioprogramme der ARD in eine tiefe Krise: Kurze Radiosendungen konnten nur schwer mit rund um die Uhr ausgestrahlten Fernsehprogrammen konkurrieren. Wegen der sinkenden Einschaltquoten und des steigenden Spardrucks siegten schließlich innerhalb der ARD die Gegner der „muttersprachlichen" Radiosendungen, die als gemeinschaftliches Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 2002 aufgegeben wurden. Nach dem Scheitern von *Radio Multikulti* im vergangenen Jahr wird ein umfassendes Radioangebot in nichtdeutscher Sprache heute nur noch vom WDR-Programm *Funkhaus Europa* produziert. Migrantinnen und Migranten nutzen meistens Fernsehsendungen aus ihren Herkunftsländern, wenn sie Programme in ihrer Herkunftssprache sehen möchten. Damit sind sie auf Sendungen angewiesen, die mit demokratischen Grundsätzen oft nicht vereinbar sind. Dies betrifft nicht nur Minderheiten aus „fernen Ländern". Italiener oder Aussiedler aus Russland sind beispielsweise Fernsehprogrammen ausgesetzt, die von der jeweiligen Regierung weitgehend kontrolliert werden. Bei bestimmten Themen wie der Kurdenfrage ist bei Sendungen aus der Türkei eine ähnliche Problematik zu erkennen. Auch im zusammenwachsenden Europa ist freie Information noch nicht umfassend gewährleistet.

Das Problembewusstsein für staatlich kontrollierte Medien und die Beschränkung der Meinungsfreiheit in den Herkunftsländern von Einwanderern – und

damit für eine Informationspolitik, die nicht demokratischen Standards entspricht – sollte in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und Politik geschärft werden. Deutschland hat sich in letzter Zeit von der restriktiven Einbürgerungspolitik verabschiedet, die jahrzehntelang Menschen mit Migrationshintergrund vom politischen Leben des Landes ferngehalten hat. Allerdings ist durch die Einführung von Einbürgerungstests eine Hürde geschaffen worden, die der Kontrolle über die Einstellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik dienen soll. Zugleich scheint es aber völlig unproblematisch zu sein, dass Millionen potenzielle oder neugewordene Deutsche fragwürdigen Sendungen ausgesetzt sind, die die Verletzung von Menschenrechten und Meinungsfreiheit widerspiegeln.

Literatur

Bayerischer Rundfunk/Historische Kommission (Hg.), Die Ausländerprogramme im Bayerischen Rundfunk von 1961 bis 1991. Zusammengestellt von Helge Duda, München: Bayerischer Rundfunk 1992

Roberto Sala, „‚Gastarbeitersendungen' und ‚Gastarbeiterzeitschriften' (1960-1975). Ein Spiegel internationaler Spannungen", in: Zeithistorische Forschungen, Jg. 2, Heft 3, 2005, S. 366–387

Sonja Weber-Menges, „Die Entwicklung ethnischer Medienkulturen. Ein Vorschlag zur Periodisierung", in: Rainer Geißler, Horst Pöttker (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie, Bielefeld: transcript 2005, S. 242–322

Neuerscheinungen

Aus der WZB-Forschung

Yilmaz Esmer, Hans-Dieter Klingemann, Bi Puranen (Eds.)

Religion, Democratic Values and Political Conflict
Festschrift in Honor of Thorleif Pettersson

Acta Universitatis Upsaliensis

Uppsala: Uppsala Universitet 2009

Distributor: Uppsala University Library

ISSN 0283-149X
ISBN 978-91-554-7553-6

350 Seiten

Dieses Werk beschäftigt sich in der Tradition der vergleichenden Werteforschung mit den Zusammenhängen zwischen Religion, demokratischen Werten und politischen Konflikten. Alle Autoren sind maßgeblich an den „World Values Surveys" und der „European Values Study" beteiligt, in denen erstmals systematisch Daten über Werte, Einstellungen und Meinungen von Bürgern in mittlerweile fast 100 Ländern aus allen Kontinenten erhoben und ausgewertet werden. Die in dem Band versammelten Beiträge rekurrieren auf diese empirischen Grundlagen. Der erste Komplex widmet sich den Beziehungen zwischen Religion, säkularer Bildung und Gleichheit. Dazu gehören Analysen zu den Wirkungen von Religion auf moralische Orientierungen, zum Umgang mit dem Islam im europäischen Schulunterricht sowie zum Wertewandel in Südafrika seit dem Ende der Apartheid. Der zweite Block kreist um Demokratisierung, Visionen von Demokratie und gutes Regieren und bietet Untersuchungen zu Idealvorstellungen von demokratischer Gemeinschaft, zu den Wechselwirkungen zwischen Glück und Demokratie und zum Stellenwert von Institutionenwettbewerb für politisches Vertrauen. Der dritte Teil umfasst Studien zu politischen Werten im Kontext von Krieg und Frieden aus unterschiedlichen kulturellen Perspektiven.

Hans-Dieter Klingemann (Ed.)

The Comparative Study of Electoral Systems

Oxford/New York: Oxford University Press 2009

ISBN 978-0-19-921735-9

264 Seiten, $ 90.00/£ 55.00

Demokratische politische Systeme bieten den Wählern unterschiedliche Entscheidungsmöglichkeiten, je nachdem, ob es sich um eine parlamentarische Demokratie oder eine Präsidialdemokratie handelt oder ob das Mehrheits- oder das Verhältniswahlrecht gilt. Darüber, wie diese Unterschiede sich politisch auswirken, gibt es einige überkommene Meinungen, etwa dass Kandidaten in einem System mit Mehrheitswahlrecht sich stärker ihren Wählern verpflichtet fühlen als jene, die in einem System mit Verhältniswahlrecht kandidieren. Empirisch ist der Zusammenhang zwischen Wahlsystem und individuellem politischen Verhalten bisher kaum erforscht. In diesem Buch werden die für die Fragestellung relevanten Daten über politische Systeme und individuelles politisches Handeln zusammengetragen und einer genauen Überprüfung unterzogen. Die meisten der Autoren können die Annahme bestätigen, dass politische Institutionen in der Tat politisches Handeln beeinflussen, aber dieser Einfluss erweist sich als nicht so entscheidend wie häufig angenommen.

Dresden ist Schwarz-Gelb.
Dresden wählt Schwarz-Gelb.
Typisch Dresden ;-)
FDP
SACHSEN
Erststimme CDU
Zweitstimme FDP
Schwarz-Gelb. Gut für Deutschland!

Splitting sichert den Wechsel

Mit taktischem Wahlverhalten verhindert der Bürger Schwarz-Rot

Bernhard Weßels

Die Zeichen für das deutsche Parteiensystem stehen nicht erst seit kurzem, sondern spätestens seit der Vereinigung Deutschlands 1990 auf Veränderung, die getrieben wird vom Wählerwandel. Die Trends sind deutlich: Zunahme der Wechselwähler, die Zuwendung zu kleineren Parteien und die Bewegung weg von den beiden großen Volksparteien. Bei den Bundestagswahlen 2005 haben die wachsende Vielfalt der Interessen der Bürger und deren Wechselwahlbereitschaft zu den bekannten Schwierigkeiten der Mehrheitsbildung geführt: Dreierkoalitionen oder Große Koalition waren die gegebenen Möglichkeiten; die Dreiervariante war nicht realisierbar. 2005 gab es zwar relativ geringe Veränderungen im Aggregat. Aber die führenden Umfrageinstitute verzeichneten im Durchschnitt ein bis zwei Wochen vor der Wahl dennoch fast 13 Prozentpunkte Abweichung vom späteren Wahlergebnis. Die Wahlen 2009 weisen mehr Veränderung in den Stimmenanteilen auf als alle Bundestagswahlen seit 1957. Dieses Mal erwiesen sich die Prognosen der Institute aber mit durchschnittlich lediglich 6 Prozentpunkten Abweichung als deutlich besser.

In den Vorwahlumfragen lag der Stimmenanteil von Union und FDP nach den Befragungsergebnissen fast aller Institute bei dem Wert, der tatsächlich erzielt wurde. Selbst hinsichtlich der dramatischen Verluste der SPD waren die Umfrageergebnisse ein bis zwei Wochen vor der Wahl maximal zwei Prozentpunkte vom Wahlergebnis entfernt. Dennoch schien nicht sicher, ob Union und FDP eine Mehrheit ohne Berücksichtigung von Überhangmandaten erhalten würden. Diese Unsicherheit war bereits mit den ersten Prognosen um 18 Uhr am Wahlabend beseitigt; alle nachfolgenden Hochrechnungen und letztlich auch das amtliche Wahlergebnis bestätigten die klare Mehrheit von Schwarz-Gelb.

Das ist angesichts der großen Wählerbewegungen ein gar nicht so selbstverständliches Ergebnis. Ein Vergleich der Stimmenzahlen von 2005 mit denen von 2009 verdeutlicht die Dynamik: Allein schon durch den Vergleich dieser Zahlen – also nicht auf der Individualebene bestimmt – ergibt sich, dass sich etwa 13 Millionen Wähler von einer Partei zur anderen oder zu den Nichtwählern bewegt haben. Das sind knapp 29 Prozent aller Wählerinnen und Wähler des Jahres 2005. Die CDU hat gegenüber 2005 mehr als 1,3 Millionen Stimmen verloren, die CSU 660 Tausend, die SPD historisch einmalig 6,2 Millionen. Für die CDU bedeutet das gegenüber 2005 einen Rückgang der Stimmen um 10 Prozent, für die CSU um 19 Prozent und für die SPD um 38 Prozent.

Nicht nur an Stimmen, sondern auch an Stimmenanteilen gegenüber 2005 verloren haben nur die Parteien der Großen Koalition: Der Stimmenanteil der CDU liegt mit 27,3 Prozent um 0,5 Punkte niedriger, der der CSU mit 6,5 Prozent um 0,9 Punkte und der der SPD mit schmerzlichen 23,0 Prozent um 11,2 Punkte niedriger. Wenn hinter dem Ergebnis das Kalkül der Wählerinnen und Wähler lag, die Große Koalition abzustrafen, dann ist das mit Blick auf die Unionsparteien eher mäßig, für die SPD hingegen extrem ausgefallen.

Während also mehr als 8,1 Millionen Wählerinnen und Wähler den Unionsparteien und der SPD den Rücken kehrten, legten die drei kleineren nicht nur prozentual, sondern auch in der Stimmenzahl zu. Zusammen genommen bekamen sie 3,5 Millionen mehr Stimmen als 2005, was für die FDP eine Steigerung um fast 36 Prozent, für die Grünen um 21 Prozent und Die Linke um 25 Prozent bedeutet. Dass die Stimmenanteile diese enormen Wählerbewegungen nur zum Teil widerspiegeln, ist auch dem Umstand geschuldet, dass

Summary

German federal elections

The German federal elections of 2005 led to the Grand Coalition. Difficulties with government formation had also been expected for the 2009 elections. However, the election results showed something different: a clear majority for a coalition of the CDU/CSU and FDP. This outcome is the result of the highest voter volatility observed since 1957 and the highest loss for a political party ever observed since 1949. Sophisticated strategic ticket-splitting contributed largely to the victory of the new government coalition.

Kampagnen für Zweitstimmen haben Tradition in der FDP – Wahlplakate in Dresden 2005. [Foto: picture-alliance/dpa]

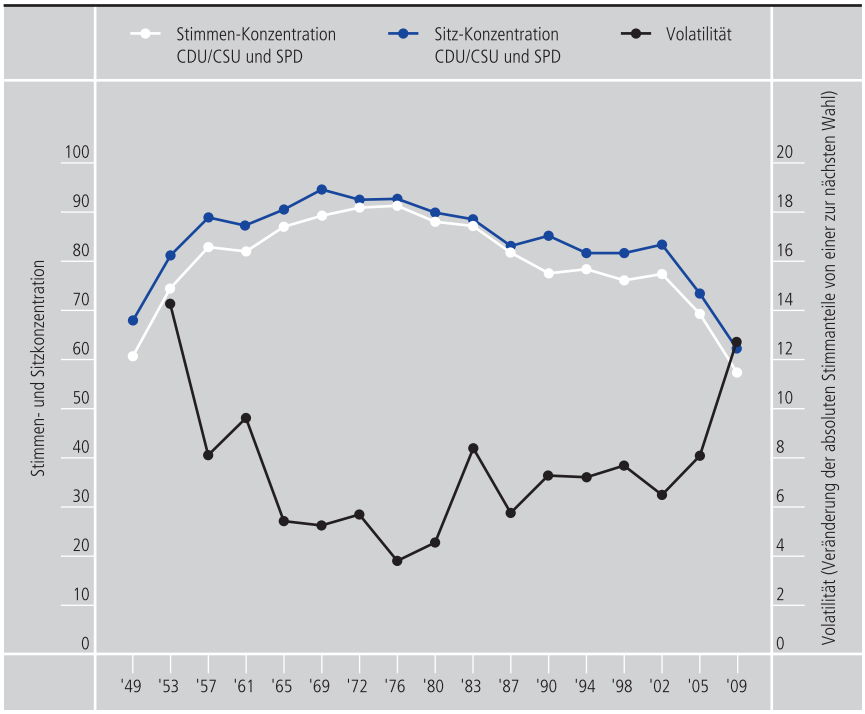


Abbildung
Stimmenkonzentration und Volatilität bei den Bundestagswahlen 1949-2009
Quelle: eigene Berechnungen aus offiziellen Wahlergebnissen des Bundeswahlleiters

die Zahl der Nichtwähler um 4 Millionen angestiegen ist. Gemessen an Wählerzahlen von 2005 sind das knapp 9 Prozent.

Was die Bundestagswahl 2009 von den bisherigen Bundestagswahlen seit Ende der 1950er Jahre abhebt, ist strukturell zum einen die abermals zunehmende Dekonzentration des Parteiensystems. In den 1970er Jahren konnten die CDU/CSU und SPD gemeinsam noch über 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinen; dieser Anteil hat sich fast kontinuierlich auf 56,8 Prozent 2009 reduziert. Das ist der niedrigste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik. Zum anderen hat die Volatilität extrem zugenommen, also die Summe der absoluten Veränderungen der Parteianteile von einer zur nächsten Wahl. Nach der Veränderung zwischen 1949 und 1953 (14,2 Prozent) sehen wir 2009 mit 12,6 Prozent die höchste in der Bundesrepublik verzeichnete Volatilität. Sie liegt doppelt so hoch wie die des Durchschnitts der Bundestagswahlen 1965 bis 2005.

Welches Wechselwahlverhalten – inklusive des Wechsels von der Wahl zur Nichtwahl und umgekehrt – diesen extrem starken Veränderungen von einer Bundestagswahl zur nächsten auf der Individualebene zugrunde liegt, werden erst intensive Analysen unter anderem der Umfragen liefern, die im Rahmen der durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft langfristig geförderten „German Longitudinal Election Study“ (GLES), an der das WZB neben den Universitäten Frankfurt a.M. und Mannheim sowie der GESIS (Mannheim) beteiligt ist, erbringen. Sie ist mit dem Ziel angetreten, den Wählerwandel, die zunehmende Flexibilität bei der Wahlentscheidung und die potenziell weit reichenden Implikationen für das bundesrepublikanische Parteiensystem und die Demokratie 2009 bis 2017 zu untersuchen. Schnellschussantworten sind hier nicht angemessen, wenngleich beliebt.

Bisherige Analysen im Rahmen dieses Projekts auf der Basis von Aggregatdaten verweisen neben den genannten strukturellen Dynamiken auf Veränderungen im Wahlverhalten, die taktische und inhaltliche Motive miteinander vereinen. Rückschlüsse aus Aggregatdaten auf individuelle Motivlagen sind zwar problematisch, können aber als ein guter Generator für Forschungshypothesen auf der Individualebene angesehen werden. Inhaltlich-

Kurz gefasst

Die Bundestagswahlen 2005 hatten in die Große Koalition geführt. Auch für 2009 wurden Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung erwartet. Diese traten nicht ein, allerdings sind die Bundestagswahlen 2009 in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1957 die mit der stärksten Veränderung der Stimmenanteile zur vorherigen Bundestagswahl und auch diejenigen, die den stärksten Rückgang in den Stimmenanteilen einer Partei seit Bestehen der Bundesrepublik zu verzeichnen haben.

politisch sind drei Aspekte bedeutsam: der Einbruch der SPD, der große Zugewinn der FDP sowie die weitere Ergebnissteigerung der Partei Die Linke und deren erstmaliges Überwinden der 5-Prozentklausel auch in allen alten Bundesländern.

Die Analysen auf Wahlkreisebene und die vom Umfrageinstitut Infratest dimap vorgelegten Wählerwanderungsstatistiken verweisen für die SPD auf zwei Faktoren, die den größten Anteil der Verluste ausmachen: erstens die Abwanderung ins Nichtwählerlager von etwas mehr als einem Drittel der Wählerinnen und Wähler von 2005 und zweitens die Abwanderung von insgesamt etwa ebenso vielen zu den Linken und den Grünen – wobei die Linke deutlich stärker profitierte. Regressionsanalysen der Zweitstimmenanteile der SPD auf Wahlkreisebene zeigen: Jeder Prozentpunkt zurückgehender Wahlbeteiligung zwischen 2005 und 2009 hat die SPD etwa 0,6 Prozent des Stimmenanteils gekostet. Außerdem hat jeder Prozentpunkt Anteil für die Linken sich bei der SPD mit etwa einem halben Prozentpunkt geringeren Wähleranteils niedergeschlagen.

Bei einem mittleren Rückgang der Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen von knapp sieben Prozentpunkten ergibt das fast vier Prozentpunkte Verlust für die SPD durch eine geringere Wahlbeteiligung unter ihren Wählern von 2005. Der Wahlerfolg der Linken bedeutete für die SPD im Durchschnitt etwas mehr als sechs Prozentpunkte Verlust. Zusammengenommen sind das fast 10 von insgesamt 11,2 Prozentpunkten SPD-Verlust. Linkskonkurrenz und Mobilisierungsschwäche, also das Zuhause-Bleiben großer Teile der SPD-Wählerschaft von 2005, sind die beiden wichtigsten Faktoren, die zum Absturz der SPD auf ihr schlechtestes Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik geführt haben.

Die von vielen der SPD nahe stehenden Bürgern nicht befürwortete Agenda 2010 der Schröder-Regierung, die ebenfalls von vielen nicht geschätzte Arbeit der SPD in der Großen Koalition und schließlich die personelle Diskontinuität an der Parteispitze (sieben Vorsitzende in zehn Jahren) haben nicht nur ihre Spuren hinterlassen, sondern zu einem tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Partei geführt. Davon hat die Linke am meisten profitiert. Der Zuwachs von etwas mehr als einer Million Wählerstimmen, den sie zu verzeichnen hatte, entspricht ungefähr der Zahl der Wähler, die nach Wählerwanderungsstatistiken von der SPD zur Linken gewechselt haben.

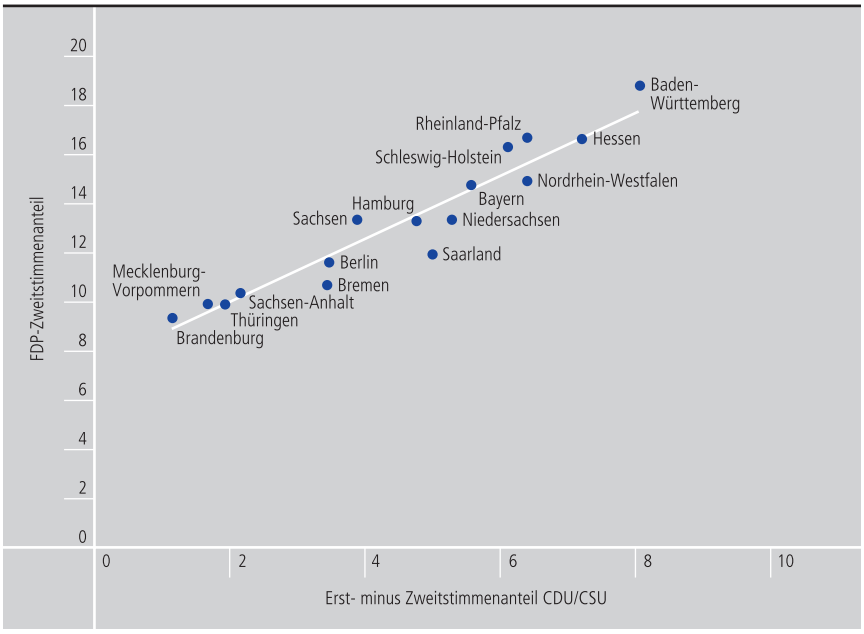


Abbildung
Erst- und Zweitstimmensplitting bei CDU/CSU und FDP-Zweitstimmenanteil
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Wahlkreisergebnisse, veröffentlicht durch den Bundeswahlleiter

Bernhard Weßels, geboren 1955 in Berlin, Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politikwissenschaft an der FU Berlin, Dipl.-Soz., Dr. phil., Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1982–1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, seit 1989 wissenschaftlicher Angestellter am WZB. Seit 1998 Mitglied des Planning Committee der Comparative Study of Electoral Systems (CSES). Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW).
[Foto: David Ausserhofer]

wessels@wzb.eu

Eine Wahlparty sieht anders aus: Ein junger SPD-Wähler blickt mit ungläubiger Miene auf das Wahlergebnis seiner Partei bei der Bundestagswahl am 27. September 2009.
[Foto: ddp/Volker Hartmann]

Was aber erklärt den Erfolg der FDP? Ein Aspekt trifft auf sie genauso zu wie auf die Linke und die Grünen: Sie gehört nicht zu den großen Parteien. Es ist eine auffällig stetige Steigerung, die die kleineren Parteien seit 1998 verzeichnen. Das allein kann den Zuwachs um fast fünf Prozentpunkte allerdings kaum erklären, zumal er bei Linken und Grünen zwar deutlich, aber eben fast nur halb so groß ausfällt. Die empirischen Befunde anhand der Analyse der Wahlkreisergebnisse verweisen auf ein stark taktisches Verhalten eines beachtlichen Teils der Wählerinnen und Wähler. Je größer die Differenz zwischen Erst- und Zweistimmenanteilen der CDU/CSU in den Wahlkreisen, desto größer der Wahlerfolg der FDP bei den Zweitstimmen. Dieser Zusammenhang ist statistisch ausgesprochen robust.

Zwei alternative Erklärungen bieten sich an, lassen sich aber mit Aggregatdaten nicht klären, sondern erst durch eingehende Analyse der Umfragedaten der deutschen Wahlstudie: Es könnten die sogenannten Leihstimmen, die CDU/CSU-Wählerinnen und Wähler in Form der Zweitstimme der FDP geben, gewesen sein, die zu dieser Differenz geführt haben, oder es sind Leihstimmen von FDP-Wählern, die diese der CDU/CSU in Form der Erststimme geben. Gleich, welche der beiden Alternativen zutrifft, es handelt sich um wohl abgewogene taktische Wahlentscheidungen, weil die Erststimme nicht an eine Partei verschwendet wird, deren Chance auf ein Direktmandat allzu gering sind, gleichzeitig aber einer kleineren Partei über die Zweitstimme eine sichere Chance gegeben wird.

Dieses Splitting dürfte für die CDU/CSU zu ihrem Anteil von etwa drei Vierteln aller Direktmandate ebenso beigetragen haben wie zu dem hohen FDP-Anteil von 14,6 Prozent der Zweitstimmen. Über 60 Direktmandate hat die CDU/CSU der SPD abgenommen, mehr als 200 der insgesamt 239 Mandate

kommen aus den Erststimmen. Hätten alle, die mit der Erststimme die CDU/CSU gewählt haben, ihr auch die Zweitstimme gegeben, läge ihr Stimmenanteil nicht bei knapp 34, sondern bei knapp 40 Prozent. Hätten nur die Wählerinnen und Wähler, die der FDP die Erststimme gegeben haben, sie auch mit der Zweitstimme gewählt, hätte die FDP nicht fast 15 Prozent, sondern nur etwas mehr als 9 Prozent erzielt. Hätten die Wählerinnen und Wähler nicht in dieser Weise ihre Stimmen aufgeteilt, hätte es knapp werden können. Bis zu 30 Mandate weniger wären das Resultat gewesen; damit wäre die Mandatsmehrheit für Schwarz-Gelb verfehlt worden. Die Wählerinnen und Wähler der bürgerlichen Mitte haben einen Weg gefunden, mit ihren Stimmen eine klare Mehrheit zu produzieren. Nicht Abstrafen der Großen Koalition war die Devise, sondern deren Verhinderung für eine weitere Legislaturperiode.

Literatur

Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 515 S.

Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels, Jürgen W. Falter (Hg.). Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 627 S.

Bundestagswahlstudien des WZB: Datendownload unter http://www.wzb.eu/zkd/dsl/download.de.htm

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels, Jürgen W. Falter (Hg.)

Wahlen und Wähler
Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009

ISBN 978-3-531-16413-7

627 Seiten, € 49,90

Mit diesem Band wird eine seit 1980 bestehende Veröffentlichungsreihe zu den Bundestagswahlen und zu international relevanten Ergebnissen der empirischen Wahl- und Wählerforschung fortgesetzt. Zu den Besonderheiten der Bundestagswahl 2005 gehört, dass sie durch die vorzeitige Auflösung des Parlaments zustande kam, der wiederum eine gescheiterte Vertrauensfrage des Bundeskanzlers vorangegangen war. Im ersten Teil des Buchs finden sich Beiträge über die politische Vorgeschichte dieser vorgezogenen Neuwahl, den Verlauf des Wahlkampfs, Ost-West-Differenzen im Wählerverhalten, Wählerwanderungen sowie Themen- und Kandidateneffekte. In Anbetracht der immer wiederkehrenden und 2005 besonders heftig geführten Debatten über die Zuverlässigkeit von Wahlprognosen wird diese Problematik sowohl aus der Perspektive der akademischen als auch der kommerziellen Wahlforschung erörtert. Im zweiten Teil des Buches werden traditionelle wie neue Fragen der Wahlforschung auf der Basis umfragebasierter oder experimenteller Daten behandelt. Einige der Analysen befassen sich mit langfristigen Entwicklungstendenzen des Wählerverhaltens in Deutschland, andere mit seinen regionalen Ausprägungen. Der dritte Teil gilt internationalen Trends und Wahlen in anderen europäischen Demokratien.

Der gekaufte Krieg

Söldner in Bürgerkriegen nach dem Zweiten Weltkrieg

Johannes Münster

In bewaffneten Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen häufig Söldner teil. Bisher gab es nur wenig empirische Daten über Angebot und Nachfrage auf diesem Markt der Gewalt. Eine ökonometrische Analyse zeigt, dass vor allem die Höhe des jeweiligen Brutto-Inlandsprodukts und das Vorhandensein von Rohstoffen im Land von entscheidender Bedeutung sind für die Wahrscheinlichkeit, dass Söldner in gewaltsamen Konflikten eingesetzt werden.

In einem Drittel aller Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren auf einer oder beiden Seiten Söldner eingesetzt – Fremde, die sich gegen Geld aktiv am Kriegsgeschehen beteiligen, aber nicht in die regulären Armeestrukturen eingegliedert sind. Nicht zuletzt die Kriege im Irak und in Afghanistan haben das Phänomen privater Sicherheits- und Militärkräfte verstärkt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Doch nicht erst in den letzten Jahren wird der Einsatz von Söldnern wegen ihrer mangelnden Einbindung in die Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen der Armee als Sicherheitsrisiko angesehen. Menschenrechtsverletzungen in Kriegen werden häufig gerade den Söldnertruppen angelastet. Daher gibt es vielfache Versuche der Weltgemeinschaft, den Einsatz von Söldnern zu ächten.

Bereits 1977 wurde in einem Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen versucht zu definieren, was Söldner sind (siehe Kasten). Interessanterweise ist dabei beispielsweise die französische Fremdenlegion explizit ausgenommen, die ihre Mitglieder – ungeachtet der Nationalität – als permanente Angehörige der regulären Truppen ansieht, weshalb diese nach der Genfer Definition nicht als Söldner gelten. Initiativen in den Vereinten Nationen, das Söldnerwesen zu verbieten, stehen vor dem Problem, dass für einzelne Akteure der Einsatz fremder Truppen durchaus lohnend sein kann. Private Militärfirmen ermöglichen ein kostengünstiges Eingreifen in militärische Konflikte, was angesichts reduzierter Truppenstärke in den meisten Ländern nach dem Ende des Kalten Krieges als attraktive Option erscheint. Der Einsatz von Fremden hat mehrere Vorteile, vor allem für Interventionen außerhalb des eigenen Landes: Sie reduzieren die Risiken, die ein Einsatz eigener Truppen mit sich brächte; sie können die Notwendigkeit politischer Zustimmung im eigenen Land für Truppen-

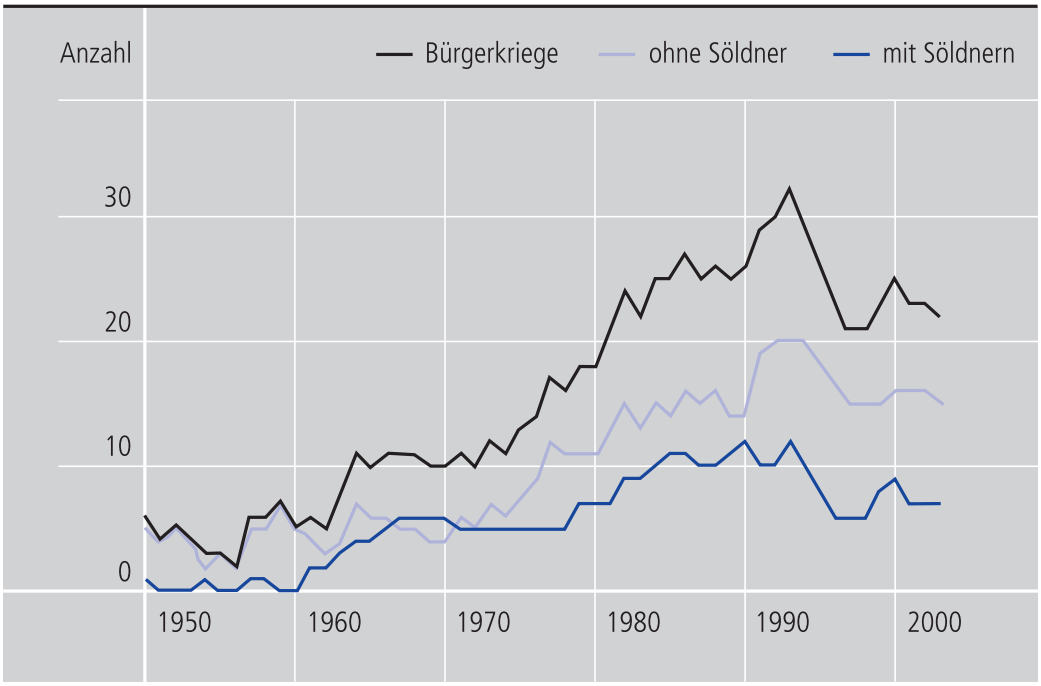


Abbildung
Einsatz von Söldnern in Bürgerkriegen weltweit
Quelle: eigene Berechnungen

einsätze im Ausland umgehen; und im Falle des Scheiterns des Einsatzes kann die Verantwortung auf die Söldnerfirma geschoben werden. Auch das Angebot an willigen Ex-Militärs, die sich gegen gute Bezahlung in Konfliktsituationen über den Erdball verstreut einsetzen lassen, ist vorhanden. Es gibt also einen funktionierenden Markt für private militärische Gewalt und einen florierenden Handel mit militärischen Truppen. Soll dieser zum allgemeinen Wohl wirksam reguliert werden, muss man dessen Charakteristika besser kennen. Für die Regulierung des Marktes bedarf es einer genauen Kenntnis der zugrundeliegenden Faktoren, die „Angebot" und „Nachfrage" steuern.

Ein großer Teil der politikwissenschaftlichen Literatur zum Thema beruht auf Fallstudien und historischen Darstellungen oder beinhaltet vor allem normative Überlegungen. Was fehlt, sind quantitative Untersuchungen, die notwendig sind, um die größeren Zusammenhänge aufzuzeigen. In einer Studie am WZB haben Ökonomen und Politikwissenschaftler einen neuen Datensatz erstellt und analysiert, um die Determinanten für Söldneraktivitäten in Bürgerkriegen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen. Die Betrachtung wurde auf Bürgerkriege fokussiert, da die meisten kriegerischen Konflikte heutzutage Bürgerkriege sind.

Die in der Studie verwendete Begriffsdefinition versteht unter Söldnern Individuen und Gruppen, die eine Entlohnung bekommen, um aktiv im Kampfgeschehen mitzukämpfen (Bedingungen a, b, d, e und f der Genfer Konditionen). Die individuelle Motivation (Bedingung c) ist ein Merkmal, das empirisch kaum zu erfassen ist und deshalb nicht als Definitionsmerkmal in die Analyse aufgenommen wurde. Untersucht wird die aktive Beteiligung am Kampfgeschehen; andere Dienstleistungen wie Logistik oder Training werden nicht betrachtet.

Die umfassende Datenbasis beruht auf einer systematischen Auswertung von Zeitungsnennungen von Bürgerkriegen in fünf internationalen Zeitungen wie der *New York Times*, die in einem Zeitraum von 1945–2003 mit dem Stichwort „Söldner" (oder englisch „mercenary") erschienen sind. Zur Absicherung der Zeitungsquellen wurden die gewonnenen Ergebnisse mit der fallstudienbasierten Liste von Abdel-Fatau Musah und J. Kayode Fayemi aus dem Jahr 2000 über Söldneraktivitäten in afrikanischen Bürgerkriegen abgeglichen.

Im Untersuchungszeitraum (1946–2003) haben in 43 der 126 erfassten Bürgerkriege Söldner mitgekämpft. Die Gesamtzahl aller Bürgerkriege ist bis in die frühen 1990er Jahre gestiegen. Dabei blieb der Anteil der Kriege mit Söldnerbeteiligung über die Zeit konstant ungefähr bei einem Drittel. Es zeichnet sich außerdem eine spezielle regionale Verteilung ab. Die Hälfte aller Kriegsschauplätze mit Söldneraktivitäten findet sich in Afrika, während sich der Rest ungefähr gleichmäßig über Asien, Südamerika und Europa verteilt. Die erfassten europäischen Bürgerkriege beziehen sich auf kriegerische Auseinandersetzungen auf dem Balkan und im Kaukasus. In fast allen – sieben von acht – Fällen waren Söldner beteiligt. Beim regionalen Vergleich der Kriegshäufigkeit mit Söldnerbeteiligung darf daher nicht unbeachtet bleiben, dass in Afrika im Untersuchungszeitraum besonders viele Kriege geführt wurden.

Die Analyse des Datensatzes geht von einem einfachen Marktmodell für das Angebot und die Nachfrage nach privaten Truppeneinsätzen aus. Der Kern der Überlegung ist, dass Söldner dann in einem Krieg aktiv beteiligt sind, wenn es erstens eine Konfliktpartei gibt,

Johannes Münster, promovierter Volkswirt und Magister in Philosophie, war von 2001 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung" am WZB. Er wurde 2006 mit einer Arbeit über Turnier- und Konflikttheorie an der FU Berlin promoviert. Seit 2004 ist er außerdem Mitarbeiter im SFB-Transregio „Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme" an der FU Berlin, in dem er seit April 2009 im Teilprojekt „Allokationsmechanismen in Organisationen und Märkten" arbeitet.
[Foto: Mike Minehan]

johannes.muenster@fu-berlin.de

Definition von „Söldnern" laut UN Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1977 (Art. 47 Absatz 2 Zusatzprotokoll):

Als Söldner gilt,

a) wer im Inland oder Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben worden ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen,

b) wer tatsächlich unmittelbar an Feindseligkeiten teilnimmt,

c) wer an Feindseligkeiten vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn teilnimmt und wer von einer am Konflikt beteiligten Partei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den Kombattanten der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung,

d) wer weder Staatsangehöriger einer am Konflikt beteiligten Partei ist, noch in einem von einer am Konflikt beteiligten Partei kontrollierten Gebiet ansässig ist,

e) wer nicht Angehöriger der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei ist und

f) wer nicht von einem am Konflikt beteiligten Staat in amtlichem Auftrag als Angehöriger seiner Streitkräfte entsandt worden ist.

Summary

Mercenaries and civil wars

The participation of mercenaries in civil wars is a widespread phenomenon. Discussions about mercenaries usually focus on normative aspects and so far, our empirical knowledge about the causes has been limited. Analysing a new dataset on civil wars in the second half of the 20th century, it can be stated that a higher GDP and diamond deposits in a country increase the probability that mercenaries fight in an internal war.

die willens und fähig ist, für diese private „Dienstleistung“ auch einen entsprechenden Preis zu zahlen. Zweitens muss es potenzielle Söldner geben, die ihre Dienste zu diesem Preis bereitstellen wollen. Je reicher eine Kriegspartei ist, desto eher kann sie sich Söldner leisten. Die Untersuchung betrachtet das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und die natürlichen Ressourcen eines Landes als ökonomische Faktoren, die die Söldnerbeteiligung begünstigen, denn beides erhöht die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Konfliktparteien. Insbesondere Öl und Diamantvorkommen werden betrachtet, da es Beobachtungen gibt, nach denen diese Rohstoffe vor allem in Entwicklungsländern genutzt wurden, um Söldner zu entlohnen. Für den Datensatz ist interessant, dass beide, Öl- und Diamantvorkommen, nicht auf wenige Länder konzentriert sind und zudem über den gesamten beobachteten Zeitraum wertvolle Ressourcen darstellten.

Untersucht wird auch, ob internationale Interventionen in Krisengebieten, wie beispielsweise durch die USA oder die Vereinten Nationen, die Zahlungsbereitschaft für Söldner und damit die Wahrscheinlichkeit ihrer Beteiligung erhöhen. Die Art des regierenden politischen Regimes im Land vor Ausbruch des Bürgerkriegs kann ebenfalls Einfluss darauf haben, ob Söldner eingesetzt werden oder nicht. In einer Demokratie dürfte der Einsatz von Söldnern zu Reputationsverlusten führen. Ein Beispiel ist Papua Neu Guinea, wo der damalige Premierminister Julius Chan 1997 zurücktreten musste, nachdem Details eines Vertrags mit der privaten Militärfirma Sandline bekannt wurden. In einer Diktatur hingegen dürften diese Effekte seltener auftreten. Schließlich wird ein gängiges Argument berücksichtigt, nach dem Söldner gerade dann ihre Dienste anbieten, wenn die Stärke der regulären Truppen zurückgegangen ist.

Als Ergebnis der ökonometrischen Analyse der Daten über den Zeitraum von 50 Jahren lässt sich folgendes festhalten: Wie erwartet, hat der Wohlstand eines Landes (hier gemessen als BIP pro Kopf) einen großen Einfluss auf die Beteiligung von Söldnern. Von den beiden betrachteten natürlichen Rohstoffvorkommen, Öl und Diamanten, haben Diamantvorkommen einen ähnlich starken Einfluss wie das BIP: Je reicher ein Land an Diamantminen, desto eher treten Söldner bei kriegerischen Auseinandersetzungen in Erscheinung. Was die Ressource Öl angeht, ergibt die Analyse ein überraschendes Ergebnis: Ölvorkommen scheinen negativ mit Söldnerbeteiligung korreliert zu sein. Dieses Ergebnis ließe sich möglicherweise mit einem statistischen Ausreißer erklären: Indonesien, ein Land mit vielen Ölquellen, erlebte im Beobachtungszeitraum sieben Kriege ohne Söldnerbeteiligung. Aber rechnet man diesen Extremfall aus dem Datensatz heraus, dann kann man keinen statistisch signifikanten Einfluss von Öl nachweisen.

Gibt es in einem Bürgerkrieg Intervention von internationalen Truppen, ist es ebenfalls hochwahrscheinlich, dass in dem Bürgerkrieg Söldner aktiv sind. Allerdings unterscheiden sich die Arten von Interventionen: UN-Interventionen bilden die Ausnahme von der Regel. Sie scheinen, wenn überhaupt ein Einfluss feststellbar ist, die Söldnerbeteiligung eher unwahrscheinlicher zu machen.

Keinen Unterschied macht es in der Untersuchung, welches politische Regime im Bürgerkriegsland vor Ausbruch des Konflikts an der Macht ist. Auch die Vermutung, die globale oder regionale Reduzierung der regulären Truppengrößen hätte einen Einfluss auf vermehrte Söldnereinsätze, konnte nicht bestätigt werden.

Drei Faktoren sind also größenmäßig bedeutsam und signifikant für die Wahrscheinlichkeit, dass Söldner eingesetzt werden: Das BIP pro Kopf, Diamantenvorkommen und internationale Interventionen in einem kriegerischen Konflikt. Daraus lässt sich eine klare politische Aussage ableiten. Die Weltbank hatte 2003 festgestellt, dass eine bessere Regulierung natürlicher Ressourcen dazu beitragen könnte, kriegerische Konflikte zu vermeiden oder zu beenden. Die Studie legt nahe, dass die Regulierung vor allem des globalen Diamantenmarktes gleichzeitig dazu führen könnte, das Problem der Söldnertruppen zu verringern.

Literatur

Sven Chojnacki, Nils Metternich, Johannes Münster, Mercenaries in Civil Wars 1950-2000, 42 S. (WZB-Bestellnummer SP II 2009-05)

Sven Chojnacki, Gregor Reisch, „Perspectives on War. Collecting, Comparing and Disaggregating Data on Violent Conflicts“, in: Security and Peace, Vol. 26, No. 4, 2008, S. 233–245

Abdel-Fatau Musah, J.'Kayode Fayemi (Eds.), Mercenaries. An African Security Dilemma, London: Pluto Press 2000, 320 S.

Gutes tun

Neue Erkenntnisse zum Thema Spenden

Über die Hälfte aller Deutschen über 35 Jahre spendet Geld für soziale oder kulturelle Zwecke – vor allem in der Weihnachtszeit. Doch der Spendenkuchen ist in den vergangenen Jahren nicht größer geworden – gestiegen ist lediglich die Zahl der Organisationen, die Spenden einwerben. Mit der Frage „Warum spenden wir?" beschäftigte sich im Oktober ein Forum, das vom WZB, dem Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Kennedy Institut der Freien Universität Berlin organisiert wurde. Kerstin Schneider sprach mit zwei der Organisatoren: Eckhard Priller, Leiter der Projektgruppe Zivilengagement am WZB, und Rupert Graf Strachwitz, Leiter des Maecenata Instituts.

„Warum spenden wir?" hieß Ihre Tagung. Haben Sie darauf eine Antwort bekommen?

Strachwitz: Es gab nicht eine Antwort – wir haben viele Antworten erhalten. Wir wollten über den Tellerrand der empirischen Sozialforschung hinaussehen und Forscher aus unterschiedlichen Disziplinen und Praktiker mit dieser Frage konfrontieren. Unser Konzept ist aufgegangen. Das Resümee: Spenden ist ein höchst komplexer sozialer und psychologischer Prozess. Dem, was die Politiker aus dem Spendenwesen machen, haben die Diskussionsteilnehmer eine klare Absage erteilt. Denn in der Politik heißt es oft, dass man nur steuerliche Anreize braucht und vielleicht noch ein Bundesverdienstkreuz, und dann werde schon gespendet. Davon kann keine Rede sein. Den komplexen Prozess des Spendens gilt es jetzt noch sehr viel genauer zu untersuchen.

Welche Motive für das Spenden gibt es?

Priller: Es gibt nicht *den* Spender. Wir sollten beispielsweise zwischen Großspendern und den Normalspendern unterscheiden. Die durchschnittliche Spendenhöhe liegt gegenwärtig bei etwas über 100 Euro im Jahr. Hauptmotiv für diese Spender ist die Solidarität mit Armen und Schwachen; das geben 50 Prozent als Motiv an. Andere wiederum wollen ihr Gewissen beruhigen, indem sie etwas Gutes tun, oder sie spenden, weil es ihnen selbst gut geht – aus einer Position der Sicherheit und des Wohlstands heraus. Deshalb gibt es auch so viele Spender ab 60 Jahren. Großspender, die eine Stiftung errichten, verbinden damit oft ein Vermächtnis an kommende Generationen; diese Spender wollen etwas Bleibendes schaffen, was mit ihrem Namen verbunden sein soll.

Strachwitz: Es ist zudem eine komplexe Gemengelage, die zum Spenden motiviert und nicht leicht zu entschlüsseln ist. Das reicht von eindeutig altruistischen Motiven – dem persönlichen Ethos, anderen etwas Gutes zu tun – über andere normative Kategorien wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Verantwortungsgefühl bis hin zu selbstbezogenen Motiven wie Sinn- oder Lebenserfüllung.

Können Sie genauer erklären, welche biografischen Anlässe bei Spendern wirksam werden?

Strachwitz: Wir wissen aus amerikanischen Studien, dass Menschen, die in ihrer Jugend gelernt haben, sich zu engagieren und Zeit zu spenden, tendenziell im Alter auch Vermögenswerte spenden. Diese Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen den einzelnen Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Für Deutschland gibt es Untersuchungen, die diesen Zusammenhang belegen, in dieser Form nicht, aber es klingt plausibel. Wir wissen jedoch nicht, wie sich das in der Lebensplanung genau vollzieht. Menschen ab 60 Jahren haben Vermögensaufbau und Kindererziehung abgeschlossen. Sie sehen dann klarer, wie viel sie selbst zum Leben brauchen und was sie für andere hergeben können. Vermuten lässt sich aber auch, dass ältere Menschen stärker über normative Fragen nachdenken und der Gesellschaft, die ihnen eine Karriere ermöglicht hat, etwas zurückgeben wollen. Doch es gibt noch mehr Hypothesen, die überprüft werden müssen.

Priller: Eine andere Hypothese ist die Betroffenheitshypothese, die sagt, dass Leute, die von Schicksalsschlägen – wie etwa schweren Krankheiten – betroffen sind, eher bereit sind, etwas zu geben. Es spenden auch viele Menschen, die selbst einmal Hilfe empfangen haben, beispielsweise für die Tafeln, die sich in den vergangenen Jahren in vielen Städten zur Unterstützung von sozial Bedürftigen mit Lebensmitteln gegründet haben.

Von welchem Alter an spenden Menschen?

Priller: Man spendet, was man hat. Es kommt ja nicht unbedingt auf den Betrag an, für Jugendliche können schon fünf Euro viel sein. Bis zum Alter von 30 Jahren spendet jeder Vierte, über 35 bis 60 Jahre dann jeder Zweite, und ab 60 Jahren spenden 60 Prozent der Deutschen.

Wie wird man zum freigiebigen Menschen?

Priller: Tradition und Erziehung spielen eine sehr große Rolle. Das kann man gerade in nationalen Ländervergleichen sehen. In Schweden mit der Tradition der großen Volksbewegungen sind das Engagement und die Spendenbereitschaft wesentlich höher als in Deutschland – meist für kulturelle oder soziale Bereiche, die unmittelbar auf kommunaler Ebene der Gemeinschaft zugute kommen. Erziehung und Werte spielen eine große Rolle, aber auch die Einübungsstrukturen. Es ist wichtig, inwieweit in der Schule die Themen Spenden und Engagement an die Kinder herangetragen werden.

Unter welchen Bedingungen sind Leute denn bereit zu spenden – eher bei Naturkatastrophen oder für die Obdachlosenhilfe vor Ort?

Strachwitz: Wir dürfen uns nicht zu sehr an spektakuläre Einzelthemen klammern. Naturkatastrophen lösen oft eine Welle der Spendenbereitschaft aus, vor allem wenn sie wie der Tsunami an Weihnachten passieren und sich noch dazu die Medien in dieser nachrichtenarmen Zeit auf das Thema stürzen. Die Bürger sind aber viel weiter in ihrem Bewusstsein, als man es ihnen oft zutraut. Was Niklas Luhmann und andere Wissenschaftler als Weltgesellschaft bezeichnet haben, ist für viele eine akzeptierte Grundlage ihres gesellschaftlichen Bewusstseins. Insofern ist die Frage, wie ich mich in der Weltgesellschaft bewege und wie nah mir auch ein Bürger in Sri Lanka ist, sehr wichtig. Komplementär dazu steigt auch erkennbar die lokale Verankerung der Bürger, beides im Übrigen zu Lasten nationaler Bezüge.

Priller: Auf der Tagung wurde ja auch über die Visualisierung der Spendenanlässe gesprochen. Über die Medien lassen sich bestimmte Ereignisse besser vermitteln und auch Spenderschichten ansprechen, die sonst nicht erreicht werden.

Was hat sich in den vergangenen Jahren geändert?

Priller: Spenden werden für ein viel größeres Spektrum von Organisationen gesammelt als früher. Auch der Anteil transnationaler Spenden steigt ständig an. Unsere Welt ist globaler geworden, das zeigt sich auch bei den Spenden. Man spendet oft für weit entfernte Regionen und sieht manchmal die Probleme vor der Haustür nicht mehr. Auch das Bedürfnis nach Informationen ist gewachsen. Was passiert mit der Spende? Wird sie auch richtig verwendet? Viele Spender wollen wissen, ob es ein konkretes Projekt gibt, bei dem ihre Spende eingesetzt wird, und es spielt zunehmend eine Rolle, ob sie auch eine Wirkung sehen und den Einsatz der Spende kontrollieren können.

Trotz professioneller Spendensammler ist das Spendenaufkommen jedoch nicht gestiegen – warum?

Strachwitz: Das Spendenaufkommen stagniert seit 20 Jahren. Wir kennen nicht einmal die genaue Höhe – sie liegt in Deutschland nach unterschiedlichen Statistiken im Durchschnitt zwischen 3 und 5 Milliarden Euro pro Jahr. Warum die Summe seit Jahren nicht gestiegen ist, wissen wir nicht genau, sollten es aber dringend wissen. Denn es ist ja nicht nur ein professionelles Fundraising-Gewerbe entstanden, auch das Volksvermögen hat – bis 2008 – zugenommen. Außerdem gibt es seit der Wiedervereinigung 16 Millionen deutsche Bürger mehr, die in die Statistik mit einfließen. Das sind Faktoren, die eigentlich eine Aufwärtsentwicklung anzeigen müssten, es aber kaum tun.

Welche Erklärungen gibt es aus Ihrer Erfahrung?

Priller: Wir kennen zwar Menschen, die beständig über Jahre hinweg spenden, aber andere haben ihre Spendenbereitschaft auch zurückgefahren. Sie sind enttäuscht darüber, zum einen wie mit Spenden umgegangen wird, zum anderen aber auch von der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn wir – wie auf der Tagung deutlich wurde – von einem stärkeren neoliberalen Zug der Gesellschaft und einer Ökonomisierung vieler Bereiche sprechen, dann passen Spenden da offensichtlich schlecht hinein.

Strachwitz: Es gibt eine stärkere Ausdifferenzierung. Die Menschen engagieren sich heute viel häufiger in kleinen, neuen Organisationen. Bei den großen Organisationen, die noch vor 20 Jahren das Gros der Spendeneinnahmen erhielten, gibt es Rückgänge. Bei vielen ist das Vertrauen in die großen Organisationen geschwunden.

Warum hat das Vertrauen nachgelassen?

Strachwitz: Hier haben die Spendensammler zum Teil katastrophale Fehler gemacht. Sie haben sich viel zu lange auf ein blindes Vertrauen verlassen nach dem Motto: „Wir sind einfach gut – ihr müsst uns etwas geben". Das kam auf der Tagung sehr deutlich heraus. Der Spender bleibt bei der Stange, wenn zwei Dinge erfüllt werden: Wenn er einerseits Vertrauen hat und sein emotionales Band intakt bleibt und er andererseits ganz sachlich und korrekt informiert wird, sich also eine

intellektuelle Begründung für sein fortdauerndes Engagement schaffen kann. Im Berichtswesen haben die Organisatoren geschlampt. Das hat dazu geführt, dass das Spendenaufkommen nicht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung anstieg.

Priller: Die Ausdifferenzierung der Organisationslandschaft macht es für potenzielle Spender nicht einfacher, weil die Unübersichtlichkeit größer geworden ist. Spendenanlässe werden sehr vielfältig beworben. Es fällt schwer, sich zu entscheiden. Die kirchliche Bindung spielt beim Spenden eine große Rolle. Wenn also die katholische Kirche im vergangenen Jahr 120.000 Mitglieder verloren hat, dann kann das Auswirkungen auf das Spendenvolumen haben. Gleichzeitig ist es ein Signal für die Veränderung von Werten. Aber auch weil Menschen für immer mehr Lebensbereiche selbst vorsorgen müssen, zum Beispiel für die Rente, wird die Solidarität geringer.

Welche Rolle wird das Internet spielen?

Priller: Der direkte Kontakt und die unmittelbare Bindung an die Organisationen sind beim Spenden sehr wichtig. Im Internet kann man zwar als Spender bestimmte Projekte und deren Realisierung verfolgen, aber das wird auch seine Grenzen haben, denn ich weiß nicht, ob jeder Spender, der 100 Euro spendet, diesen Aufwand betreiben will.

Strachwitz: Auch ein anderer Punkt scheint mir wichtig zu sein: Das Internet ist auf eine faszinierende Weise mit dem Konzept von Zivilgesellschaft verbunden, weil es auf Netzwerke aufbaut und hierarchiearm ist, eine niedrige Einstiegsschwelle hat und damit einem anderen Kommunikationsverhältnis unter Menschen Vorschub leistet. Das wird auch auf das Spenden Auswirkungen haben. Darüber wissen wir aber noch recht wenig.

Dann brauchen wir noch mehr Forschung?

Priller: Ja, vor allem der interdisziplinäre Ansatz ist wichtig, weil Spenden nicht so einfach zu erklären sind. Zwei Beispiele: Warum spenden Menschen mit geringem Einkommen anteilsmäßig mehr als die mit größeren Einkommen? Warum schwillt der Spendenstrom zum Jahresende an oder bei bestimmten Naturkatastrophen wie dem Tsunami, bei anderen aber nicht? Wir haben viele Fragen, die wir nicht allein empirisch beantworten können, sondern die verstärkt interdisziplinäre Forschung erfordern. Es fehlen uns zugleich noch immer konkrete Daten, denn die Spendenthematik war bisher eine Lücke in der empirischen Sozialforschung, die Forschung ist unterfinanziert und wenig institutionalisiert. Wir haben am WZB 2006 eine Methodik für die Spendenberichterstattung entwickelt, die gegenwärtig vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen genutzt wird, um erstmalig für Deutschland einen Spendenreport zu erstellen.

Eckhard Priller (links) leitet die Projektgruppe Zivilengagement am WZB. Rupert Graf Strachwitz ist Leiter des Maecenata Instituts. [Foto: Kerstin Schneider]

Warum müssen wir denn mehr wissen?

Strachwitz: In der Sozialwissenschaft weisen wir der Arena der Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger von sich aus etwas geben, einen wichtigen Stellenwert zu. Diese Arena, in der sich eine Vielzahl von Organisationen und informellen Initiativen tummelt, ist für die Entwicklung einer offenen und demokratischen Gesellschaft essentiell. Diese Organisationen sind darauf angewiesen, dass die Menschen freiwillig etwas geben. Es geht um Zeit, Empathie, Kreativität und letztlich auch um Vermögenswerte. Spenden ist ein zentraler Faktor. Das geht weit über den materiellen Ertrag heraus.

Priller: Spenden sind ein wichtiger Indikator für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Solidarität. Vor allem daran, ob junge Menschen spenden oder nicht, lässt sich ablesen, ob bestimmte Erziehungsziele erreicht wurden.

Macht Spenden denn glücklich?

Priller: Etwas Gutes zu tun, steigert einfach das Selbstwertgefühl. Deswegen spenden viele.

Strachwitz: Spender erwarten sogar ein Glücksgefühl – das wird auch eingelöst. Geben macht glücklicher, auch wenn es dafür keine Gegenleistung gibt wie beim Tausch.

Literatur

Eckhard Priller, Jana Sommerfeld (Hg.), Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven, Philanthropie, Bd. 1, Berlin: LIT Verlag 2009, 253 S.

Rainer Sprengel, Rupert Graf Strachwitz, Private Spenden für Kultur. Bestandsaufnahme, Analyse, Perspektiven, Maecenata Schriften, Bd. 2, Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag 2008, 115 S.

Erinnerungspolitik

Bei den diesjährigen Berlin Roundtables on Transnationality, gemeinsam von der Irmgard Coninx Stiftung, dem WZB und der Humboldt-Universität veranstaltet, stand mit Erinnerungspolitik eines der bestimmenden Themen des Herbstes 2009 im Mittelpunkt. Vom 21. bis zum 26. Oktober 2009 diskutierten 52 Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt zum Thema „Memory Politics: Memorials, Education and Mass Media". Drei Workshops, die sich sowohl theoretischen Fragen als auch der Praxis widmeten, wurden durch Abendvorträge und ein umfangreiches Rahmenprogramm ergänzt.

Wie schon bei den vorangegangenen Roundtables war auch diesmal das Ziel, jungen Wissenschaftlern aus aller Welt eine Plattform für einen interdisziplinären Dialog zu bieten und die eigene Forschung aus einer transnationalen Perspektive zur Debatte zu stellen.

Die Veranstaltung war bereits die dritte in einer Reihe zu Problemen (zeitweise) geteilter Gesellschaften (*divided societies*), die aus bewaffneten Konflikten oder totalitärer Unterdrückung mit Blessuren und Traumata hervorgegangen sind. Der lange Schatten der Vergangenheit steht hier dem Aufbau einer neuen integrativen Ordnung im Wege. Wie solche Gesellschaften ihrer Vergangenheit in spezifischer Form Rechnung tragen und trugen, hängt dabei von vielen Faktoren ab. Welche Akteure nehmen auf die Erinnerungsprozesse Einfluss? Wie verhält sich die Wahrnehmung von Tätern zu ihren Opfern und vice versa? Die versöhnende Wirkung von Erinnerungsprojekten ist dabei nicht unumstritten. Oft verfestigt, ja vertieft sich der Graben durch neue Denkmäler oder oktroyierte Aufarbeitungsprozesse. Die Roundtables boten den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Überlegungen vergleichend zu diskutieren. Dabei wurde trotz des internationalen Fokus auch ein kritischer Blick auf die vermeintlich vorbildliche Vergangenheitsbewältigung in Deutschland geworfen.

Der erste Workshop unter Leitung von Christopher Capozzola (MIT) und Andrés Nader (Amadeu Antonio Stiftung) konzentrierte sich auf die Hintergründe und Wirkungen von Denkmälern und Museen. Diese haben trotz der Zersetzungsprozesse, denen Nationalstaaten ausgesetzt sind, eine unvermindert große Bedeutung für die kollektive und nationale Identitätsbildung, besonders in Ost- und Ostmitteleuropa, aber auch andernorts. Der *lieu de mémoire* bleibt ein Topos der nationalen Identitätsbildung, nur seine Form hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg gewandelt – vom Patriotismus zum Opfermythos.

Einen weiteren Fokus bildeten der marktwirtschaftlich initiierte Erinnerungstourismus sowie die Suche nach einer globalen Sprache der Erinnerung. In den zunehmend abstrakten Denkmälern, die in den letzten Jahren errichtet wurden, erkannten die Teilnehmer den Anspruch, über die historische Dimension eines spezifischen Erinnerungsraums hinaus wirken zu können. Die Analyse einzelner Fallbeispiele zeigte jedoch auch die Bedingtheit und die Grenzen nationaler Erinnerungsdiskurse.

Im Zentrum des zweiten Workshops „Transitional Justice", von Gunnar Folke Schuppert (WZB) und Ari Kohen (University of Nebraska, Lincoln) geleitet, stand die Frage, wie sich Gesellschaften am Ende eines gewalttätigen Konflikts mit der Vergangenheit auseinandersetzen können und sollen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man dabei juristischen und pädagogischen Instrumenten im Hinblick auf ihr Vermögen, begangenes Unrecht anzuerkennen und den Aufbau einer rechtsstaatlichen Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Neben etablierten Instrumenten wie Wahrheitskommissionen, Lehrplänen und Schulbuchrevisionen kamen auch traditionelle Formen der Aussöhnung zur Sprache, wie etwa Stammeskulturen in Afrika.

Ein dritter Workshop, geleitet von Magdalena Zolkos (University of Western Sidney) und Susanne Buckley-Zistel (Universität Marburg), befasste sich unter dem Titel „Political Discourse" mit philosophischen Fragen von Vergeben und Erinnern, von Trauma und Gesten kollektiver politischer Entschuldigung, wie Willi Brandts Kniefall in Warschau. Auch hier wurden Fallanalysen diskutiert, die die Teilnehmer nach Uruguay, Zypern, Ruanda, Japan, Irland, ins post-koloniale Frankreich, nach Palästina, Argentinien und Afghanistan führten.

Die Workshops wurden durch drei Vorträge ergänzt: In seinem Eröffnungsvortrag mahnte der Historiker Karl Schlögel (Viadrina Universität Frankfurt/Oder), dass hinter einer obsessiven Erinnerung auch die Flucht aus der Gegenwart stehen kann und jede Erinnerung zunächst in einem räumlich-zeitlichen Kontext interpretiert werden sollte. Albie Sachs, Verfassungsrichter und Menschenrechtsaktivist aus Südafrika, bestätigte die Teilnehmer in ihrer Suche nach Wegen, gespaltene Gesellschaften aus einem Trauma zu führen, und erinnerte an die Bedeutung der Verfassung, insbesondere auch des deutschen Grundgesetzes. Der Architekt Daniel Libeskind sprach über die Rolle von Diktatur und Demokratie für seine Erinnerungsarchitektur, über die Vorliebe totalitärer Regime für monumentales Bauen und über den Optimismus,

den er in jedes Monument kollektiven Erinnerns einfließen lässt.

Die nächsten – bereits zwölften – Roundtables werden vom 7. bis zum 11. April 2010 zum Thema „Cultural Pluralism Revisited: Religious and Linguistic Freedoms“ stattfinden. Bewerbungsfrist ist der 15. Januar 2010. Weitere Informationen finden Sie unter http://irmgard-coninx-stiftung.de/

Stefanie Schäfer und Sabine Berking

Wissenschaftspolitik

Unter dem Titel „Staat und Wissenschaft – neue Verhältnisse, neue Fragen“ fand am 12. Oktober 2009 eine Diskussionsveranstaltung im WZB statt, die sich mit aktuellen Problemen des deutschen Wissenschaftssystems beschäftigte. Anlass der Veranstaltung war das im Oktober erschienene „Handbuch Wissenschaftspolitik“, herausgegeben von den WZB-Wissenschaftlern Dagmar Simon und Andreas Knie gemeinsam mit Stefan Hornbostel vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) in Bonn.

In der letzten Dekade habe sich im deutschen Wissenschaftssystem viel getan, auf allen Ebenen hätten sich die Koordinaten verändert – so leitete Andreas Knie die Diskussion ein. In dieser Einschätzung der Situation waren sich die Herausgeber des „Handbuchs Wissenschaftspolitik“, die alle auf dem Podium saßen, und die zwei geladenen Gäste einig; Frieder Meyer-Krahmer, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, waren gekommen, um zu aktuellen wissenschaftspolitischen Fragen Stellung zu beziehen.

Fünf Thesen und daraus abgeleitete Fragestellungen hatten die Herausgeber vorbereitet, die besonders knifflige Aspekte der gegenwärtigen Lage im deutschen Wissenschaftssystem aufgriffen. Forschungseinrichtungen müssten in zunehmendem Maß ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Ob sie hierbei zukünftig eher auf Wettbewerb oder auf thematische Fokussierung setzen sollten, war die erste Frage, die Dagmar Simon aufwarf. In der zweiten These ging es um Internationalisierung: Wie sehr sollte man sich am angloamerikanischen System orientieren? Die dritte These der Herausgeber verwies auf ein Kernproblem von Wissenschaftspolitik: Viele der eingeführten Instrumente stehen im Widerspruch zu alten, weiterhin geltenden Regelungen und führen im Zusammenspiel mit diesen zu nicht beabsichtigten Effekten. Ob den Forschungseinrichtungen hier mehr leistungsorientierte Controlling-Instrumente oder eher Freiräume helfen können, war die Frage, die daraus abgeleitet wurde. Kooperation oder Konkurrenz – was führt zu mehr Innovation?, lautete die vierte Frage der Handbuch-Herausgeber. Die fünfte These schließlich, die nach der Rolle des Bundes fragte, mündete in eine Zuspitzung: Brauchen wir eine Föderalismusreform II?

Wissenschaft habe eine institutionelle und eine epistemologische Seite, machte Peter Strohschneider zu Beginn seiner Ausführungen deutlich: Auf der einen gehe es um Dinge wie Macht, Reputation und Finanzen, auf der anderen um Themen wie Wahrheit, Theorien und Methoden. Beide Seiten seien „lose gekoppelt“, aber nicht miteinander identisch – eine „wichtige Prämisse“, um überhaupt über das Wissenschaftssystem zu sprechen. So sei auch die in der ersten These angebotene Alternative zwischen Wettbewerb und thematischer Fokussierung keine wirkliche Alternative. Beides habe es im Wissenschaftssystem überdies immer gegeben, und beides spiele auch in den aktuellen Bemühungen um Leistungssteigerungen eine wichtige Rolle.

Zur zweiten Frage bezog Meyer-Krahmer klar Stellung: Es gebe im angloamerikanischen System viel Nachahmenswertes, aber auch viele Dinge, vor denen man sich hüten müsse, beispielsweise eine extreme Hierarchisierung der Hochschulen zwischen „ganz mies und ganz top“ oder die Ballung von Ressourcen auf einen kleinen Prozentsatz an Spitzeneinrichtungen. Bei der Performance allerdings könne man sich etwas abgucken, ebenso bei der Strukturierung des Lehrkörpers. Mehr Professoren mit wenigen Mitarbeitern fände er viel sinnvoller als die deutschen Lehrstühle mit ihrem breiten Mit-

Dagmar Simon stellt fünf Thesen zur Wissenschaftspolitik vor, im Hintergrund: Frieder Meyer-Krahmer (links) und Andreas Knie. [Foto: Peter Himsel]

arbeiterstab. Strohschneider rügte dagegen die angloamerikanisch inspirierten Anpassungsprozesse, die sich beobachten ließen; hier werde seiner Einschätzung nach die Komplexität von Wissenschaftssystemen „dramatisch“ unterschätzt.

Meyer-Krahmer plädierte für mehr Wettbewerb und eine stärkere Profilschärfung in der universitären wie in der außeruniversitären Forschung. Außerdem vermisse er „internationale Spitzenperformance“, die aber nicht zu Lasten des hohen Niveaus der Lehre in der Breite gehen dürfe.

In der Frage „Vertrauen oder Kontrolle?“ sah Meyer-Krahmer die Politik gar nicht in der Pflicht: Sie schaffe gegenwärtig die Freiräume, den Hochschulen künftig selbst die Möglichkeit zu geben, zwischen Controlling-Instrumenten und der Gewährung von mehr Freiräumen entscheiden zu können. Schwieriger sei dies bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, bei denen Instanzen wie der Bundesrechnungshof auf Kontrolle setzten, die Forschungspolitik aber eher „strategische Output-Orientierung“ fordere. In diesem Zusammenhang ist wohl auch Meyer-Krahmers Hinweis auf neue Formen von Kooperationen zu sehen: „In den nächsten fünf Jahren sind Experimente angesagt“, sagte der Staatssekretär. Ihm schaudere aber bei der Vorstellung eines „Generalplans“ für die Wissenschaft, die vom Prinzip des „bottom-up“ und der Selbstverwaltung lebe. Dagmar Simon nahm das Stichwort „Experimente“ auf und verwies darauf, dass damit auch der Gedanke der Reversibilität eingeleiteter Reformen gestärkt werden solle, ebenso wie die Notwendigkeit eines systemischen Blicks auf die Gewinner und Verlierer neuer Förderinstrumente.

Die Notwendigkeit stärkerer zentraler Koordination sah jedoch Stefan Hornbostel, da nicht alles über den Markt reguliert werden könne. Als Beispiel nannte er das Fächerangebot, über das Universitäten nicht ganz selbstständig entscheiden dürften, weil sonst kleine Fächer aussterben könnten. Außerdem seien die Impulse, denen die Hochschulen zurzeit ausgesetzt sind, durchaus widersprüchlich; die Exzellenzinitiative stärke einzelne Institutionen, die Clusterbildung dagegen provoziere auch Erosionen. Strohschneider bestätigte diesen Widerspruch, bestritt aber, dass es über die vorhandenen Aushandlungsprozesse hinaus einen Bedarf an mehr Koordination gebe. Die Wissenschaftspolitik habe zwar in einigen Fragen Gestaltungsmacht an die Universitäten abgegeben, dafür aber auf anderen Ebenen mehr Einflussmöglichkeiten. Um einen fairen Wettbewerb der Institutionen zu gewährleisten, müsse am Set der Indikatoren weiterhin gearbeitet und nachgebessert werden, waren Strohschneider und Meyer-Krahmer sich am Ende einig. Ob es hierfür auch eines veränderten föderalistischen Rahmens bedarf, blieb allerdings unbeantwortet.

Wiebke Peters

Resonanzraum WZB

Zwei Subwoofer im Festsaal, Gesang im Treppenhaus, eine Menschengruppe im Innenhof, die konzentriert den Geräuschen des Hauses lauschte – was unbeteiligten Beobachtern im WZB am 3. September kurios erscheinen mochte, eröffnete den rund 40 Teilnehmern des Workshops „Musik und Innovation“ neue Perspektiven.

Im Zentrum des Workshops stand die Frage nach der Rolle von Musik und Klangereignissen für gesellschaftliche Innovationsprozesse. Möglichen Antworten näherte man sich aus verschiedenen disziplinären und methodischen Richtungen mit dem Ziel, empirische wie theoretische Forschungsimpulse zu geben. Eingeladen hatten die WZB-Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit“ um Michael Hutter und Ingrid Allwardt vom „Netzwerk junge Ohren“ – nicht um fertige Ergebnisse zu präsentieren, wie Hutter in seiner Begrüßung betonte, sondern um das Werkstattformat ernst zu nehmen und auch Unfertiges zu präsentieren. Aufgelockert wurde das Wechselspiel aus sieben Vorträgen und Diskussionen durch einen „Soundwalk“, eine akustische Erkundungstour durch die geräuschvollen Gänge des WZB.

Inhaltlich gliederte sich der Tag in drei Themenfelder. Techniken der Klangerzeugung im kulturhistorischen Kontext bildeten den Auftakt. Holger Schulze, Leiter des Studiengangs Sound Studies an der Universität der Künste Berlin, erläuterte unausgeschöpfte Innovationspotenziale in der Produktentwicklung aus ästhetisch-anthropologischer Sicht. Der Kulturwissenschaftler Thomas Macho (Humboldt-Universität zu Berlin) skizzierte eine „Mediengeschichte der Klingeltöne“, verstanden als Phänomene der Metakommunikation. Diese Geschichte reicht von Glockenläuten über die Anrufung von Engeln bis zu Telefontönen. Höhepunkt des Vortrags: ein Video-Beispiel innovativer Tiermast, wo sich abgerichtete Zuchtschweine beim Erklingen ihres persönlichen Jingles einzeln zum Futtertrog aufmachen.

Den Themenbereich Musikvermittlung eröffnete Ingrid Allwardt (HafenCity Universität Hamburg) mit Video- und Hörbeispielen aus der Praxis. Sie richtete das Interesse auf neue,

mediale Konzepte zur Sensibilisierung des Hörens. Allwardt schloss wie ihre Vorredner die alltägliche Klangwelt in ihre Überlegungen ein. Erst in den folgenden Vorträgen stand Musik im Vordergrund: Eindrücklich und historisch informiert gab die Musikkritikerin Eleonore Büning (FAZ) einen Einblick in das Dilemma ihres Metiers, das bewegende Musikerlebnisse in sprachlicher Form erstarren lassen muss.

Die eingangs erwähnten Subwoofer für tiefe Bässe ließ schließlich Franz Liebl ertönen. Der Beitrag des Marketingexperten (Universität der Künste Berlin) und Labelgründers machte die schnelle Folge neuer, elektromusikalischer Genres wie„Clicks and Cuts“, „Breakcore“, „Elektrotrash“ oder „Dubstep“ in den 1990er Jahren erlebbar. Seitdem habe das Innovationstempo aber abgenommen, diagnostizierte Liebl. Anschließend improvisierte Elmar Lampson zum Thema „musikalische Haltung als Quelle wirtschaftlicher Innovation“. Aus eigener Erfahrung berichtete der Präsident der Hamburger Musikhochschule von der Wirkung musikalischer Ereignisse in Unternehmen. Zuletzt stellte Gastgeber Michael Hutter Thesen zur historischen Wirkung von Musik auf die Gesellschaft in den Kontext seiner aktuellen Forschung. Eine Gesangsperformance von Ulrike Sowotniok in und um den „Hörraum“ A 300, dem großen WZB-Hörsaal, beendete den Workshop. Welche Denkanstöße aus dem „Resonanzraum WZB“ einen Nachhall finden werden, blieb offen.

Nona Schulte-Römer

Pakistan: Rule of Law

On October 26, 2009, the WZB Rule of Law Center organized a one-day conference on Pakistan, in cooperation with the Heinrich Böll Foundation (HBF) in Berlin. The conference discussed structures and deficits as well as developments and challenges of rule of law in the case of Pakistan. In particular, the idea was to shed light on the current state of affairs, the parallel legal systems, the relationship between judiciary and politics and the role of political parties and the civil society. Almost 60 participants covering a broad range of areas from academic, scientific, political and civil society attended the workshop at the premises of the HBF. A high level delegation of politicians (Imran Khan, Ahsan Iqbal, and Bushra Gohar) and legal experts (Athar Minallah) from Pakistan and a number of distinguished academic speakers from Germany participated in three panels.

The first panel addressed the question of the parallel legal system, its myths and realities. The panel agreed that the current system was deficient, and that the rule of law was central in the fight against the Taliban. The government must try to expand soft power to the contested areas to win over rather than to use force, f.i. in the Federally Administrated Areas (FATA). On the other hand, Pakistan must deal with layers of customary and tribal law, a strong heterogeneity within the society and various strands of Islam. Furthermore there are still remnants of a feudal law – where elite closed family circles decide on legal positions, postings, on what people do, or what kind of justice is dispensed – which need to be brought under official jurisdiction. Highlighting the gender issue, it was stated that criminals still get away with certain crimes against women. The Federal Shariah Court system, which is parallel to a supreme court, is known for its strong bias against women. The judgments of the eight muslim judges tend to restrict the rights of women, and there is no consensus on the utility and function of the Shariah laws.

The second panel stated that the current situation is economically, socially and security-wise one of the worst in history. Pakistan suffers from an extremely high level of corruption and so far, democracy has not properly functioned. The recent lawyers' movement created hope that there would now be a move towards general democracy. Additional complications appeared when the president became chief executive. Although according to the constitution he has only a symbolic role, the prime minister should be the chief executive, since a management system where authority and responsibility are divided cannot work. Furthermore, an independent judiciary needs to be complemented by a sovereign parliament.

The third final panel discussed the role of political parties, civil society and the rule of law in Pakistan. It was argued that feudal structures are finally starting to break, since as urbanization is increasing vastly, its spread would fundamentally change society. However, political parties still lack organizational capabilities – they prevailed throughout the military rule time because of strong roots from previous democratic periods. Recently the media also started to highlight the internal workings of the political parties and lack of inner democracy, thus creating further pressure for reform. Elections can only bring democracy in conjunction with rule of law, but the rule of law must come first. An academic panelist argued that institutions do not change that fast, as they need to be embedded in society, and that democratization is an endogenous process which can be supported, but cannot be substituted. As long as the military remains as a major veto power that acts when it perceives the political order at risk or when modernization is stuck, no real change can start to happen.

The conference came to several conclusions: democracies function well when, from the offset, rule of law is established as an equal condition with democracy. Pakistan needs to strengthen its rule of law to create a functioning democracy. It needs programmatic political parties that stabilize democracy, not its current charismatic or clientelistic ones. A working democracy needs an integrating type of civil society. Currently this does not exist in Pakistan but this type of society is needed to bridge the gaps in the ethnically segmented country.

Talat Mahmood

Facetten der Ungleichheit

Die Frage nach den Auswirkungen von Heterogenität auf Demokratie sowie nach der Bedeutung verschiedener institutioneller Lösungen für das Management von Heterogenität standen im Mittelpunkt einer Tagung, die am 25. und 26. Juni vom Arbeitskreis „Demokratieforschung" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), dem „Committee on Concepts and Methods" der International Political Science Association (IPSA) und der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen" des WZB veranstaltet wurde.

Die zunehmende Heterogenisierung demokratischer Gesellschaften stellt in zweierlei Hinsicht eine Herausforderung für die Qualität von Demokratien dar: Einerseits können sozioökonomische Ungleichheiten die Qualität der Demokratie beeinträchtigen, andererseits müssen Demokratien mit ethnischer oder religiöser Heterogenität umzugehen lernen. Während ein moderater Konfliktzustand in einer pluralen Gesellschaft als „Normalzustand" gelten kann, können sich gegenseitig ausschließende und widerstreitende Formen von Heterogenität die Qualität und Stabilität repräsentativer Demokratien beeinträchtigen.

Normative und methodologische Fragen standen am Anfang der Tagung. Deutlich wurde hier, dass eine eindeutige Definition von Heterogenität ebenso noch aussteht wie die theoretische Erfassung ihrer Auswirkungen auf die Qualität von Demokratie. Carsten Q. Schneider und Kristin Nickel Makszin (Budapest) plädierten angesichts der Komplexität der Qualitätsmessung daher für ein eindimensionales Konzept, das sich auf partizipative Gleichheit und Wahlbeteiligung beschränkt.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand zunächst die kulturelle Dimension von Heterogenität. Dem politischen Partizipationsverhalten von Zuwanderern in Deutschland galt das Erkenntnisinteresse des Beitrags von Stephanie Müssig (Mainz). Auch hier wurde die partizipative Dimension demokratischer Qualität betont, allerdings wurde neben der Wahlbeteiligung auch die Unterstützung von Petitionen untersucht. Hier zeigte sich, dass Bürger mit Migrationshintergrund zwar seltener an Wahlen teilnehmen als die einheimische Bevölkerung, dass aber die zweite Zuwanderergeneration das höchste Beteiligungsniveau beim Unterschreiben von Petitionen zeigt. Der Umgang mit Minderheiten im postsowjetischen Raum und seine Auswirkung auf die Qualität der Demokratien war Thema des Beitrags von Timm Beichelt (Frankfurt/Oder). Er zeigte, dass die Garantie von Bürgerrechten ein zentraler Faktor für die demokratische Konsolidierung der neuen europäischen Staaten ist. Zum Abschluss widmete sich das Panel dem Streit um das islamische Kopftuch bei Lehrerinnen (Christian Henkes und Sascha Kneip, WZB). Die politische, rechtliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung über diese Frage machte die Schwierigkeiten demokratischen Managements kultureller Heterogenität auch in Deutschland deutlich (siehe auch WZB-Mitteilungen 122, S. 23–26).

Mit zwei Beiträgen zu Lateinamerika rückte die zweite Dimension von Heterogenität, die sozioökonomische Ungleichheit, in den Mittelpunkt. In einer Gegenüberstellung verschiedener Strategien zur Bewältigung von Heterogenität in Lateinamerika kamen Wolfgang Muno und Peter Thiery (Würzburg bzw. München) zum Schluss, dass die Unterschiede zwischen Ländern mit konservativen, gemäßigt linken oder radikal linken Regierungen relativ gering ausfallen. Vielmehr entscheidet offenbar vor allem die jeweilige Wirtschaftsentwicklung darüber, ob das Management von Heterogenität gelingt oder nicht. Der Zusammenhang von sozioökonomischer und ethnischer Heterogenität wurde anhand einer Vergleichsstudie zu Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru von Michael Stoiber und Michèle Knodt (Darmstadt) verdeutlicht. Sind sozioökonomische und ethnische Ungleichheiten parallel verteilt, gehören also sozioökonomisch benachteiligte Teile der Gesellschaft auch zu ausgeschlossenen Minderheiten, kommt es zu einem verstärkenden Effekt und damit zu gravierenden Problemen für eine Demokratie.

Mittels einer historischen Perspektive versuchte Matthijs Bogaards (Bremen) den Wert des niederländischen Säulenmodells für die Integration von muslimischen Zuwanderern zu ergründen. Die „Versäulung" der niederländischen Gesellschaft entlang konfessionell, sozial und kulturell definierter Gruppen gewährleistete über lange Zeit die Stabilität der Gesellschaft. Ob eine neue „islamische Säule" ebenso zu Integration und Stabilität

beitragen könnte, blieb in der Diskussion umstritten. Einer ganz anderen Art von Heterogenität widmete sich der Konferenzbeitrag von Achim Goerres und Katrin Prinzen (Köln). Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft untersuchten sie die Solidarität zwischen den Generationen in Deutschland – mit dem Ergebnis, dass diese zwar als abstraktes Prinzip gewünscht wird, die Interessen zukünftiger Generationen im konkreten Entscheidungsfall aber eigenen Interessen nachgeordnet werden.

Deutlich wurde im Laufe der Tagung, dass die Thematik „Heterogenität und Demokratie“ selbst äußerst heterogen ist, aber gerade der Vergleich unterschiedlicher Regionen und verschiedener Formen von Heterogenität hohen Erkenntnisgewinn verspricht. Einig war man sich darin, dass insbesondere die Ermöglichung von Partizipation für das Management von Heterogenität von großer Bedeutung ist.

Silvia Brugger und Sascha Kneip

Neuerscheinungen

Aus der WZB-Forschung

Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.)

Handbuch Wissenschaftspolitik

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010

ISBN 978-3-531-15742-9

567 Seiten, € 69,90

Nach langer Stagnation befindet sich das deutsche Wissenschaftssystem seit gut einer Dekade im Umbau. Akademische Forschung und Lehre werden grundlegend umgestaltet. Dabei sind viele der „Baustellen“ wie die Forderungen nach mehr Wettbewerb, öffentlicher Rechnungslegung, Reform der Leitungsstrukturen und des Besoldungsrechts keineswegs neu. Neu sind allerdings die Kompetenz- und Machtverschiebungen in den Hochschulen, zwischen Hochschulen und Landesministerien, zwischen Bund und Ländern und zunehmend auch zwischen nationalen Politiken und supranationalen Einflüssen. Wissenschaftspolitik findet auf vielen Ebenen statt: innerhalb der Institutionen, weil Handlungsressourcen verlagert werden, als institutionelle Politiken, die neue Strukturen verarbeiten und ungewohnte Management- und Koordinationsleistungen erbringen müssen, als neue politische Arrangements, weil zwischen Ministerien, Forschungsförderern, Öffentlichkeit, wissenschaftspolitischen Institutionen und autonomer werdenden Hochschulen neue Koordinationsmechanismen entstehen, und nicht zuletzt als klassische Ressortpolitik, die eine veränderte Funktionsbeschreibung als Sachwalterin eines öffentlichen Interesses finden muss. Das Handbuch liefert erstmals einen systematischen Überblick über die Akteure und Koordinationsmodi im Wissenschaftssystem und verdeutlicht seine Übergangs- und Umbruchsphänomene.

Kai A. Konrad, Tim Lohse (Hg.)

Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa: Herausforderungen und Chancen

Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang 2009

ISBN 978-3-631-59256-4

171 Seiten, € 34,00

Die Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Zwei Themen dominieren die Agenda. Erstens ist die Europäische Kommission gegenüber dem Parlament und dem Rat in der Pflicht, eine umfassende Überprüfung aller Aspekte des EU-Haushalts vorzunehmen. Dabei stellt sich die Frage, ob grundlegend neue Haushaltsstrukturen sinnvoll sind und wenn ja, ob in Anbetracht des Einstimmigkeitsprinzips tatsächlich eine Chance für Veränderungen besteht. Die Schaffung einer EU-Steuer würde eine Einnahmenvariante darstellen, die das bisherige komplexe System der Eigenmittel ablösen könnte. Zweitens zwingt ein verschärfter Steuerwettbewerb in der EU die Nationalstaaten gerade nach der Osterweiterung zur Modifikation ihrer Steuersysteme. Nach einem vielfach zu beobachtenden Sinken der Körperschaftsteuersätze stehen nun die Vorschläge zu einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zur Debatte. Wie vorteilhaft wäre eine solche konsolidierte Bemessungsgrundlage, und welche Aussichten auf Realisierung hat sie? In dem Band, der eine Tagung dokumentiert, werden diese Fragen aus ökonomischer und juristischer Perspektive erörtert.

Florian A. A. Becker-Ritterspach

Hybridization of MNE Subsidiaries
The Automotive Sector in India

Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan 2009

ISBN 978-0-230-20669-4

302 Seiten, $ 90.00

Multinationale Konzerne, die Niederlassungen in anderen Ländern errichten, stehen vor der Frage, inwieweit sie ihre Produktions-, Organisations- und Geschäftsmodelle bruchlos transferieren können oder aber an die lokalen und nationalen Bedingungen des Gastlands anpassen müssen. Die Herausforderungen sind umso größer, wenn kulturelle Grenzen zu überwinden sind. Vor diesem Hintergrund werden in dem Band die Internationalisierungsstrategien multinationaler Automobilhersteller in Indien untersucht. Der Autor zeigt auf, dass die Firmen ganz unterschiedliche Standortpolitiken betreiben. Wie Organisations- und Personalkonzepte des Heimat- und des Gastlandes miteinander kombiniert werden, hängt wesentlich davon ab, welches Marktsegment bedient wird, ob das Unternehmen über ein internationales Produktionssystem verfügt und wie dieses beschaffen ist, wie sich der Markteintritt vollzieht (Neugründung oder Betriebsübernahme) und welche Regulierungsinteressen die jeweilige Regierung verfolgt. Internationalisierte und lokal geprägte Praktiken sind eng miteinander verwoben, wobei hinsichtlich Personalführung und Arbeitsbeziehungen lokale Standards dominieren, während bei der Fertigungstechnik und Planung eher supranational vereinheitlichte Konzepte angewendet werden.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Podien, Medien und Begegnungen

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in kleinen Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscher und -Forscherinnen bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Auseinandersetzungen Revue passieren.

Mauerfall

Die weltweite Aufmerksamkeit für die letzten zwei Jahrzehnte deutscher Transformationsgeschichte seit dem Fall der Mauer ließ auch das WZB nicht unberührt. Die Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie lud gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Zentrum für Sozialindikatorenforschung des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) am 9. und 10. November zu ihrer Jahrestagung nach Berlin ein – unter dem Konferenztitel „20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen-)Bilanz der Lebensverhältnisse in Deutschland". Einige der zentralen Themen waren Lebenszufriedenheit, Arbeitszeitwünsche und -realität, Entwicklung des Gesundheitszustands, Lebensstile, Wohnen und Rentenfragen – jeweils im Ost-West-Vergleich. Die Einladung war auch ostwestlich ausgerichtet. Der erste Tag der Konferenz fand statt am WZB-Standort Reichpietschufer, „ehemals West-Berlin", der zweite Tag am DIW in der Mohrenstraße – „ehemals Ost-Berlin". Erinnerungs- und Analyse-Interesse gab es in diesen Novembertagen auch aus dem sehr fernen Ausland. Ein Redakteur von Singapurs wichtigster Tageszeitung ***The Straights Times*** befragte den scheidenden WZB-Forschungsprofessor **Jürgen Kocka** nach seiner Einschätzung des deutschen Einigungsprozesses und der unterschiedlichen Mentalitäten beim Blick auf die Entwicklungen seit 1989. Am 9. November selbst wurden Jürgen Kocka und **Dieter Gosewinkel**, Leiter der WZB-Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa", vor dem Reichstagsgebäude zum Mauerfall vom französischen TV-Sender ***France24*** interviewt.

Vorlese

Das März-Heft der WZB-Mitteilungen (2010) widmet sich unter anderem dem thematischen Schwerpunkt „Innovation" und der Verabschiedung von Forschungsprofessor Jürgen Kocka, der auch von 2001 bis 2007 das WZB leitete.

Zensur

John Keane, Demokratieforscher an der University of Westminster und Forschungsprofessor am WZB, hat seit dem Sommer die Welt umrundet, im Gepäck seine frisch gedruckte Geschichte der Demokratie, *The Life and Death of Democracy* (s. WZB-Mitteilungen 125). Das Buch erschien inmitten des größten Londoner Nachkriegsskandals rund um das parlamentarische Leben und Streben; es wurde in England das Buch zur Krise. Der Rückblick auf rund 3.000 Jahre Geschichte erscheint auch in mehreren Übersetzungen. Einladungen zu Veranstaltungen auf mehreren Kontinenten folgten dem Interview-Marathon in England. In seinem Geburtsland Australien sprach John Keane unter anderem im neuen Museum of Australian Democracy in Canberra. Sein Buch war die Grundlage der Museums-Darstellung insbesondere der Früh- und Vorgeschichte der Demokratie. Auch in China erscheint das Werk in Kürze. John Keane traf auf einer ersten China-Vortragsreise im Herbst seinen dortigen Verleger und erkundigte sich nach dem Stand der Dinge. Das Buch werde bald in den Buchläden liegen, erfuhr er. Wie viele Seiten es auf Mandarin zählen wird, konnte der Verleger aber nicht genau sagen. Das hänge davon ab, welche Passagen das Propagandaministerium streichen würde.

Verschwörer

Auf Farsi wird **John Keanes** Demokratie-Buch so bald wohl nicht erscheinen. Im Sommer wurde der Autor überrascht von der Nachricht, dass die iranische Generalstaatsanwaltschaft ihn verdächtigt, Teil einer Verschwörung zu sein. Keanes Name wurde in einem der Prozesse gegen regimekritische Intellektuelle in einem solchen Zusammenhang genannt. Die Prozesse wurden begleitet von einer öffentlichen Kampagne gegen diese internationale Verschwörung. Deren Strippenzieher und Finanziers bildeten ein globales Netzwerk, zu dem der US-Kongress, das niederländische Parlament, die Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik, das amerikanische National Endowment for Democracy und John Keanes University of Westminster gehörten. Motor der Verschwörung, die von westlichen Geheimdiensten gesteuert würden, seien Jürgen Habermas, Richard Rorty (1931–2007) und Keane, alle drei „Sicherheits- und Geheimdienst-Theoretiker". Die „Fakten", die die Existenz dieser Verschwörung glaubhaft machen sollten, bestanden aus frei erfundenen Geschichten und Verdrehungen. Nur eine einzige Verbindung zum wirklichen Leben konnte Keane in den iranischen Tiraden entdecken: 2004 besuchte er tatsächlich den Iran und bot einen Kurs über Demokratie an, der auf den Forschungen zu seinem jetzt erschienenen Buch beruhte. Und zwar ganz offiziell, mit der Zustimmung der iranischen Behörden.

Todeskämpfe

Als **Matthias Kamann**, Redakteur der Tageszeitung ***Die Welt***, 2008 im Rahmen des Volkswagen-finanzierten Programms Journalist in Residence Gast des WZB war, arbeitete er an einem Projekt über Fragen der Autonomie während der letzten Lebensphase. Unter anderem tauschte er sich mit Wissenschaftlerinnen der Forschungsgruppe Public Health aus. Nun liegt Kamanns Buch vor: „Todeskämpfe. Die Politik des Jenseits und der Streit um die Sterbehilfe", erschienen im Bielefelder Verlag transcript. Es ist ein auf mehrjähriger Recherche basierendes radikales Plädoyer für die Respektierung des Individuums und des persönlichen Willens im Sterbeprozess – und gegen Bevormundung. Man dürfe nicht ablassen, „ein Individuum zu stärken", schreibt Kamann über die höchste

Pflicht, schmerzmindernd und fürsorglich für Sterbende da zu sein und alle Möglichkeiten der Palliativ-Medizin auszuschöpfen. „Was umgekehrt bedeutet", schreibt Kamann, „dass man (die) Individualität nicht durchs Aufzwingen einer abgelehnten Therapie schwächen darf." Mit Stärkung des Individuums ist also Stärkung der Persönlichkeit des Sterbenden gemeint und nicht die Stärkung der Persönlichkeit und Macht von Heimleitern, Ärzten und Richtern, die sich häufig genug über den dokumentierten und persönlich geäußerten Wunsch von Patienten hinwegsetzen, wie Kamann belegt.

Auf dem Sprung

Gefördert vom Verlag Gruner & Jahr, erstellte **Jutta Allmendinger** 2007 die Untersuchung „Frauen auf dem Sprung" über Erwartungen und Lebensentwürfe junger Frauen im Alter von 17 bis 19 und 27 bis 29 Jahren. Ergänzt wurden die Befunde um Ergebnisse der WZB-Studie „Männer unter Druck". Immerhin die Hälfte der damals interviewten jungen Männer und Frauen waren im Sommer 2009 bereit zu einem weiteren Gespräch. Weder die zwischenzeitlich geborenen Kinder noch die überraschend hereingebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise hat Frauen in Richtung eher traditioneller Vorstellungen gedrängt, lautet ein Fazit. Im Gegenteil – noch unbedingter als vor zwei Jahren streben junge Frauen beides an: Erwerbstätigkeit und Familie. Auch das Selbstbewusstsein der Frauen hat nicht sichtlich gelitten. Wie schon 2007 war die öffentliche Aufmerksamkeit für die Ergebnisse der Studie ausgesprochen hoch. Das hat den Verlag Pantheon ermutigt, die Ergebnisse als Buch herauszugeben. In der ersten Dezemberwoche erscheint nun „Frauen auf dem Sprung". Noch vor der Drucklegung hat die Bundeszentrale für politische Bildung das Buch in ihre Schriftenreihe aufgenommen.

Cricket

Er war einer der besten All-Rounders, ein Superstar des Cricket: **Imran Khan** spielte von 1971 bis 1992 Test Cricket, die meiste Zeit in der englischen Liga, und war Kapitän der pakistanischen Cricket-Mannschaft. Mit ihr gewann er 1992 den neuen Cricket World Cup. Und heute ist er Politiker. Imran Khan gründete1996 die Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit), deren Vorsitzender er ist. Bei der Wahl 2002 erzielte seine Partei bescheidene 0,8 Prozent der Stimmen und einen Sitz in der pakistanischen Nationalversammlung. Mit anderen pakistanischen Politikern kam Khan Anfang November nach Berlin, wo er Gespräche mit Politikern und Wissenschaftlern führte. Als Gäste der Heinrich-Böll-Stiftung diskutierten die Politiker unter anderem mit den WZB-Forschern **Talat Mahmood**, **Sascha Kneip**, **Wolfgang Merkel** und **Gunnar Folke Schuppert** über Fragen des Rechtsstaats (s. Bericht Seite 47). Der Deutsche Cricket Bund freute sich, kündigte den Star auf seiner Website an („Imran Khan in Berlin erwartet") und entsandte selbst einen Vertreter zur wissenschaftlich-politischen Diskussion.

Mitlese

Das dritte Heft 2009 der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift ***Leviathan***, die am WZB redaktionell betreut wird, widmet sich schwerpunktmäßig ikonographischen Fragen. In seinem Essay über Leviathan und Behemoth geht Horst Bredekamp auf den amerikanischen *Leviathan* ein, von dem der Name der Zeitschrift herrührt. In den Anfängen war dies die „militant antikapitalistische" Zeitschrift einer jüdischen Studentenorganisation, die bis zum Jahrgang 1979/80 existierte. Stephan Leibfried befasst sich mit der Metapher des „Staatsschiffes" und erkennt Bruchstellen in der Geschichte der Europäischen Union, die er anhand der Darstellung von Schiffsmetaphern deutet. Der Kölner Kunsthistoriker Wilhelm Voßkamp zeigt eine Bruchstelle in der Funktion des Utopiebegriffs im Übergang von der höfischen zur bürgerlichen Gesellschaft, die Norbert Elias benannt hatte.

Rechenschaft

Soeben sind sie in zwei Bänden erschienen: Die beiden **WZB-Berichte**, die über die Forschung der Jahre 2005–2006 bzw. 2007–2008 Rechenschaft ablegen. Projekte, Publikationen, Personen, Pläne werden dargestellt. Die Berichte sind ein institutionelles Nachschlagewerk und ein Rechenschaftsbericht. Sie können bestellt werden: presse@wzb.eu.

Empörend

Heike Solga, **Johannes Uhlig** (beide WZB) und **Jürgen Schupp** (DIW) haben ein Discussion Paper verfasst über die Zuweisung von Schülern auf Schulen, die nicht ihrem individuellen Potenzial entsprechen. Etwa jeder dritte Schüler der Grundschule geht auf einen zu einfachen Schultypus (*underachievement*) oder auf einen, der zu viel verlangt und ihn überfordert (*overachievement*). Außerdem hätten manche Lehrer eine schichtspezifische Sicht auf die Leistungen von Schülern. Der Befund wurde von vielen Zeitungen, aber ebenso von der **Tagesschau** und den **Tagesthemen** aufgenommen (27. August). Auch Jürgen Kaube nahm sich in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** des Themas an (2. September). Überraschend war nicht, dass er sich kritisch mit der Studie befasste. Erstaunlich dürfte für viele FAZ-Leser gewesen sein, wie wortreich sich der Autor, bekannt als Verfechter des dreigliedrigen Schulsystems, selbst erklärte. Man könne es „nicht oft genug sagen": Fehlzuweisungen seien „empörend". Und schließlich heißt es: „Darum wiederholen wir es am Ende noch einmal. Wir sind nicht auf Gedeih und Verderb Anhänger des Gymnasiums oder der Hauptschule, wir haben nichts gegen Bildungsaufstieg – wie und wieso denn auch? –, wir finden es eine Zumutung, wenn Kinder nicht in ihren Begabungen erkannt und anhand ihrer erzogen werden." Die regelmäßigen Leserinnen und Leser der FAZ werden noch oft Gelegenheit haben, sich dieser Zeilen zu erinnern.

Paul Stoop

Gastwissenschaftler
Seite 52
Berufungen
Seite 53
Ehrungen / Preise
Seite 53
Promotionen/Habilitationen
Seite 53
Personalien
Seite 54

Gastwissenschaftler

Sarah Carpentier, Doktorandin an der Universität Antwerpen, war im November 2009 Gast von Professorin Chiara Saraceno, Forschungsprofessur „Demographische Entwicklung, sozialer Wandel und Sozialkapital".

Professor **Victor Friedman,** Emek Yezreel Valley College Israel, war von Anfang August bis Anfang September 2009 Gast in der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit". Er arbeitet im Bereich der Aktions- und Evaluationsforschung und kooperiert schon lange mit dem WZB. Während seines Aufenthalts beschäftigte er sich mit der Ausarbeitung eines theoretischen Rahmens für die Datenanalyse aus einem Experiment in einer Hochschule zur Wirkung von künstlerischen Interventionen in Organisationen sowie der Konzeption und Umsetzung eines Workshops zur Aktionsforschung.

Peter Dietsch war vom 5. bis 23. Oktober 2009 Gast der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen". Er ist Professor für Philosophie an der Université de Montréal, wo er zu Fragen der Ethik, der politischen Philosophie und der Philosophie der Ökonomik lehrt und forscht. Am WZB arbeitete er gemeinsam mit Thomas Rixen an einem vom DAAD geförderten Projekt zum Thema „Prinzipien eines gerechten internationalen Steuerregimes".

Professor Dr. **Michel Goyer,** University of Warwick, Coventry, wird vom 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 als Gast der Abteilung „Internationalisierung und Organisation" an der Fertigstellung seines Buchs „Contingent Capital: Short-term Investors and the Evolution of Corporate Governance in France and Germany" arbeiten.

Lena Hipp, Ph.D. Candidate in Organizational Behavior an der Cornell University, Ithaca, New York, ist von September 2009 bis Mai 2010 als Luigi-Einaudi-Fellow zu Gast bei der Präsidentin. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit Wahrnehmungen von Arbeitsplatz- und Beschäftigungssicherheit. Zu ihren weiteren Forschungsinteressen gehören soziale Austauschbeziehungen, insbesondere solche, die einen hohen Grad an Vertrauen erfordern, sowie der internationale Vergleich sozialer Sicherungssysteme.

Lena Hipp [Foto: Udo Borchert]

Steffen Mau, Professor für politische Soziologie und vergleichende Analyse von Gegenwartsgesellschaften an der Universität Bremen, ist von Oktober 2009 bis Februar 2010 Gast der Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration". Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, der sozialen Ungleichheit und der Europäischen Integration. Am WZB arbeitet er an einem Buch zur Sozialstruktur Europas („European Societies. Mapping Structure and Change") und einem Projekt zum Wandel staatlicher Grenzregime unter den Bedingungen der Globalisierung.

Jesse Murphey (Master of Social Work), University of California, Berkeley, ist von September 2009 bis Juli 2010 als Fulbright-Fellow zu Gast in der Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration". Sie forscht auf den Gebieten Social Welfare und Gerontology und beschäftigt sich am WZB mit dem deutschen Sozialstaat und insbesondere mit Fragen zur Pflegeversicherung.

Michael Rasell, DAAD-Stipendiat, ist bis Dezember 2009 Gast bei der Forschungsprofessur „Demographische Entwicklung, sozialer Wandel und Sozialkapital". Er ist Doktorand an der University of Birmingham und Koordinator des EU-Tempus Projects „Modernising Social Work Education and Teaching in Russia" an der University of Lincoln, UK. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Behinderung, Pflege und Sozialpolitik in Russland und Osteuropa. Am WZB wird er seine Doktorarbeit zum Thema „Inaccessible Citizenship: Experiences of Disability and Social Support in Contemporary Russia" beenden und zu Reformen des russischen Sozialstaats forschen.

Susanne Rebers, Doktorandin an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Vrije Universiteit Amsterdam, ist seit Anfang Oktober bis Ende Dezember 2009 Gastwissenschaftlerin in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung". Am WZB forscht sie für ihr Dissertationsprojekt „The Evolution of Collective Action: The Role of Co-evolving Groups". In ihrer experimentellen Untersuchung des Verhaltens menschlicher Akteure in einem Umfeld von mehreren konkurrierenden Gruppen wendet sie Einsichten aus der kulturellen Evolutionstheorie und der Feldforschung zu kollektivem Handeln an. Diese Forschung ist Teil des Evolution & Be-

haviour Programme der niederländischen Organisation for Scientific Research (NWO).

Assistant Professor **Olav Velthuis**, Universität Amsterdam, war im August 2009 Gast der Abteilung „Kulturelle Quellen von Neuheit". Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Märkten für zeitgenössische bildende Kunst. Er hat in einer vielbeachteten Dissertation und in einigen weiteren Veröffentlichungen die Besonderheiten der Preisbildung in diesen speziellen Gütermärkten herausgearbeitet. Während seines Gastaufenthalts bereitete er einen Beitrag zum Selektionsverfahren der Berliner Galerien vor, insbesondere zu folgenden Fragen: Wie ist dieser Markt für zeitgenössische Kunst in den globalen Kunstmarkt eingebunden? Wie werden neue, innovative Künstler in diesen Markt aufgenommen, wie werden sie dann als „Künstler in Berlin" vermarktet? Wie selektieren Berliner Galerien internationale Künstler?

Berufungen

Dr. **Beate Jochimsen**, kooperierende Finanzwissenschaftlerin von der FU Berlin im WZB-Schwerpunkt Märkte und Politik, hat einen Ruf als Professorin an die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin erhalten.

Professor **Ruud Koopmans**, Direktor der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung", wurde zum 1. Januar 2010 für vier Jahre in den Beirat des Forschungsprogramms „Solidarität im 21. Jahrhundert" des Amsterdamer Instituts für Arbeitsstudien berufen.

Dr. **Michael T. Wright** (Licensed Independent Clinical Social Worker / Master of Science in Public Health), Koordinator der Forschungsbereiche HIV/Aids und Partizipative Gesundheitsforschung in der Forschungsgruppe „Public Health", wurde zum Sommersemester 2010 zum Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin berufen. Er hat den Ruf angenommen.

Ehrungen / Preise

Richard Rose, seit 1980 wiederkehrender Gast am WZB und von 1988 bis 1990 Forschungsprofessor im Büro des damaligen WZB-Präsidenten Wolfgang Zapf, hat im September 2009 eine Auszeichnung für sein Lebenswerk erhalten. Sie wurde vom European Consortium for Political Research (ECPR) und der Mattei Dogan Foundation verliehen. Eine weitere Auszeichnung für seine Lebensleistung erhielt Rose, erst kürzlich zu Gast in den WZB-Abteilungen von Jens Alber und Michael Zürn, im November: den Isaiah Berlin Lifetime Achievement Award der britischen Political Studies Association. Über zwei Jahrzehnte lang forschte Rose – unter anderem während seiner Aufenthalte am WZB – zu Reaktionen auf Transformationen in zehn neuen EU-Mitgliedstaaten seit dem Fall der Berliner Mauer.

Henrike Schultze, seit dem 1. Oktober 2009 Mitglied der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen" im Projekt MARPOR (Manifesto Research on Political Representation), hat gemeinsam mit Ferdinand Müller-Rommel und Philipp Harfst einen Preis der Fritz Thyssen Stiftung für den Artikel „Von der typologischen zur dimensionalen Analyse parlamentarischer Demokratien: konzeptionelle Überlegungen am Beispiel Mittelosteuropas" (erschienen in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49, Heft 4, S. 669–694) erhalten.

Henrike Schultze [Foto: Udo Borchert]

Die Stiftung erkannte den drei Autoren zusammen mit einem weiteren Autorenteam den 2. Preis für konzeptionelle Überlegungen und neue regionale Bezüge der vergleichenden Demokratieforschung zu.

Promotionen/Habilitationen

Britta Baumgarten, Diplom-Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa", hat am 30. September 2009 an der Universität Duisburg-Essen ihre Promotion zum Thema „Der Diskurs über Arbeitslosigkeit in Deutschland – Eine Analyse der Kommunikationsstrategien der Interessenvertretung von Arbeitslosen" mit magna cum laude vollendet.

Martin Binder hat am 14. Oktober seine Dissertation zum Thema „The Selectivity of Humanitarian Intervention" am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin mit summa cum laude verteidigt.

Reinhard Pollak, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe „Nationales Bildungspanel", hat im Juni 2009 an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim seine Dissertation mit dem Titel „Chancengleichheit durch Bildung? Eine ländervergleichende Studie zum Einfluss der Bildung auf soziale Mo-

bilität im Europa des 20. Jahrhunderts“ verteidigt. Die Dissertation und die Disputation wurden jeweils mit summa cum laude bewertet. Betreut wurde die Dissertation von den Professoren Walter Müller und Josef Brüderl (beide Universität Mannheim).

Personalien

Im Doktorandenprojekt „The Future of Fiscal Federalism” im Schwerpunkt „Märkte und Politik“ unter der Leitung von Professor Kai A. Konrad und Benny Geys Ph.D. haben im Oktober fünf Stipendiaten ihre Arbeit aufgenommen: **Elias Brumm, Luisa Herbst, Joshua Holm, David Saha** und **Catharina Solondz**. Sie werden zunächst alle am WZB arbeiten und das Kursprogramm des Berliner Doktorandenprogramms BDPEMS absolvieren, bevor sie 2010 und 2011 die Möglichkeit von Forschungsaufenthalten bei den Netzwerkpartnern wahrnehmen.

Joseph A. Clougherty Ph.D., seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“, seit 2007 Projektgruppe „Wettbewerb und Innovation“, geht zu Beginn des Jahres 2010 als Associate Professor of Business Administration an das College of Business der University of Illinois at Urbana-Champaign in den USA.

In der neuen Abteilung „Verhalten auf Märkten“ im Schwerpunkt Märkte und Politik am WZB ist Diplom-Volkswirt **David Danz** seit Oktober 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Berliner Doktorandenprogramm BDPEMS. Er hat an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Helsinki School of Economics studiert und war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin.

Anna Ute Dunkel, Diplom-Soziologin, ist seit Anfang Oktober 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ und arbeitet im Projekt „Ethnische Vielfalt, soziales Vertrauen und Zivilengagement“. Sie wird die Entstehung von sozialem Kapital und zivilem Engagement in interethnischen lokalen Gemeinwesen an Hand von vergleichenden Fallstudien mit einem Fokus auf Sportvereine, Elternpartizipation und politischer Partizipation in Berlin, den Niederlanden und voraussichtlich Frankreich untersuchen. Anna Ute Dunkel hat an der FU Berlin Soziologie, Politikwissenschaft und Englische Philologie studiert und war bisher als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund beschäftigt.

Seit Oktober 2009 arbeitet der Volkswirt **Dietmar Fehr**, der zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Dorothea Kübler an der TU Berlin war, in der neuen Abteilung „Verhalten auf Märkten“ im Schwerpunkt Märkte und Politik am WZB. Er hat in Wien Volkswirtschaftstheorie, Finanzwissenschaft und Politische Wissenschaft studiert und in Berlin das Berliner Doktorandenprogramm BDPEMS durchlaufen.

Dietmar Fehr [Foto: Udo Borchert]

Dr. **Britta Grell** ist seit dem 1. Oktober wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Ungleichheit und soziale Integration“. Sie arbeitet im Forschungsprojekt „Die wirtschaftlichen Folgen zentraler Lebensrisiken in Deutschland und den USA und ihre Entwicklung seit den achtziger Jahren“. Sie hat Politikwissenschaften an der FU Berlin studiert, wo sie längere Zeit am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien in Forschung und Lehre tätig war. 2007 wurde sie mit einer Arbeit zum Thema „Sozialhilfepolitik in den USA“ promoviert. Weitere Forschungsinteressen sind – neben der Sozial- und Beschäftigungspolitik in den USA und in Deutschland – Theorie und Praxis sozialer Bewegungen und des Dritten Sektors sowie die Bedeutung von Kommunalpolitik.

Dr. **Monika Heupel** ist seit Oktober 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“. Sie wurde an der Universität Bremen im Fach Politikwissenschaft promoviert und war zuletzt wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen internationale Sicherheitspolitik, Verrechtlichung jenseits des Nationalstaats und Theorien des institutionellen Wandels.

Professor **Ulrich Jürgens** leitet seit Juni 2009 das neu gegründete Institut für Arbeit und Personalmanagement (IFAP) an der AutoUni des Volkswagen-Konzerns in Wolfsburg. Das Institut dient dem fachlichen Austausch zwischen Konzern, Marken, Regionen und Werken einerseits und wissenschaftlichen Einrichtungen wie Hochschulen, Business Schools und Forschungsinstituten andererseits.

Onawa Promise Lacewell ist ab dem 15. Dezember 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ und arbeitet im DFG-Projekt „Manifesto Research on Political Representation“ (MARPOR). Sie wird im Mai 2010 ihr Graduiertenstudium am Department of Political Science der University of Missouri, Columbia, USA, mit einer Doktorarbeit zum Thema „Merging Issues and Institutions: An Interactive Model of Radical Right Support in Europe“ abschließen. Bislang hat sie an der University of Missouri als Research und Teaching Assistant sowie als Instructor gearbeitet. Für ihr Engagement in der Lehre erhielt sie im Jahr 2008 den Missouri Excellence in Political Science Teaching Award.

Dr. **Tim Lohse**, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Kai A. Konrad in der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“, hat zum 1. Oktober 2009 in die Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums gewechselt.

Diplom-Wirtschaftsingenieur **Florian Morath**, seit 2006 Doktorand in der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ und im Berliner Doktorandenprogramm BDPEMS, hat das WZB verlassen, um Kai A. Konrad im Oktober 2009 nach München ans Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht zu folgen.

Dr. **Susanne Prantl**, wissenschaftliche Mitarbeiterin seit 2004 in der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“, seit 2007 Projektgruppe „Wettbewerb und Innovation“, hat das WZB verlassen. Sie ist seit September 2009 am Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter in Bonn.

Salmai Qari, Diplom-Volkswirt und seit 2006 Doktorand in der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ und im Berliner Doktorandenprogramm BDPEMS, hat zum Oktober 2009 mit Kai A. Konrad an das Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht nach München gewechselt. Nach seinem Diplom an der FU Berlin war er zunächst Risikocontroller bei der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH in Berlin und der KfW Bankengruppe in Frankfurt.

Sven Regel ist seit dem 1. Oktober 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung

Sven Regel [Foto: Udo Borchert]

„Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ und arbeitet im DFG-Projekt „Manifesto Research on Political Representation“ (MARPOR). Nach einem Auslandssemester an der Universiteit Utrecht, Niederlande, schloss er im Jahr 2008 ein Doppelstudium an der TU Chemnitz mit einem Magister in Politikwissenschaft sowie einem Diplom in Angewandter Informatik ab. Bislang war er als studentischer Mitarbeiter am Deutschen Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz (DFKI) tätig. Seine Forschungsinteressen sind vergleichende Parlaments-, Wahl- und Parteienforschung unter besonderer Berücksichtigung der innerfraktionellen Geschlossenheit von Parteien.

Lisa Ruhrort ist seit Oktober 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ beschäftigt und arbeitet im BMBF-geförderten Projekt „Konkurrierende Orientierungen? Wirtschaftliche und wissenschaftliche Referenzen und Orientierungen in der Biotechnologie“. Sie absolvierte ihr Studium im Fach Sozialwissenschaften (Soziologie und Politikwissenschaften) an der Humboldt-Universität zu Berlin und in Science and Technology Studies an der University of Edinburgh. Zuletzt war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Berlin im Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung tätig.

Stefan Schäfer, M.A., ist seit September 2009 Doktorand der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“ im Rahmen des Promotionsprogramms der Berlin Graduate School for Transnational Studies (BTS). Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Tübingen und an der Cornell University in Ithaca, New York. Der Arbeitstitel seiner Dissertation lautet: „Explaining Institutional Change Towards Inclusiveness in Existing International Regimes: An Analysis of the Global Governance of Protected Areas“.

Diplom-Volkswirtin **Julia Schmid** ist seit Oktober 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der neuen Abteilung „Verhalten auf Märkten“ im Schwerpunkt Märkte und Politik am WZB. Sie hat in Bayreuth, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der University of Western Ontario studiert, hat das Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science (BDPEMS) abgeschlossen und war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Berlin am Lehrstuhl für Mikroökonomie.

Henrike Schultze ist seit dem 1. Oktober 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ und arbeitet im DFG-Projekt „Manifesto Research on Political Representation“ (MARPOR). Sie schloss 2005 ihr Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Lüneburg ab. Bis September 2009 war sie am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg beschäftigt und arbeitete unter anderem in einem DFG-Projekt über Demokratiemuster und Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa. Im Rahmen ihrer Doktorarbeit analysiert sie die Regierungsdauer und die Regierungsauflösung von Koalitionsregierungen in Mittel- und Osteuropa.

Matthew Stephen, M.A., ist seit September 2008 Doktorand in der Abteilung „Transnationale Konflikte und internationale Institutionen“ und Stipendiat der Berlin Graduate School for Transnational Studies (BTS). Er studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der University of Otago in Dunedin, Neuseeland. Sein Dissertationsthema lautet: „The Rising Powers of the South in the Age of Globalisation: Challenging the Neoliberal Consensus or Completing the Hegemony of Capital?“

Alexander Wentland ist seit Oktober 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ beschäftigt und arbeitet im BMBF-geförderten Projekt „Konkurrierende Orientierungen? Wirtschaftliche und wissenschaftliche Referenzen und Orientierungen in der Biotechnologie“. Er absolvierte sein Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie (Magister) an der TU Dresden sowie an der New School for Social Research (M.A. in Sociology) in New York.

Annika Werner ist seit dem 1. Oktober 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ und arbeitet im DFG-Projekt „Manifesto Research on Political Representation“ (MARPOR). Sie schloss im Jahr 2007 ihr Studium der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam und am Department of Politics and European Studies der Palack'y Universität Olomouc, Tschechische Republik, mit einem Diplom ab. Danach arbeitete sie an der Universität Potsdam zu Fragen der Europäisierung und der Erweiterung der EU sowie als Mitglied des deutschen Länderteams im EU-Profiler-Projekt des European University Institute (EUI), Florenz.

Neuerscheinung

Aus der WZB-Forschung

Günter Altner, Heike Leitschuh, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.)

Umwälzung der Erde
Konflikte um Ressourcen

Jahrbuch Ökologie 2010

Stuttgart: Hirzel Verlag 2009

ISBN 978-3-7776-1768-8

248 Seiten, € 19,80

Schwerpunktthema der 19. Ausgabe des Jahrbuchs Ökologie sind Konflikte um Ressourcen, die aus der Spannung zwischen ökonomischer Expansion und ökologischer Begrenzung entstehen. Öl, Wasser, Land und Metalle werden knapper, und die Zahl der Nachfrager steigt. Bei vielen nicht-erneuerbaren Ressourcen ist die maximale Extraktion (peak) überschritten, steht unmittelbar bevor oder ist bereits in absolute Knappheit übergegangen, während die Nutzung erneuerbarer Ressourcen überzogen wurde, erst noch entwickelt muss oder zu neuartigen Widersprüchen führt. Die Weltbevölkerung nimmt weiterhin zu, und neu auf den Weltmarkt drängende Länder versuchen, den Wettbewerb um Ressourcen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Wo Wettbewerb besteht, kommt es aber auch zu strategischen Innovationen: „Steigerung der Ressourceneffizienz“ und „Erhöhung der Materialproduktivität“ wurden so zu Leitideen, „ökologischer Fußabdruck“ und „ökologischer Rucksack“ zu Konzepten der Konfliktminderung. Anhand zahlreicher Beispiele zeigt das Jahrbuch 2010 auf, wie der Umwälzung der Erde begegnet werden kann, wie die Wirtschaft schlanker, die Gesellschaft genügsamer und Institutionen zu Umweltkommissaren werden können.

Vorschau

WZB Veranstaltungen

11. bis 12. Dezember 2009

Functional Differentiation in World Politics

Internationaler Workshop

Der Workshop ist Teil eines Buchprojekts und wird gemeinsam vom WZB und dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung Bielefeld angeboten.

Veranstalter: Professor Michael Zürn, WZB, Professor Mathias Albert, Universität Bielefeld, und Barry Buzan, London School of Economics (LSE)
Informationen: Patricia Löffler, E-Mail: loeffler@wzb.eu

15. Dezember 2009

Varieties of Capitalism and its Future

Symposium anlässlich der Verabschiedung von WZB-Forschungsprofessor Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

Gefördert vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

U.a. mit David Soskice, Sigurt Vitols und Kathleen Thelen

Informationen: Marie Unger, E-Mail: marie.unger@wzb.eu

8. bis 10. März 2009

International Collaboration on Participatory Health Research

Konferenz

Partizipative Gesundheitsforschung sucht nach Strategien für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit schlechten Gesundheitschancen. Der Ansatz steht in der Tradition der Aktionsforschung; Wissenschaftler arbeiten gemeinsam mit jenen Menschen, deren Lebensumstände der Gegenstand der Forschung sind. Um die wissenschaftliche Grundlage der Partizipativen Gesundheitsforschung auszubauen, wurde im Mai 2009 von der Forschungsgruppe Public Health im WZB, dem Wellesley Institute (Toronto/Kanada) und der Liverpool John Moores University (GB) eine internationale Arbeitsgemeinschaft gegründet: die International Collaboration for Participatory Health Research. Die Arbeitsgemeinschaft strebt unter anderem an, Gütekriterien für diese Art von Forschung festzulegen, die Befunde aus partizipativ angelegten Forschungsarbeiten zusammenzuführen und Empfehlungen für die Steuerung von Gesundheitssystemen zu formulieren.

Veranstalter: Michael T. Wright, WZB, Wellesley Institute, Kanada, und Liverpool John Moores University, UK
Informationen: Dorothea Weinrebe, E-Mail: weinrebe@wzb.eu

Arbeit und Sozialstaat
Seite 58
Zivilgesellschaft
Seite 59
Public Health
Seite 59
Industrie, Regulierung und Wettbewerbspolitik
Seite 59
Föderalismus, Steuern und Bürokratie
Seite 60
Mobilität und Umwelt
Seite 60
Bildung, Wissen, Innovation
Seite 61
Internationale Beziehungen
Seite 61
Demokratie und Konflikte
Seite 61
Migration und Integration
Seite 61

Publikationen

Arbeit und Sozialstaat

Alber, Jens, What the European and American Welfare States Have in Common and Where They Differ – Facts and Fiction in Comparisons of the European Social Model and the United States, 37 S. SP I 2009-203

Alber, Jens, „In memoriam Ralf Dahrendorf (1. 5. 1929–17. 6. 2009) – ein persönlicher Rückblick", in: Soziologie, Jg. 38, Heft 4, 2009, S. 465–475

Alber, Jens, Neil Gilbert (Eds.), United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, 464 S.

Alber, Jens, Neil Gilbert, „Introduction", in: Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.), United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 3–18

Alber, Jens, Neil Gilbert, „The Epistemology of Comparative Analyses: What Do We Know?", in: Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.), United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 403–419

Alber, Jens, Ulrich Kohler, „The Inequality of Electoral Participation in Europe and America and the Politically Integrative Functions of the Welfare State", in: Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.), United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 62–90

Böhnke, Petra, „Sozialkapital und Verarmung. Chancenreiche Vernetzung oder soziale Schließung?", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, Heft 3, 2009, S. 55–65

Brandolini, Andrea, Chiara Saraceno, Antonio Schizzerotto (Eds.), Dimensioni della disuguaglianza in Italia: povertà, salute, abitazione, Bologna: Società editrice il Mulino 2009, 429 S.

Gebel, Michael, Johannes Giesecke, „Labour Market Flexibility and Inequality: The Changing Risk Patterns of Temporary Employment in West Germany", in: Zeitschrift für Arbeitsmarkt-Forschung, Jg. 42, Heft 3, 2009, S. 234–251

Gebel, Michael, Johannes Giesecke, „Ökonomische Unsicherheit und Fertilität. Die Wirkung von Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit auf die Familiengründung in Ost- und Westdeutschland", in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, Heft 5, 2009, S. 399–418

Haak, Carroll, Anika Rasner, „Search f(or) Work. Der Übergang vom Studium in den Beruf. Geisteswissenschaftler im interdisziplinären Vergleich", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 61, Heft 2, 2009, S. 235–258

Hartlapp, Miriam, „Implementation of EU Social Policy Directives in Belgium: What Matters in Domestic Politics?", in: Journal of European Integration, Vol. 31, No. 4, 2009, S. 469–488

Hoff, Andreas, Philip Wotschack, „Kürzer Arbeiten", in: Personal. Zeitschrift für Human Resource Management, Jg. 61, Heft 10, 2009, S. 6–8

Pfahl, Lisa, Justin J.W. Powell, „Menschenrechtsverletzungen im deutschen Schulsystem: behindert werden durch Sonderbeschulung", in: Till Müller-Heidelberg et al. (Hg.), Grundrechte-Report 2009. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Frankfurt a.M.: Fischer Verlag 2009, S. 95–98

Prantl, Susanne, Alexandra Spitz-Oener, „How Does Entry Regulation Influence Entry into Self-Employment and Occupational Mobility?", in: Economics of Transition, Vol. 17, No. 4, 2009, S. 769–802

Saraceno, Chiara, „L'assistenza senza il Welfare", in: il Mulino, No. 4/09, Rivista Bimestrale di Cultura e di Politica (zweimonatlich erscheinende Zeitschrift für Kultur und Politik), S. 553–560

Saraceno, Chiara, „Concepts and Practices of Social Citizenship in Europe: The Case of Poverty and Income Support for the Poor", in: Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.) United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 151–175

Saraceno, Chiara, „Genere e cura: vecchie soluzioni per nuovi scenari?", in: la Rivista delle Politiche Sociali, No. 2, 2009, S. 53–75

Saraceno, Chiara, Antonio Schizzerotto, „Introduzione ‚Dimensioni della disuguaglianza'", in: Andrea Brandolini, Chiara Saraceno, Antonio Schizzerotto (Eds.), Dimensioni della disuguaglianza in Italia: povertà, salute, abitazione, Bologna: Società editrice il Mulino 2009, S. 9–35

Schmid, Günther, Paula Protsch, Wandel der Er-

werbsformen in Deutschland und Europa, 46 S.
SP I 2009-505

Stolle, Dietlind, Marc Hooghe, Shifting Inequalities? Patterns of Exclusion and Inclusion in Emerging Forms of Political Participation, 31 S.
SP I 2009-204

Wotschack, Philip, Household Governance and Time Allocation. Four Studies on the Combination of Work and Care, Amsterdam: Thela Thesis 2009, 152 S.

Wotschack, Philip, „Kaum Zeit auf der hohen Kante", in: Personal. Zeitschrift für Human Resource Management, Jg. 61, Heft 9, 2009, S. 16–18

Zivilgesellschaft

Alscher, Mareike, Eckhard Priller, Improvements and Future Challenges for the Research: Infrastructure in the Field of Civil Society, German Council for Social and Economic Data (RatSWD) Working Paper Series, Working Paper No. 92, Berlin, July 2009, 12 S.

Alscher, Mareike, Dietmar Dathe, Eckhard Priller, Rudolf Speth, Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland (hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Berlin: BMFSFJ 2009, 222 S.

Alscher, Mareike, Dietmar Dathe, Eckhard Priller, Rudolf Speth, Monitor Engagement. Nr. 1: Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung, Berlin: BMFSFJ 2009, 38 S.

Botzem, Sebastian, Dieter Plehwe, „Transformation globaler Machtstrukturen: Private Organisationen als Akteure grenzüberschreitender Ordnungsbildung", in: Klaus Dingwerth, Dieter Kerwer, Andreas Nölke (Hg.), Die Organisierte Welt. Internationale Beziehungen und Organisationsforschung, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009, S. 263–289

Botzem, Sebastian, Sigrid Quack, „(No) Limits to Anglo-American Accounting? Reconstructing the History of the International Accounting Standards Committee: A Review Article", in: Accounting, Organizations and Society, Vol. 34, No. 8, 2009, S. 988–998

Dathe, Dietmar, Christian Hohendanner, Eckhard Priller, Wenig Licht, viel Schatten – der Dritte Sektor als arbeitsmarktpolitisches Experimentierfeld, WZBrief Arbeit Nr. 3, Oktober 2009, http://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-arbeit/WZbrief Arbeit032009_dathe_hohendanner_priller.pdf

Hofmann, Jeanette, „Risk, Transnational Regulation and the Public Good: Insights from Internet Address Management", in: Risk & Regulation, No. 17, Summer 2009, S. 6–7

Michalowski, Ines, Citizenship Tests in Five Countries – An Expression of Political Liberalism?, 27 S.
SP IV 2009-702

Priller, Eckhard, „Perspectivas y resultados de la sociedad civil en Alemania", in: Fundación de la Cajas de Ahorros (Ed.), Tercer Sector y Voluntariado, Panorama Social 9, Madrid: FUNCAS 2009, S. 124–136

Speth, Rudolf, „Stiftungen und Think Tanks", in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 390–405

Public Health

Bochow, Michael, Axel J. Schmidt, Stefanie Grote, „Das schnelle Date" – Internetgestützte Sexualkontakte und HIV-Infektionsrisiko. Ergebnisse einer 2006 durchgeführten Internetbefragung, 94 S.
SP I 2009-301

Buhr, Petra, Rolf Müller, Bernard Braun, Sebastian Klinke, Rolf Rosenbrock, „G-DRG und Patienten – Entlassung und Entlassungsmanagement", in: Bernhard J. Güntert, Günther Thiele (Hg.), DRG nach der Konvergenzphase, Heidelberg: Economica Verlag 2008, S. 3–29

Kühn, Hagen, Rolf Rosenbrock, „Präventionspolitik und Gesundheitswissenschaften. Eine Problemskizze", in: Uwe H. Bittlingmayer, Diana Sahrai, Peter-Ernst Schnabel (Hg.), Normativität und Public Health. Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 47–71

Noweski, Michael, Rolf Rosenbrock, „Staatliche Programmformulierung zur nichtmedizinischen Primärprävention – eine Zwischenbilanz", in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 63, Heft 3-4, 2009, S. 46–52

Rosenbrock, Rolf, „Geerbte Schwäche – Wenig Geld, wenig Gesundheit", in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Jg. 63, Heft 3-4, 2009, S. 42–45

Industrie, Regulierung und Wettbewerbspolitik

Baye, Michael R., Dan Kovenock, Casper G. de Vries, Contests with Rank-Order Spillovers, 31 S.
SP II 2009-09

Blöcker, Antje, „Mobile Module. Internationalisierung

und Restrukturierung in der Automobilindustrie“, in: Elke Ahlers, Birgit Kraemer, Astrid Ziegler (Hg.), Beschäftigte in der Globalisierungsfalle? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009, S. 97–106

Buccirossi, Paolo, Lorenzo Ciari, Tomaso Duso, Giancarlo Spagnolo, Cristiana Vitale, Competition Policy and Productivity Growth: An Empirical Assessment, 53 S.
SP II 2009-12

Chowdhury, Subhasish M., Dan Kovenock, Roman M. Sheremeta, An Experimental Investigation of Colonel Blotto Games, 31 S.
SP II 2009-08

Furch, David, „Bye Bye Deutschland AG. Das Ende der sozialen Marktwirtschaft?“, in: Journal 360, Nr. 2, 2008, S. 88–97

Jürgens, Ulrich, Yannick Lung, Giuseppe Volpato, Vincent Frigant, „The Arrival of Shareholder Value in the European Auto Industry. A Case Study Comparison of Four Car Makers“, in: Thomas Clarke, Jean-François Chanlat (Eds.), European Corporate Governance. Readings and Perspectives, London/New York: Routledge 2009, S. 276–292 (reprint of an article from Competition & Change, Vol. 6, No. 1, March 2002)

Kovenock, Dan, Brian Roberson, Non-Partisan „Get-Out-the-Vote“ Efforts and Policy Outcomes, 26 S.
SP II 2009-07

Morath, Florian, Johannes Münster, Information Acquisition in Conflicts, 33 S.
SP II 2009-10

Münster, Johannes, „Group Contest Success Functions“, in: Economic Theory, Vol. 41, No. 2, 2009, S. 345–357

Vitols, Sigurt, European Works Councils: An Assessment of Their Social Welfare Impact, Working Paper 2009.04, Brüssel: European Trade Union Institute 2009, 21 S.

Vitols, Sigurt, „Negotiated Shareholder Value: The German Variant of an Anglo-American Practice“, in: Thomas Clarke, Jean-Francois Chanlat (Eds.), European Corporate Governance: Readings and Perspectives, Milton Park: Routledge 2009, S. 303–317 (reprint of an article from Competition & Change, Vol. 6, No. 1, March 2002)

Föderalismus, Steuern und Bürokratie

Konrad, Kai A., Tim Lohse, Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa: Herausforderungen und Chancen, Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag 2009, 171 S.

Mobilität und Umwelt

Altner, Günter, Heike Leitschuh, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010, Stuttgart: S. Hirzel Verlag 2009, 248 S.

Canzler, Weert, „China und die Zukunft des Autos“, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Jg. 56, Heft 2, 2009, S. 283–295

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Auf dem Weg zum Gewährleistungsstaat: Netzvermarktung und Infrastrukturpolitik für die schrumpfende Gesellschaft“, in: Claudia Neu (Hg.), Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 97–111

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Mass Motorization in China“, in: International Journal of Social Economics, Vol. 36, No. 9, 2009, S. 892–905

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Radikales Umdenken im öffentlichen Landverkehr!“, in: LandInForm, Magazin für ländliche Räume, Heft 3, 2009, S. 28–29

Knie, Andreas, „Schneller im Westen. Die gute Infrastruktur im Osten treibt die Verödung voran“, in: Der Tagesspiegel, 28. August 2009

Kümpel, Hans-Joachim, Udo E. Simonis, „Ressourcen erschließen, schonen, recyceln“, in: Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen, Jahrbuch Ökologie 2010, Stuttgart: S. Hirzel Verlag 2009, S. 162–170

Simonis, Udo E., „Globale Umweltprobleme – und die Rolle Deutschlands“, in: Peter-Cornelius Mayer-Tasch, Heinrich Oberreuter (Hg.), Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2009, S. 161–169

Simonis, Udo E., „Besprechung: Pamela S. Chasek et al.: Handbuch Globale Umweltpolitik“, in: Forum Wissenschaft (BdWi), Jg. 26, Heft 1, 2009, S. 66

Simonis, Udo E., „Besprechung: Ressourcen – Kampf um knappe Schätze“, Politische Ökologie, Heft 115-116, München 2009, in: UniversitasOnline 2009, http://www.hirzel.de/universitas/archiv/online-archiv/simonispoekologie%20_2_.pdf

Simonis, Udo E., „Book Review: Timmons J. Roberts, Bradley C. Parks: A Climate of Injustice. Global Inequality, North-South Politics, and Climate Policy“, in: Environmental Politics, Vol. 18, No. 3, 2009, S. 450–451

Bildung, Wissen, Innovation

Allmendinger, Jutta, Christian Ebner, Rita Nikolai, „Education in Europe and the Lisbon Benchmarks", in: Jens Alber, Neil Gilbert (Eds.) United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America, International Policy Exchange Series, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 308–327

Ebner, Christian, Jutta Allmendinger, „Job Attitudes and Job Aspirations in a Changing Labour Market: Germany, 1991–2006", in: Ingrid Schoon, Rainer Silbereisen (Eds.) Transitions from School to Work: Globalisation, Individualisation, and Patterns of Diversity, Cambridge: Cambridge University Press 2009, S. 165–192

Gülker, Silke, „Attraktivität von Arbeitsplätzen in der Wissenschaft: Nachwuchsgruppenleitungen und Juniorprofessur auf dem Prüfstand", in: Forschung. Politik – Strategie – Management, Heft 1, 2009, S. 6–12

Simon, Dagmar, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 567 S.

Knie, Andreas, Dagmar Simon, „Stabilität und Wandel des deutschen Wissenschaftssystems", in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 26–38

Matthies, Hildegard, Karin Zimmermann, „Gleichstellung in der Wissenschaft", in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 193–209

Simon, Dagmar, Michael Sondermann, „Harmonie trotz Hierarchie?", in: duzMagazin, Heft 7, 2009, S. 20–21

Internationale Beziehungen

Mosca, Lorenzo, Dieter Rucht, Simon Teune (in Zusammenarbeit mit Sara López Martin), „Communicating the European Social Forum", in: Donatella della Porta (Ed.), Another Europe. Conceptions and Practices of Democracy in the European Social Forums, London/New York: Routledge 2009, S. 46–64

Roth, Roland, Dieter Rucht, „Global Governance – eine kritische Perspektive auf internationale Institutionen am Beispiel von Weltbank, IWF und WTO", in: Sebastian Botzem, Jeanette Hofmann, Sigrid Quack, Gunnar Folke Schuppert, Holger Strassheim (Hg.), Governance als Prozess. Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 16, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 251–282

Sorge, Arndt, „Internationale Lehren aus der Wirtschaftskrise", in: vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 48, Heft 2, Juni 2009, S. 38–45

Demokratie und Konflikte

Merkel, Wolfgang, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 561 S.

Plehwe, Dieter, „Alle Register ziehen. Forderungen der Zivilgesellschaft", in: politische ökologie, Nr. 117, 2009, S. 44–46

Rucht, Dieter, „Deliberativna demokracija i moć u pokretima za globalnu pravdu" (Deliberative Democracy and Power in Global Justice Movements), in: Politička misao. Croatian Political Science Review, Vol. 45, No. 3-4, 2008, S. 59–90

Rucht, Dieter, Simon Teune, „Forms of Action of Global Justice Movement Groups: Do Conceptions and Practices of Democracy Matter?" in: Donatella della Porta (Ed.), Democracy in Social Movements, Basingstoke: Palgrave 2009, S. 171–193

Volkens, Andrea, Sonia Alonso, Braulio Gómez-Fortes, Content Analysing Multilevel Authority and Cultural Identity Claims. A Complement to the Comparative Manifestos Project Exemplified for Spanish Regional Manifestos, 92 S.
SP IV 2009-202

Weßels, Bernhard, „Trust in Political Institutions", in: Jacques Thomassen (Ed.), The Legitimacy of the European Union after Enlargement, Oxford: Oxford University Press 2009, S. 165–183

Weßels, Bernhard, Mark Franklin, „Turning Out or Turning Off: Do Mobilization and Attitudes Account for Turnout Differences between New and Established Member States at the 2004 EP Elections?", in: Journal of European Integration, Vol. 31, No. 5, 2009, S. 609–626

Migration und Integration

Koopmans, Ruud, Susanne Rebers, „Collective Action in Culturally Similar and Dissimilar Groups: an Experiment on Parochialism, Conditional Cooperation, and Their Linkages", in: Evolution and Human Behavior, Vol. 30, No. 2, 2009, S. 201–211

Unerwünschter Gast

Wie einem Journalisten der Zutritt zum islamischen Religionsunterricht verwehrt blieb

Albrecht Metzger

Schulpolitik kann die Gemüter erhitzen. Das beginnt bei banalen Dingen wie dem Unterrichtsanfang. Neulich beklagten sich Freunde von mir, sie müssten um halb sieben aufstehen, weil ihr Sohn eingeschult worden sei, was ihren gesamten Tagesrhythmus durcheinander gebracht hätte. Dabei arbeite das Gehirn doch erst ab neun Uhr effizient, wie diverse wissenschaftliche Studien erwiesen hätten. Warum also den Unterricht schon um acht Uhr beginnen? Nun ja. Vielleicht ein Thema für das nächste Volksbegehren.

Aber es gibt brisantere Schulthemen, wie ich feststellen musste. Zum Beispiel den islamischen Religionsunterricht. Als *Journalist in Residence* beim WZB wollte ich herausfinden, ob der Unterricht einen Beitrag zur Integration muslimischer Kinder leistet oder ob er sie im Gegenteil dazu animiert, sich von der nichtislamischen Umwelt abzuschotten. Meine Idee war, als teilnehmender Beobachter den Unterricht zu verfolgen und mir so ein Bild aus erster Hand zu machen.

Doch das war zu optimistisch gedacht. Der Träger des Unterrichts, die Islamische Föderation Berlin (IFB), hatte kein Interesse daran, einem Journalisten Einblicke in das Unterrichtsgeschehen zu gewähren. Dabei hatte ich mir gute Referenzen besorgt: Irka-Christin Mohr, eine Islamwissenschaftlerin, die seit Jahren in Kontakt mit der IFB steht und deren Vertrauen genießt, setzte sich für mich ein. Es sollte nichts nützen.

Warum aber die IFB eigenmächtig über den Unterricht entscheiden kann, ist einer Berliner Besonderheit geschuldet: Anders als im Rest der Republik ist der Religionsunterricht hier kein Pflichtfach, sondern beruht auf Freiwilligkeit. Des Weiteren liegt er nicht in staatlicher Hand, sondern wird von den Religionsgemeinschaften in Eigenregie verantwortet. Das gilt gleichermaßen für den islamischen wie den evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Kurz bevor ich in Berlin eintraf, war dieses System durch einen Volksentscheid erneut bestätigt worden. Manche Beobachter wie der *Zeit*-Redakteur Jörg Lau sahen darin auch einen Sieg „reaktionärer Kräfte“ in der islamischen Szene, die nun weiter unkontrolliert ihren islamischen Religionsunterricht betreiben könnten. Er meinte damit die Islamische Föderation, die er als „Briefkastenfirma“ von Milli Görüs bezeichnete, eines islamischen Verbandes, der bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Jörg Lau zitierte Burhan Kesici, den stellvertretenden Vorsitzenden der IFB und für den Islamunterricht zuständig, mit den folgenden Worten: „Es ist gut, dass wir durch das Ergebnis des Volksentscheides jetzt Planungssicherheit haben.“ In Zukunft wolle man das Angebot auf weitere Schulen ausdehnen.

Das ist also der Mann, mit dem ich mich auseinandersetzen musste. Burhan Kesicis Büro liegt in der Boppstraße auf der Grenze zwischen Kreuzberg und Neukölln. Er habe mich nur empfangen, weil Irka-Christin Mohr ein Wort für mich eingelegt hätte, sagte er bei unserem Treffen. Ansonsten würde er mit Journalisten nur noch selten reden. Schlechte Voraussetzungen. Früher verklagte die IFB gerne Journalisten, wenn sie vermeintlich etwas Falsches über die Föderation schrieben, aber die Zeiten sind wohl vorbei. Trotzdem herrscht Misstrauen. Das betrifft insbesondere den islamischen Religionsunterricht, er ist das wichtigste Projekt der IFB. An 32 Berliner Grundschulen findet der Unterricht statt, etwas mehr als 4.000 Schüler nehmen daran teil. Alle freiwillig. Doch die Presse konzentriere sich nur auf die problematischen Aspekte, beklagte sich Kesici bei mir: „Wir schicken die Leute schon in die besten Klassen, und trotzdem ist die Berichterstattung so negativ.“ Man würde der IFB vorhalten, die Kinder zu indoktrinieren, aber viel vehementer sei noch die Kritik an den fehlenden pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten des Lehrpersonals, sagte Kesici. „Aber man muss bedenken, dass wir in Problemvierteln arbeiten. Auch andere Lehrer haben große Probleme mit den Schülern“, rechtfertigte er sich.

Mein Einwurf, ich wolle nicht einen journalistischen Text schreiben, sondern eine wissenschaftliche Untersuchung, fruchtete nicht. Einmal Journalist, immer Journalist. Der Zutritt zu den Schulklassen würde mir vorerst verwehrt bleiben. Da ich aber nicht vorhatte, meine Untersuchung jenseits von Empirie zu betreiben, musste ich mir etwas überlegen. Ich dachte, wenn ich Burhan Kesici das Gesprächsprotokoll freiwillig zum Gegenlesen vorlegen würde, könnte ich sein Vertrauen gewinnen. Aber das Angebot lehnte er ab. Was tun?

Wissenschaft und Medien

Seit 2006 vergibt das WZB gemeinsam mit dem Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und dem Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies Stipendien an Journalisten. Als Gäste an einem der Institute können die Journalisten in einem Forschungsprojekt hospitieren und eigene Recherchen betreiben. Das Stipendienprogramm wird von der VolkswagenStiftung gefördert.

www.mpifg.de/service/pressestelle/jir_de.asp

62 WZB-Mitteilungen Heft 126 Dezember 2009

Immerhin gab mir die IFB eine Broschüre mit, in der sämtliche Schulen aufgeführt waren, an denen islamischer Religionsunterricht stattfindet. Das waren brauchbare Informationen, die ich mir ansonsten hätte mühsam zusammensammeln müssen. So konnte ich mich direkt an die Schulen wenden, und das tat ich auch. Da ich mir keinen Eindruck aus erster Hand von dem islamischen Religionsunterricht machen konnte, beschloss ich, auf Eindrücke aus zweiter Hand zurückzugreifen, und fing an, die Direktoren dieser Schulen anzurufen und um ein Interview zu bitten. Sie sind am dichtesten dran an dem, was im islamischen Religionsunterricht passiert, zumal sie verpflichtet sind, sich alle halbe Jahre in eine der Klassen zu setzen und ein Protokoll über den Unterricht zu erstellen, das sie an die Schulaufsicht schicken müssen. Das ist die einzige Kontrolle, die der Staat über den islamischen Religionsunterricht hat. Aleviten, Griechisch-Orthodoxe und Buddhisten müssen sich der gleichen Prozedur unterziehen.

Die meisten Direktoren waren bereit, sich mit mir zu treffen. Ich suchte mir die Problemviertel heraus, weil sonst ein möglicherweise geschöntes Bild hätte herauskommen können. Die meisten dieser Schulen sind ohnehin in Kreuzberg, Schöneberg, Neukölln und im Wedding – Viertel also, in denen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch ist. An manchen der von mir besuchten Schulen betrug er bis zu 98 Prozent, die niedrigste Quote war um die 60 Prozent.

Die Reaktionen der Schuldirektoren auf den islamischen Religionsunterricht waren durchaus gemischt: Manche – allerdings eine Minderheit – malten eine schleichende Islamisierung Berlins an die Wand, andere sahen den islamischen Religionsunterricht als Bereicherung für ihre Schule an. Die meisten bewegten sich irgendwo dazwischen: Sie waren nicht begeistert von dem Unterricht, empfanden ihn aber auch nicht als Gefahr für das friedliche Zusammenleben an ihrer Schule.

Die meisten Direktoren baten um Anonymität, manche aus Fürsorglichkeit für ihre islamischen Religionslehrer. Denn einige der Lehrer vertraten liberale Standpunkte, sprachen sich zum Beispiel gegen das Kopftuch im Kindesalter aus oder rieten den Schülerinnen und Schülern davon ab, im Fastenmonat Ramadan zu fasten. Sie taten das meist ohne Absprache mit der IFB, die diese Ratschläge möglicherweise nicht gutgeheißen hätte; sie vertritt in diesen Dingen eher konservative Standpunkte.

In einer Sache waren sich fast alle Direktoren einig: Selbst wenn die IFB versuchen sollte, die Kinder im Sinne eines intoleranten Islam zu indoktrinieren, wie man ihr teilweise vorwirft, würde das kaum gelingen. „Früher oder später würden uns das die Kinder erzählen“, sagte eine Direktorin. „Sie sind noch klein, sie würden so etwas ausplappern.“ Da das aber bislang nicht passiert ist, erscheint mir die Panik vor einer Islamisierung der Berliner Schulen übertrieben zu sein.

Die Einwände der kritischen Direktoren gegenüber der IFB betrafen in erster Linie die mangelnden pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten der Religionslehrer, die oft keine entsprechenden Hochschulabschlüsse vorweisen können. „Das sind gar keine Lehrer“, beschwerte sich eine Direktorin bei mir. Doch auch inhaltlich gab es Beanstandungen. Bei einem ihrer halbjährlichen Besuche stellte eine Direktorin fest, dass der Religionslehrer einen Film zeigte, in dem die Evolutionslehre abgelehnt wurde. Alle Menschen seien von Gott erschaffen, so etwas wie Evolution habe nicht stattgefunden. Als die Direktorin den Lehrer daraufhin ansprach, zeigte er sich einsichtig. „Dem Mann war das sehr peinlich, er hat das nicht mit böser Absicht gemacht“, sagte sie. „Wir haben auch die IFB angerufen, der hat von denen wohl eine Abreibung bekommen.“

Zum Schluss meiner Recherchen lernte ich sogar noch eine islamische Religionslehrerin kennen. Sie arbeitete an der Regenbogen-Schule in Neukölln. Diese Schule ist ein Vorzeigeprojekt, seit einigen Jahren findet hier ein Trialog der Kulturen statt, an dem christliche, muslimische und jüdische Schüler gemeinsam teilnehmen. Entsprechend positiv waren hier die Atmosphäre und das Feedback der Lehrer. „Ich finde, der islamische Religionsunterricht ist eine Bereicherung für unsere Schule“, sagte die Direktorin. „Er macht die muslimischen Schüler selbstbewusster. Ohne den islamischen Religionsunterricht hätten wir das Trialog-Projekt auch gar nicht machen können.“

An dieser Schule hatte die IFB nichts zu verbergen. Vielleicht hätte mich Burhan Kesici an diesem Unterricht teilnehmen lassen sollen. Damit hätte er sicher geholfen, Misstrauen abzubauen.

Albrecht Metzger, geboren 1966, hat Islamwissenschaft, Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Er lebt in Hamburg und arbeitet als freier Journalist mit dem Schwerpunkt islamische Welt. Von Mai bis Juli 2009 war er Journalist in Residence am WZB.
[Foto: Udo Borchert]

almetzger@t-online.de

Zum Wohl der Armen. Ein Bürger sammelt Geld für die Bedürftigen – in der Darstellung des flämischen Genremalers David Teniers d.J. (1610–1690). Das kleine Gemälde (Öl auf Holz, 29,5 x 22 cm) mit dem Titel „Der Spendensammler" entstand 1671. Teniers lernte das Fach von seinem Vater, David Teniers d.Ä.; später beeinflussten ihn Adriaen Brouwer und Peter Paul Rubens. 1633 wurde er in die Lukas-Gilde der Antwerpener Maler aufgenommen, deren Dekan er 1645–1647 war. Auch heute noch wird mit der Büchse auf der Straße Geld für wohltätige Zwecke gesammelt, aber eine Vielzahl neuer Medien ergänzen die klassische Art der Spendensammlung. Eckhard Priller (WZB) und Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut) erläutern im Interview, wie, wer, wie viel für was spendet – und aus welchen Motiven. (Seite 41). [Foto: akg images]